



Plenarprotokoll

73. Sitzung

Mittwoch, 12. November 2014

**Verpflichtung des Abgeordneten
Thomas Hölck (SPD) als Nachfolger
für die ausgeschiedene Abgeordnete
Dr. Gitta Trauernicht (SPD).....** 5963

**Regierungserklärung - „Zweieinhalb
Jahre Rot-Grün-Blau - Erfolgreiche
Arbeit für unser Land“ .** 5964

Torsten Albig, Ministerpräsident... 5964
Daniel Günther [CDU]..... 5975, 6024
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 5983, 6021
Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 5994, 6026
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 5999, 6023
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 6007, 6026
Lars Harms [SSW]..... 6014
Serpil Midyatli [SPD]..... 6027

Beschluss: Tagesordnungspunkt
durch die Regierungserklärung er-
ledigt..... 6028

Gemeinsame Beratung

**a) Flüchtlings- und Asylpolitik den
aktuellen Bedürfnissen anpassen** 6028

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2382

**Für eine solidarische Flüchtlings-
und Asylpolitik in Schleswig-Hol-
stein, Deutschland und Europa -
Asylgesetzgebungen anpassen** 6029

Änderungsantrag der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/2449

Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!

6029

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2457

b) Syrische Kriegsoffer schützen - Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen!

6029

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2089

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2141 - selbstständig -

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/2401

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-
erstatteerin..... 6029
Astrid Damerow [CDU]..... 6029
Serpil Midyatli [SPD]..... 6030
Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 6031
Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 6032
Angelika Beer [PIRATEN]..... 6034
Lars Harms [SSW]..... 6035
Burkhard Peters [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 6036
Stefan Studt, Minister für Inneres
und Bundesangelegenheiten..... 6037
Dr. Heiner Garg [FDP], zur Ge-
schäftsordnung..... 6038
Astrid Damerow [CDU], zur Ge-
schäftsordnung..... 6039
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Ge-
schäftsordnung..... 6039

Beschluss: 1. Überweisung der Ände-
rungsanträge Drucksachen 18/
2449 und 18/2457 als selbstständi-
ge Anträge an den Europaaus-
schuss und den Innen- und
Rechtsausschuss
2. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 18/2089 und
18/2382
3. Annahme des für
selbstständig erklärten Ände-
rungsantrags Drucksache 18/2441.

6040

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind die Abgeordneten Hauke Göttisch, Rainer Wiegard und Anke Erdmann. - Wir wünschen ihnen gute Besserung!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Abgeordnete Frau Dr. Gitta Trauernicht hat ihr Mandat im Schleswig-Holstein Landtag niedergelegt. Als Nachfolger hat die Landeswahlleiterin Herrn Thomas Hölck festgestellt. Herr Hölck hat sein Landtagsmandat am 3. November 2014 angenommen. Herr Kollege Hölck, ich bitte Sie, zur Verpflichtung nach vorn zu kommen. Die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Der Abgeordnete wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen.)

Ich bitte Sie jetzt, die rechte Hand zu heben und die Formel nachzusprechen:

(Der Abgeordnete Thomas Hölck [SPD] wird von Präsident Klaus Schlie durch Handschlag verpflichtet)

- Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat mit den Drucksachen 18/2445 und 18/2446 Wahlvorschläge zur Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds im Richterwahlausschuss sowie eines Mitglieds im Parlamentarischen Kontrollgremium eingereicht. Ich schlage Ihnen vor, den Wahlvorschlag Drucksache 18/2445 als Tagesordnungspunkt 8 A und den Wahlvorschlag Drucksache 18/2446 als Tagesordnungspunkt 8 B in die Tagesordnung einzureihen und am Freitag ohne Aussprache aufzurufen. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 5, 7, 9, 14, 18, 19, 28, 33, 35 und 37 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 10 und 25.

Zur Gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 15 und 34, Anträge zur Flüchtlings- und Asylpolitik, 20 und 22, Anträge zum Freihandelsabkommen CETA, 21 und 32, Anträge zur Kastration von frei laufenden Katzen, 26, 27 und 30, Bericht und Anträge zur Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 27. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Comenius-Gemeinschaftsschule aus Quickborn. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Herr Abgeordneter Sven Krumbeck hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Vom Saaldienst werden Blumen überreicht - Beifall)

Lieber Kollege Krumbeck, ich wünsche Ihnen viel Glück, Erfolg und weiterhin Freude bei der Arbeit. Vor allen Dingen wünsche ich Ihnen, dass Sie Ihre Manuskripte immer rechtzeitig finden.

(Beifall und Heiterkeit)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich ebenfalls die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kastner. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 A auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Regierungserklärung - „Zweieinhalb Jahre Rot-Grün-Blau - Erfolgreiche Arbeit für unser Land“

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Schleswig-Holstein** steht gut da in **Deutschland**. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 34 Jahren nicht. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist höher als jemals zuvor. Das strukturelle Defizit in unserem Haushalt nähert sich mit großen Schritten der Null, wie es mit dem Stabilitätsrat vereinbart ist. Bei der Energiewende führen wir in Deutschland das Feld an. Bei den Krippenplätzen sind wir in Schleswig-Holstein unter den ersten drei der westdeutschen Länder. Bei den Hochschulen setzen wir endlich wieder auf Modernisierung und Innovation statt auf Verfall und Mittelmaß.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Lage** ist weit besser als vor **zehn Jahren**. Sie ist auch besser als vor zweieinhalb Jahren. Es ist noch nicht so lange her, da galt Schleswig-Holstein gemeinhin als strukturschwach, als wenig innovativ und als wenig dynamisch. Es war sehr schön, dort Urlaub zu machen, ansonsten war es jedoch eher ländlich und nicht besonders wirtschaftsstark. Die Arbeitslosenzahlen waren hoch, das Wachstum war weit unterdurchschnittlich, und die Schuldenlast war drückend. All das ist heute anders.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU)

Wir haben bereits viel geschafft, vieles werden wir noch schaffen. In den kommenden zweieinhalb Jahren werden die Veränderungen wirken, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW in der Landesregierung und hier im Landtag angeschoben haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja das Schlimme!)

Schleswig-Holstein ist ein Land im Wandel, im Wandel zum Besseren. Die Bürgerinnen und Bürger wollen in Zeiten weltweiter Verunsicherung sicher leben. Sie wollen Chancengleichheit für ihre Kinder und für sich selber. Sie wollen eine familienfreundliche Arbeit und zu unserem Leben passende Strukturen für Kinder und für alte Menschen. Sie wollen sauberen Strom, und sie wollen teilha-

ben am digitalen Leben. Sie wollen ein soziales Netz, das sie trägt, auch in Zeiten des demografischen Wandels und der Globalisierung. Nicht zuletzt wollen die Menschen an politischen Vorhaben beteiligt werden.

Diesen Auftrag haben wir, die Landesregierung und das sie tragende rot-grün-blaue Bündnis, angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind in unserem Land auf Veränderungen in einer globalen, in einer vernetzten Welt gut eingestellt. Die Nähe zu Dänemark und immer schon unsere Rolle als Tor zu Skandinavien sind hierbei von großer Wichtigkeit. Das Leben und die Mentalität, die man aufnimmt, wenn man zwischen zwei Meeren lebt, die starken Minderheiten in unserer Mitte, all das hat uns immer schon weltoffen gemacht. **Weltoffenheit** und **Vielfalt** definieren eben den „Echten Norden“. Das ist unsere Stärke, und das ist unser Standortvorteil.

Wir ergreifen deshalb in Schleswig-Holstein Chancen, und wir ergreifen sie beherzt. Wir finden sie auch dort, wo nur wenige sie vermuten.

Nehmen wir den **demografischen Wandel**. Ja, er stellt uns vor große Herausforderungen. Ich denke dabei an unser Bildungssystem, an unsere Gesundheitsversorgung und an unsere Infrastrukturen. Diese massiven Veränderungen geben uns aber auch die Chance, uns selbst zu hinterfragen. Ich will, dass wir eine ehrliche Debatte darüber führen, wie unser Land mit den Folgen einer - zum Glück, das ist nämlich ein Gottesgeschenk - älter werdenden Gesellschaft umgeht, aber eben nicht im Sinne eines reflexartigen „Alles muss immer weniger, alles muss immer schlechter werden“, sondern mit einer ehrlichen und starken Diskussion darüber, wie wir unser Land unter diesen Umständen neu strukturieren und beleben.

Deshalb habe ich eine Landesentwicklungsstrategie angestoßen: Wie soll unser Land im Jahr 2030 aussehen? Mit dieser Strategie schauen wir gemeinsam weit in die Zukunft. Wir denken über Legislaturperioden hinaus, und wir tun das mit den Menschen gemeinsam in diesem Land, nicht ohne sie, nicht in unseren Hinterzimmern und nicht in irgendeinem kleinen Kreis, sondern mit den Menschen in unserem Land. Unser Ziel dabei ist es, die Chancen dieser Veränderungen herauszuarbeiten und klar zu benennen.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir können das. Wir zeigen das bei der Energiewende. Dort ergreifen wir die Chancen, die auf dem Tisch liegen. Als Deutschland die **Energiewende** ausgerufen hatte, hat Schleswig-Holstein mit beiden Händen zugegriffen. Die Eignungsflächen haben sich annähernd verdoppelt. Und mit dem Kompromiss zum EEG, an dem auch Schleswig-Holstein ein klein wenig mitgearbeitet hat, geht es mit dem Ausbau voran. Das bedeutet: Bis 2020 wird die Windenergieleistung in diesem Land von 4 GW auf 9 GW steigen. Schleswig-Holstein ist Exporteur von sauberem Strom. Rechnerisch werden wir noch in diesem Jahr unseren Bedarf selber decken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir verdienen mit Wind Geld, ja, wir schaffen Arbeitsplätze. Aber daneben sichern wir mit unserem Wind die nationale Energiewende mit preiswertem und sauberem Strom aus Schleswig-Holstein ab.

Wir stellen uns auch den damit im Zusammenhang stehenden Hausaufgaben. Wir fliehen eben nicht davor, dass es auch Widerstände gibt, wenn man diesen Weg geht. Beim Netzausbau haben wir Hausaufgaben gemacht, vor denen andere wegliefen. Wir haben gezeigt, wie man einen gesellschaftlichen Konsens organisieren kann, auch beim Bau von Windkraftanlagen und auch beim Bau von Stromleitungen und von Netzen. Dass zum Beispiel ein NordLink-Kabel zustande kommt, auch durch sensibles Gebiet, und dass es möglich ist, dieses mit Norwegen zu diskutieren, dieses mit der Bundesregierung zu diskutieren und eben auch mit den Menschen, die die Sorge haben, dass wir dadurch Naturschutzgebiete zerstören, auch das hat sich diese Landesregierung auf die Fahnen geschrieben. Wir haben daran mitgewirkt, weil es eben nicht ausreicht zu sagen, wir wollen keinen Atomstrom, wir wollen keinen Kohlestrom, ohne eine Antwort auf die Frage zu geben, wie es denn ohne geht. Wir geben die Antwort darauf.

Diese Debatte werden wir mit den Menschen fortsetzen. Wir werden ihnen ehrlich sagen: Ja, Stromtrassen gehören dazu. Wir werden ihnen ehrlich sagen: Ja, wir müssen es auch in einer EEG-Welt aushalten, dass Strompreise leicht steigen, weil die Alternative, die dahintersteht, eine mit verrosteten Röhren aus alten Atomkraftwerken ist, die noch in 100 Millionen Jahren strahlen werden. Das ist die Alternative, und das erklären wir den Menschen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir hören beim Strom noch längst nicht auf. Strom ist nur der Anfang. Wir wissen, dass wir uns jetzt der **Wärme** zuwenden müssen, denn fast die Hälfte unserer Energie verheizen wir. Ich bin froh, dass wir eine neue Strategie entworfen haben, die sich an den in Dänemark gemachten Erfahrungen anlehnt. Dort beträgt der Anteil der Erneuerbaren im Wärmebereich bereits heute 52 %, bei uns erst 12 %. Um hier besser zu werden, setzen wir EU-Mittel ein, zum Beispiel für Quartiersanierung, Wärmenetze oder Kraft-Wärme-Kopplung.

Sie sehen, diese Koalition läuft einer Energiewende nicht hinterher, sondern wir gestalten sie mit den Menschen und für die Menschen. Das ist Fortschritt für unser Land, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen: Die Energiewende verändert unseren ländlichen Raum spürbar. Sie ist Herausforderung und Chance zugleich, ökonomisch wie ökologisch. Wir erkennen auch, dass wir angesichts solcher Herausforderungen im Schnittpunkt von **Landwirtschaft** und **Naturschutz** stehen. Durch ordnungspolitische Grundsatzentscheidungen wie durch das Dauergrünlanderhaltungsgesetz bewahren wir unsere Landschaft vor weiterer Vermaischung. Unsere Gewässer und unser Grundwasser schützen wir vor Nitrateintrag. Wir tun das, damit wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und gerade eben auch unserer Landwirtschaft sichern. Unsere Landwirtschaft braucht nämlich ein gesundes Schleswig-Holstein und nicht ein verdrecktes Schleswig-Holstein. Dafür setzt sich diese Landesregierung ein.

Wir wissen, dass solche Entscheidungen auch immer ein Spagat und immer ein Abwägungsprozess sind; sie stehen immer im Gegensatz von Nutzen und Schützen. Aber wir werden ein kritisches und ein konstruktives Miteinander auch in der Zukunft organisieren. Gemeinsam mit der EU helfen wir dem ländlichen Raum und der Landwirtschaft in vielen Bereichen, diesen Spagat hinzubekommen. 419 Millionen € im „Zukunftsprogramm Ländliche Räume“ stehen dafür zur Verfügung.

Das, was wir beim Naturschutz erleben, wird auch beim **Tierschutz** mit Händen greifbar. Die Menschen erwarten von uns Richtungsänderungen für die Tiere, nicht gegen die Landwirte. Es ist ein großes Missverständnis zu glauben, es sei gegen Landwirtschaft gerichtet, wenn man sich für Tierschutz einsetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Es geht uns vielmehr um einen Wandel in unser aller Köpfe, um einen Wandel bei den Produzenten, aber auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Diese Koalition hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, bei der Nutztierhaltung umzusteuern. Ich weiß, dass dies kein leichter Prozess ist. Ich sage aber ganz deutlich: Ich will kein Schleswig-Holstein, in dem Ferkel keine Ringelschwänze mehr haben. Ich will kein Schleswig-Holstein, in dem Küken nur leben können, wenn ihre Schnäbel gekürzt werden. Wir wollen die Haltungsbedingungen an die Tiere anpassen und nicht umgekehrt. Wir wissen, dass dies die ökonomischen Chancen unserer Landwirte eben nicht schmälert, sondern - im Gegenteil - sie langfristig erst ermöglicht.

Meine Damen und Herren, auch unsere **Wirtschaft** in Schleswig-Holstein steht heute erfolgreich da.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Jeden Tag!)

Da sind in erster Linie die Leistungen, und das ist das Verdienst unserer Unternehmungen und ihrer Beschäftigten. Wir als Landesregierung wollen und werden diesen Erfolg positiv begleiten. Wir richten deshalb unsere Förderprogramme strategisch auf die Felder aus, auf denen Schleswig-Holsteins echte Chancen liegen. Wir benennen die Stärken Schleswig-Holsteins. Sie liegen in den Lebenswissenschaften, in erneuerbaren Energien, bei der Ernährungswirtschaft, der Informationstechnologie und der maritimen Wirtschaft. Hinzu kommen die traditionellen Stärken im Maschinenbau, in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus. Fördergelder gehen künftig nur noch dahin, wo wir unsere Stärken haben. Die Zeiten der Gießkanne, die wir vorgefunden haben, sind beendet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Die Gießkanne haben wir vorgefunden!)

Wir fördern nach neuen, klaren Kriterien, die den positiven Wandel Schleswig-Holsteins unterstützen.

Unser wichtigstes Instrument dabei ist das Landesprogramm **Wirtschaft**. Es ist das neue **Wirtschaftsförderprogramm** für die Jahre 2014 bis 2020. Es bündelt die Fördermittel von Land, von EFRE und aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Mit fast 600 Millionen € können wir in der laufenden Förderperiode Projekte unterstützen, die auf ein intelligentes, nachhaltiges Wachstum abzielen, und wir können Regionen in ihren Stärken begleiten. Dass wir neue

Akzente setzen, hat auch die EU gewürdigt. Der klare strategische Rahmen unseres Programms hat dazu geführt, dass wir als eine der ersten Regionen Europas den Zuschlag für unser neues Programm bekommen haben. Ehrlich gesagt ist mir das noch wichtiger als teilweise ein Nichtapplaus aus diesem Haus, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein gutes Beispiel für die neue Fokussierung auf unsere Stärken ist auch unser Blick auf die **Westküste**. Die Landesregierung hat 30 Millionen € speziell für die Stärkung der Westküste bereitgestellt, für die Entwicklung von Tourismus und die Entwicklung von Energie. Gleichzeitig sind wir uns auch unserer industriellen Basis bewusst. Wir wollen sie stärken, um Know-how im Land zu halten. Wir wissen, Industriearbeitsplätze heißt Innovation und Fortschritt. Wir wissen, dass an der Industrie Dienstleister, Logistiker und der Finanzsektor hängen. Wir unterstützen den Technologietransfer und helfen mit betrieblicher Innovationsförderung. Wir werden mit den Gewerkschaften und den Unternehmen die Chancen einer modernen und einer klugen Industriepolitik nutzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber alle Förderprogramme sind ohne jeden Wert - das ist zentral und die Triebfeder unserer Politik -, wenn den Unternehmen gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. Antworten auf den steigenden Fachkräftebedarf geben wir mit der **Fachkräfteinitiative** und dem **Landesprogramm Arbeit**. In der neuen EU-Förderperiode stehen zusammen mit Kofinanzierungsmitteln rund 240 Millionen € bereit. Das bedeutet im Alltag: Wir bringen Jugendliche in Ausbildung. Wir qualifizieren Menschen für ihren Job. So sorgen wir für Fachkräfte, und so sichern wir unseren Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit. Berufsausbildung ist für uns dabei mindestens so wichtig wie eine akademische Ausbildung. Unsere Zielgröße ist: Niemand in diesem Land darf zurückbleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Koalition hat ein klares sozialmarktwirtschaftliches Profil. Das Leben der Menschen zu verbessern, heißt immer auch **Standards** setzen für gute Arbeit, Standards, die auch gut sind für unsere Unternehmen, weil sie **fairen Wettbewerb** erst ermöglichen. Man kann wirklich kaum nachvollzie-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

hen, dass es so schwer ist zu begreifen, dass die Menschen in diesem Land darauf warten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Mindestlohngesetz und dem Tariftreuegesetz schützen wir unsere Unternehmen vor einer Billigkonkurrenz, die auf Dumpinglöhne setzt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Öffentliche Aufträge in diesem Land werden nur noch an Unternehmen vergeben, die sich verpflichten, den Mindestlohn einzuhalten. Alle guten Unternehmen in diesem Land tun das schon längst.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die äußerst positive Entwicklung bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und die sehr erfreulich niedrige Arbeitslosenquote von 6,3 % bestätigen unseren Kurs und widersprechen all denen, die uns sagen, dass das der Untergang des Abendlandes wäre. Es ist das Gegenteil, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fair und gerecht muss es im Arbeitsmarkt zugehen. Fair und gerecht muss es in unserer Gesellschaft zugehen.

Dieser Anspruch leitet uns auch im Bereich der **Bildung**. Was haben wir 2012 vorgefunden? Zu wenig Kitaplätze für unsere Kinder, Chaos bei den Schulformen, marode Hörsäle an den Hochschulen. Ich weiß, alle Vorgängerregierungen, auch sozialdemokratische, hatten daran ihren Anteil. Aber das macht es nicht besser. Das ist den Menschen auch ziemlich egal. Sie wollen einfach nur, dass Bildung besser wird und dass Sie gefragt werden, dass sie einbezogen werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie gemacht!)

- Wir haben das gemacht. Wir haben gehandelt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil wir wissen, dass die Voraussetzungen für gute Bildung im frühkindlichen Alter geschaffen werden, haben wir uns um deutlich mehr und deutlich bessere **Kitaplätze** gekümmert. Weil wir wollen, dass Eltern sorgenfrei und gleichberechtigt ihrem

Beruf nachgehen können, wenn sie es denn wollen, haben wir uns diesen großen - auch haushaltspolitischen - Anstrengungen unterworfen. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder individuelle Tagesbetreuung bis zum dritten Lebensjahr in Schleswig-Holstein flächendeckend verwirklicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben im Bundesvergleich überdurchschnittliche Anstrengungen unternommen, die Betreuungsplätze auszubauen. Mit unserer Betreuungsquote von 30,4 % stehen wir jetzt auf Platz 3 der westdeutschen Länder nach Hamburg und Rheinland-Pfalz. Wenn wir zurückschauen, dann stellen wir fest, das ist eine enorme Leistung. 2012 gab es in unserem Land viel zu wenig Plätze, um den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Wir haben auch erreicht, dass Eltern ihren Krippenplatz für ihre Kinder eben nicht einklagen müssen. Seit Regierungsübernahme haben wir die Zahl der U-3-Plätze um knapp ein Viertel gesteigert. 4.000 Kinder haben dank Rot-Grün-Blau jetzt einen Krippenplatz. Darauf kann man stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei - das unterscheidet uns sehr von anderen - haben wir die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen lassen. Wir nehmen Konnexität ernst. Wir haben uns mit der kommunalen Familie geeinigt. Das ist ein riesiger Fortschritt gegenüber dem, was wir vorgefunden haben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir geben so viel Geld aus wie nie zuvor in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein, und wir lassen uns dafür nicht vor Gerichten in diesem Land verklagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir machen weiter. Bei den **Gebühren** wird es sozial gerechter. Die Kinder aus ALG-II-Familien sind schon von Gebühren befreit. Die landesweit einheitliche Regelung der Sozialstaffel wäre der nächste Schritt. Wir halten an unserem Ziel, ein beitragsfreies Kitajahr einzuführen, fest, und wir setzen uns für die qualitative Weiterentwicklung von Kindertagesstätten ein. Dies sind unsere Ziele, und wir werden sie erreichen, so wie wir die ersten auch erreicht haben.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die rot-grün-blaue Koalition hat auch die Basis für ein **modernes Schulsystem** gelegt, das Eltern sowie Schülerinnen und Schülern Wahlfreiheit lässt und das Durcheinander an Schulformen endlich beendet hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zwei starke Säulen aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gleichberechtigt nebeneinander, das ist unsere Antwort auf dieses Chaos. Es wird flankiert durch vielfältige Bildungsangebote an den von uns gestärkten Berufsbildungszentren. Viele Wege führen nun in die berufliche Ausbildung. Viele Wege führen an unsere Hochschulen. Damit ist für jede Schülerin und für jeden Schüler das Richtige dabei.

Deshalb haben wir übrigens auch die Übergangsempfehlung für die weiterführende Schule abgeschafft und durch Entwicklungsberichte und Gespräche ersetzt. Wir wollen Bildungswege in diesem Land offenhalten. Wir wollen nicht erzwingen, sondern wir wollen beraten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen - die Eltern sagen uns das auch -, dass die **Unterrichtsversorgung** noch besser werden muss. Wir erkennen das auch. Wir wissen aber auch, woher wir kommen. Wir wissen auch, welche Werte wir vorgefunden haben. Auch das ist über Jahrzehnte gewachsen. Das macht es aber auch nicht besser.

Unsere Antwort auf die Lücke, die wir haben, ist, dass wir bei leider sinkenden Schülerzahlen von rund 8 % nur gut 3 % der Lehrerstellen aus dem System nehmen. Damit schließen wir Jahr für Jahr die Lücke. Die Landesregierung belässt insgesamt 1.480 Stellen an den Schulen. Damit stärken wir Schule, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben darum gerungen, wir haben dafür gekämpft, und wir sind dafür auch kritisiert worden. Ich bekenne aber, dass wir es für richtig halten, dass wir die kompletten BAFöG-Millionen bis 2017 in die Unterrichtsversorgung gesteckt und diese Mittel nicht anders verteilt haben. Damit haben wir 728 Lehrerstellen mehr als noch zu Jahresbeginn geplant.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir setzen die BAFöG-Millionen eins zu eins dort ein, weil wir das Wort Priorität ernst nehmen, das in der politischen Debatte ein bisschen in Verruf geraten ist. Wir glauben an die Priorität von Chancengleichheit. Wir glauben an die Priorität von Bildungsgerechtigkeit. Diese beginnt bei der Unterrichtsversorgung. Deswegen handeln wir so, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Schulstruktur steht. Sie ist klar, sie ist verlässlich, und sie bleibt so. Es wird keine weiteren grundlegenden Strukturänderungen bei unseren Schulen geben. Jetzt kümmern wir uns um die Verbesserung der Qualität der Bildung.

Wir werden die 100-prozentige Unterrichtsversorgung erreichen. Jedes Jahr werden wir einen Schritt weiter in diese Richtung gehen. Ich verspreche Ihnen, wir werden sie erreichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der Landesregierung ist es ein sehr großes Anliegen, dass wir erfahren und erleben, dass unsere Gesellschaft heterogener wird. Das ist auch in den Klassenzimmern spürbarer als zuvor. Wir brauchen mehr die Fähigkeit, sich um die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler zu kümmern. Wir nennen das **Inklusion**.

Dieses Thema begleitet uns in Schleswig-Holstein seit 25 Jahren. Diese Landesregierung ist die erste Landesregierung, die hinter diese Bemühungen nach einem Vierteljahrhundert ein Konzept setzt. Das hätte anders sein müssen. Es war aber nicht anders, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Inklusionskonzept hilft Kindern mit Handicaps. Es hilft Kindern mit sozialpädagogischem Förderbedarf. Es hilft allen Kindern, meine Damen und Herren.

(Zurufe CDU und FDP)

Wir finden es richtig und wichtig, dass unsere Kinder miteinander lernen. Wir wollen ihnen mitgeben, dass es nicht ausreicht, Formeltabellen zu lernen. Vielmehr müssen sie in einer sich verändernden heterogenen Gesellschaft, egal was auch immer sie tun, darauf vorbereitet sein, miteinander Gesell-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

schaft zu sein. Das lernen wir in den Schulen. Deswegen ist Inklusion nicht nur für diejenigen ein Thema, die ein Handicap haben, sondern auch für diejenigen und insbesondere für diejenigen, die damit leben müssen, dass sich unsere Gesellschaft verändert. Wenn sie mit 30 als Investmentbanker tätig sind, lernen sie es aber nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So vorbereitete junge Leute gehen auch mit weiterer Kraft und mit weiterer Stärke an unsere **Hochschulen**. Wir freuen uns, dass die Studierendenzahlen in Schleswig-Holstein seit 2005 um fast ein Fünftel gestiegen sind auf inzwischen über 50.000 junge Menschen. Mindestens bis zum Jahr 2016 wird das so weitergehen, auch weil der doppelte Abiturjahrgang in Schleswig-Holstein erst noch kommt.

Mehr Studentinnen und Studenten sind politisch gewollt. Auch damit wollen wir dem Fachkräftemangel in unserer Gesellschaft etwas entgegensetzen. Wir brauchen gute Ausbildungen in unseren Betrieben und Berufsschulen, aber auch an unseren Fachhochschulen und unseren Universitäten. Deshalb müssen wir sie endlich wieder so ausstatten, dass Bildung dort auch Spaß machen kann, dass die Hochschulen überhaupt eine Chance haben, mit den jungen Menschen Bildung zu gestalten.

Wichtig war uns deshalb, endlich unseren Universitäten und Fachhochschulen mehr **Planungssicherheit** zu geben. Deshalb haben wir es sehr unterstützt, dass sich Bund und Länder auf einen erneuerten starken Hochschulpakt geeinigt haben. Deshalb bringen wir den beträchtlichen Landesanteil von 225 Millionen € dafür in unseren Haushalt ein. Deshalb haben wir schon Ende 2013 Zielvereinbarungen mit allen staatlichen Hochschulen bis ins Jahr 2018 abgeschlossen. Deshalb geben wir unseren Hochschulen über die Laufzeit dieses bestehenden Paktes hinaus - was nun wirklich nicht selbstverständlich ist in dieser Welt, und das finden Sie in Deutschland auch nicht so oft - Planungssicherheit. Wir stellen Ihnen - das haben wir zugesagt - ab 2022 nach Auslaufen des Paktes dauerhaft 30 Millionen € zur Verfügung. Das haben wir zugesagt, und darauf können sich unsere Hochschulen verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es besteht kein Zweifel, dass man bei jedem dieser Punkte noch mehr machen könnte. Wir würden

auch schrecklich gern noch viel mehr machen. Ein limitierender Faktor wird von dieser Landesregierung aber streng beachtet. In der Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskiner haben wir uns eine **Schuldenbremse** auferlegt, weil wir ihnen ein handlungsfähiges Land übergeben wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat das Parlament gemacht! Vor Ihnen schon!)

- Nach meinem Verständnis sind es die Menschen in diesem Land, die das wollen. Ich glaube, darauf können wir uns einigen, Herr Kollege. Wir haben uns eine Schuldenbremse auferlegt. Dass Sie dabei waren, macht es nicht schlechter.

(Heiterkeit FDP)

Wir wollen bei der Konsolidierung vorankommen. Wir kommen besser dabei voran als andere Länder, die gemeinsam mit uns gestartet sind.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

2013 hat unser Land zum ersten Mal seit über 50 Jahren das Haushaltsjahr mit einem Haushaltsüberschuss abgeschlossen. Wir haben Schulden getilgt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies ist ein historischer Erfolg. Daran kann man erkennen, dass die Finanzen des Landes bei Rot-Grün-Blau in sehr guten Händen sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man erlebt dieser Tage in vielen Kommentierungen, dass noch nicht jeder genau durchdrungen hat, wie eine Schuldenbremse funktioniert. Wie wichtig unsere Konsolidierungsanstrengungen waren und sind, können Sie daran erkennen, dass die aktuelle Steuerschätzung mit ihren Prognoseauswirkungen nicht dazu führt, dass wir in hektische Panik ausbrechen müssen, weil wir uns an die uns gegebenen Leitplanken halten, gehalten haben und auch immer halten werden. Wir bewegen uns innerhalb dieser Leitplanken. Solange man das tut, macht einem eine Steuerschätzung keine Angst mehr. Ich hoffe, das nehmen irgendwann einmal auch alle wahr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir bleiben innerhalb der Leitplanken, und trotzdem können wir Probleme lösen mit mehr Hilfen für Flüchtlinge und mit mehr Investitionen, obwohl die erwarteten Steuermehreinnahmen etwas sinken.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Meine Damen und Herren, wie vielen von Ihnen auch ist uns ein Stein vom Herzen gefallen, als festgestellt werden konnte, dass unsere Bank, die **HSH Nordbank**, den Stresstest überstanden hat. Gemeinsam mit Hamburg haben wir durch die Wiedererhöhung der Ländergarantie zumindest mitgeholfen, dass dies geschehen konnte. Damit wurde ein Fiasko für den Haushalt abgewandt. Jetzt gilt es, alle Kräfte zu bündeln, damit die Kommission die Wiedererhöhung dieser Garantien genehmigt. Wir kämpfen gemeinsam mit Ihnen dafür, dass wir eine Lösung für die HSH Nordbank finden, die sie dauerhaft trägt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Defizitäre Haushalte finden Sie in verschiedenen Ausprägungen auch in unserem Land. Diese finden Sie in den Haushaltsbüchern, aber auch in unserer **Infrastruktur**. Kaputte Schulen und kaputte Straßen sind Realität in unserem Land. Bei Schulen ist das noch schlimmer als bei Straßen. Sanierungsstau an unseren Hochschulen, Sanierungsstau an unseren Krankenhäusern und bei unseren Verkehrswegen - wie die Menschen in diesem Land finde auch ich das unerträglich. Allerdings müssen wir bei aller Ehrlichkeit sagen: Wir werden das nicht im Alleingang und schon gar nicht über Nacht ändern können. Beim Gestalten des Wandels - auch aus den eben genannten Gründen - sind uns Grenzen gesetzt. Es wäre vermessen zu behaupten, das über Nacht reparieren zu können, was eine ganze Politikerklasse in den letzten Jahrzehnten angerichtet hat. In dieser Zeit ist es entstanden, und es braucht Zeit, das zu reparieren.

Aber, meine Damen und Herren, wir können umsteuern. Wir können die Hebel in die richtige Stellung bringen. Wir können Prioritäten setzen. Wir können Schritt für Schritt besser werden oder uns doch noch, wenn wir denn mutig genug sind, für einen neuen, großen und solidarischen Kraftakt entscheiden. Mir ist bewusst, dass das keine leichte Entscheidung ist.

Wir jedenfalls werden den ersten umfassenden und ehrlichen Infrastrukturbericht für dieses Land vorlegen, der die Grundlage für ein nachhaltiges 100-Millionen-€-Erneuerungsprogramm unserer Infrastruktur ab 2018 sein wird.

Die Einrichtung von überjährigen Finanzierungsmodellen markiert die zentrale Veränderung. Für die Landesstraßen und Sondervermögen mit der Christian-Albrechts-Universität gibt es eine Sanierungsvereinbarung, die ihr gestreckt über 15 Jahre

165 Millionen € bringen wird. Dieses Geld kommt sowohl aus dem Hochschulbauetat als auch aus dem Sondervermögen „Hochschulsanierung“.

Unterm Strich haben wir **Sondervermögen** in Höhe von mehr als 180 Millionen €, die wir in diesen Haushaltszeiten in die Modernisierung von Straßen, Kitas, Landesliegenschaften, Hochschulen, Kliniken oder unseres Breitbandnetzes investieren. Dazu kommt die Sanierung des UKSH im Umfang von über 500 Millionen €. Das ist eines der größten Bauprojekte Schleswig-Holsteins, das wir mit großer Mehrheit auf den Weg gebracht haben. Das ist Investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir investieren auch in unseren Städten, weil wir wissen: Die 48 Millionen €, die wir gemeinsam mit den Kommunen für die Städtebauförderung einsetzen, bewirkt das Fünffache an öffentlichen und privaten Bauinvestitionen.

Wir wissen, dass es richtig ist umzudenken und dass wir etwas gemeinsam gegen den Verfall in unserem Land tun müssen. Jede wacklige Brücke, jede bröckelige Straße stellt auch Verschuldung dar - sie bildet sich nur nicht in unseren Haushalten ab, weil diese so strukturiert sind, wie sie sind.

(Christopher Vogt [FDP]: Richtig!)

Diese Regierung wird sich mit Nachdruck auch weiterhin dafür einsetzen, dass wir die wichtigen und großen **Verkehrsprojekte** in unserem Land hinbekommen.

Aber das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur A 20 zeigt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit - leider war das in diesem Land nicht immer die maßgebende Devise. Dennoch werden wir die A 20 bis 2016 fertig geplant haben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Ausbau der A 7 hat begonnen. Die Planungen für den Ersatz der Rader Hochbrücke laufen. Sie muss und wird in zwölf Jahren fertig sein. Wir wissen, dass wir in Schleswig-Holstein nicht genug tun würden, wenn wir uns nur auf den Individualverkehr konzentrierten. Wir verbessern das **Nahverkehrsangebot** in Schleswig-Holstein. Mit dem neuen Verbund nah.sh führen wir Bus und Bahn enger zusammen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir bauen den Nahverkehr als wichtigen Teil unserer Mobilität aus. Wir wollen den Erfolg von S 4, von S 21 und StadtRegionalBahn. Wir freuen uns, dass es dazu endlich Impulse aus der kommunalen Familie gibt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen, meine Damen und Herren, dass wir auch virtuell investieren müssen, jedenfalls in virtuelle Netze. Mit unserer **Breitbandstrategie** setzen wir Impulse für einen beschleunigten Ausbau auch hierbei.

Bis 2020 stehen inklusive Sondervermögen 50 Millionen € bereit, um dem Ziel einer flächendeckenden Glasfaserversorgung näherzukommen. Beim Breitbandausbau sind wir im Augenblick auf Platz drei der Flächenländer in Deutschland. Das reicht uns noch lange nicht. Deswegen müssen wir uns konzentrieren, das bündeln und zusammenführen: alle Akteure, aber wir werden das tun.

Wir wissen: **Investitionen** in unser Land sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieses Landes. Wir wissen, dass wir Geldschulden nicht länger durch Betonschulden ersetzen dürfen, etwa indem wir Straßen oder Brücken nicht mehr reparieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen war es mir ein besonderes Anliegen, dass es schon in der Nachschiebeliste gelungen ist, die Investitionsquote spürbar über 7 % zu erhöhen. Das ist ein wichtiges Zeichen.

(Zurufe FDP)

Das ist ein wichtiges Zeichen, und ich freue mich auf weitere Anträge, das zu verbessern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über Investitionen reden wir auch, wenn wir über **Wohnungsbau** in Schleswig-Holstein reden. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land gut leben können. Dazu gehört an vorderster Stelle, dass die Menschen Wohnungen in lebenswerten Quartieren haben, die keine Energieschleudern sind und die trotzdem bezahlbar bleiben - völlig egal, wo in Schleswig-Holstein. Dafür fördern wir günstigen Wohnraum. Dafür helfen wir, den Mietanstieg zu begrenzen. Der Wohnungsbau kommt mit der Offensive der Landesregierung für bezahlbares Wohnen in Gang, weil es bessere Zinskonditionen und eine höhere Förderung gibt.

Von 2013 bis September 2014 waren es insgesamt 2.100 Wohnungen. Dafür haben wir 200 Millionen € in die Hand genommen. Wir werden diese erfolgreiche Wohnraumförderung fortsetzen, weil unser Land sie braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit stärken wir auch unsere Kommunen. Denn wir sind zutiefst davon überzeugt, dass unsere Kommunen nicht nur im Wohnungsbau von zentraler Bedeutung für unser Land sind. Sie sind der Ort, an dem die Menschen leben und an dem sie dieses Land erleben. Deswegen habe ich zu Beginn meiner Amtszeit versprochen, endlich wieder einen gerechten Ausgleich zwischen Land und Kommunen herzustellen, weil wir wissen, dass Land und Kommunen auf Augenhöhe in der Verantwortung für den Erfolg unseres Landes stehen.

Deshalb haben wir den 120-Millionen-€-Eingriff im **kommunalen Finanzausgleich** wieder ausgeglichen, meine Damen und Herren:

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP)

80 Millionen € für Kitas, 50 Millionen € im Rahmen der Grunderwerbsteuer, 25 Millionen € KFA-Mittel für Schulsozialarbeit und Infrastruktur dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist so dreist!)

Und wenn diejenigen jetzt lachen, die sich mit den Kommunen nur noch vor Gerichten getroffen haben, die eingegriffen haben, und die nicht mehr Kita-Plätze bezahlen wollten, dann ist das so, aber ich kann ein solches Gelächter über diese Entwicklung nicht ernst nehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben nicht eingegriffen! - Christopher Vogt [FDP]: Herr Stegner war das, er hat eingegriffen! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung nimmt endlich wieder das Wort „Konnexität“ ernst.

(Lachen CDU und FDP)

Wir stehen zu unseren Kommunen und finden gemeinsam mit ihnen gute Lösungen. Das war bei den Kitas so, und das ist auch bei der Reform der Eingliederungshilfe so. Wir werden in den nächsten Wochen einen Gesetzentwurf vorstellen, bei dem

(Ministerpräsident Torsten Albig)

sich Kommunen und Land auf eine grundsätzliche Reform des Finanzierungssystems geeinigt haben.

(Serpil Midyatli [SPD]: Geeinigt!)

- Wir haben uns geeinigt, genau. Das braucht ein bisschen.

Meine Damen und Herren, auch die Reform des kommunalen Finanzausgleichs war in diesem Land überfällig. Das alte System war ungerecht, undurchsichtig und fragte nicht nach Aufgaben und auch nicht nach Soziallasten. Wir sind die erste Landesregierung, die denjenigen hilft, die große Belastungen zu tragen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben eine Unwucht im Land, und wir haben sie behoben.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Morgen werden wir das in diesem Parlament diskutieren. Wir haben uns an die Entflechtung und faire Verteilung von 1,5 Milliarden € Finanzmasse herangewagt. Die Reform haben wir mit der kommunalen Familie in einem Beteiligungsverfahren erarbeitet, das seinesgleichen sucht.

(Lachen und Zurufe FDP)

Das neue Finanzausgleichssystem ist transparent. Jeder einzelne Zahlungsstrom kann systematisch erklärt werden. Nicht mit Aufgaben hinterlegte und intransparente Festbeträge fallen weg.

Das neue System ist ein lernendes System. Es gibt gesetzlich festgelegte Prüfungsintervalle. Damit wird es kein Konstrukt mehr geben, bei dem, wenn sich die Rahmenbedingungen verändern, der Bezug zur Realität verloren geht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Den haben Sie schon verloren!)

Vor allem ist entscheidend: Was wir vorlegen, ist gerechter als das, was wir heute in Schleswig-Holstein haben - endlich!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerechtigkeit verlangt auch **Sicherheit**. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land sicher leben können, und das tun sie. 2013 gab es so wenige Straftaten wie seit weit über 30 Jahren nicht mehr in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dafür gilt unser Dank unseren 8.000 Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das waren wahrscheinlich auch Sie, Herr Ministerpräsident!)

Natürlich weiß ich um die Belastung bei unserer **Polizei**. Deshalb versetzen wir auch Polizistinnen und Polizisten aus ruhigeren Gebieten in belastetere Gebiete. Deshalb überlegen wir auch, wenige kleine Dienststellen mit anderen zusammenzulegen oder sie zu schließen, um die Polizeiarbeit dort zu stärken, wo sie gestärkt werden muss. Wir übernehmen einen Prozess, den Schwarz-Gelb vorbereitet hat, und wir setzen ihn fort.

Wir arbeiten übrigens auch daran - das haben andere nicht getan -, dass Schichtarbeit bei der Bezahlung und beim Freizeitausgleich der Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei besser berücksichtigt werden wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und ja, wir scheuen uns auch nicht und folgen nicht populistischen Eingebungen, wenn wir sagen: Auch bei der Polizei werden wir Stellen einsparen müssen. Der neue Innenminister wird noch in diesem Jahr das Wo benennen, aber auch das Wo-nicht. Da sind wir uns schon jetzt einig: Wir werden nicht im Einsatz, wir werden nicht bei der Ermittlung Stellen einsparen, sondern dort, wo es das Sicherheitsgefühl der Bürger gerade nicht betrifft, etwa durch eine klügere Organisation der IT-Betreuung. Wer öffentlich das Gegenteil sagt, wer die Menschen verunsichert, der gefährdet das Sicherheitsgefühl in unserem Land, der tut das.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Auch den **Strafvollzug** können wir so gestalten, dass das Leben für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sicherer wird. Indem wir straffällig gewordene Menschen bereits in der Haft darauf vorbereiten, ihr Leben später eigenverantwortlich und straffrei fortzuführen, damit sie nicht rückfällig werden - auch das ist ein Teil einer präventiven Sicherheitspolitik. Auch dafür steht diese Regierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Dudda [PIRATEN])

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Im Mittelpunkt unserer Politik über alle Felder steht der Mensch. Das gilt auch für die **Gesundheitspolitik** in Stadt und Land. Wir stärken Tageskliniken nah am Wohnort, wir bauen angesichts einer - ich habe es gesagt - zum Glück immer älter werdenden Bevölkerung die geriatrische Versorgung aus. Die Krankenhausfinanzierung hat sich verbessert - endlich! In diesem Jahr wurde der Landesbasisfallwert Schleswig-Holsteins um etwa 3,5 % erhöht. Das bedeutet für unsere Kliniken etwa 62 Millionen € mehr als 2013. Endlich ziehen wir beim Basisfallwert mit sieben anderen Ländern gleich. Der jahrelange Einsatz vieler hat sich endlich ausgezahlt.

Den Einstieg in höhere Investitionen in unsere Krankenhausinfrastruktur - er ist notwendig - wollen wir bei den Haushaltsberatungen im Dezember diskutieren. Ich habe es gesagt: Krankenhäuser gehören mindestens genauso zu unserer Infrastruktur wie Schulen oder Straßen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Immer mehr ältere Menschen - ja, das hat Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein, das hat Auswirkungen auf **Pflege** in Schleswig-Holstein. Diese Regierung trägt dazu bei, den Pflegeberuf endlich attraktiver zu machen und nicht von ihm abzuschrecken wie in der Vergangenheit. Wir tragen dazu bei, dass mehr Pflegekräfte bei uns im Land ausgebildet werden können. Es ist wichtig für eine sich verändernde Welt. Erst vor wenigen Wochen haben wir mit der Universität zu Lübeck die ersten Studierenden des neuen dualen Studiengangs Pflege willkommen geheißen. Dafür gibt das Land über vier Jahre eine Anschubfinanzierung von insgesamt 1 Million €. Die Zahl der vom Land geförderten Ausbildungsplätze in der Altenpflege werden wir bis Ende 2015 um 50 % gesteigert haben - je 200 Azubis mehr in den letzten beiden Ausbildungsjahren auf dann 600 in jedem der drei Lehrjahre.

Wir sind auf einem guten Weg, die schulische Ausbildung in der Altenpflege grundsätzlich kostenfrei zu machen; denn Pflege geht uns alle an. Da müssen wir als Gesellschaft dafür offen sein, dass dieses Berufsfeld auch jedem offensteht. Diese Regierung wird sich weiter mit aller Kraft dafür einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer Politik mit und wer Politik für die Menschen machen will, ist immer gut beraten, es für alle Menschen in diesem Land zu machen. Ich bin sehr froh,

dass es uns gelungen ist, die vorbildhafte **Minderheitenpolitik** Schleswig-Holsteins wiederherzustellen und sie weiterzuentwickeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir waren es, die die zehnprozentigen Kürzungen in der kulturellen Arbeit der Minderheiten zurückgenommen haben. Wir haben die Förderungen der Schulkinder der dänischen Minderheit gemeinsam mit dem Dänischen Schulverein auf ein solides und zukunftssicheres Fundament gestellt. Wir haben im Konsens mit allen Fraktionen das dänische Schulwesen sowie den Friesisch- und Niederdeutschunterricht in die Landesverfassung aufgenommen. Als einziges Land schützt Schleswig-Holstein die Minderheit der Sinti und Roma in seiner Verfassung. Als wir das beschlossen haben, war uns vielleicht noch gar nicht bewusst, welch starkes Signal das gerade in diesen Tagen ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Schleswig-Holstein betreibt erstmals eine bewusste Sprachenpolitik. Plattdeutsch, Dänisch, Friesisch, Romanes - alles gehört zu unserem Land. Wir stärken den Niederdeutsch- und den Friesischunterricht in Schleswig-Holstein. Das sind die ersten Bausteine einer modernen Sprachenpolitik, weil wir wissen, dass es Teil unseres kulturellen Erbes ist.

Wir wissen auch, dass **kulturelles Erbe** in all seinen Formen erhalten werden muss, unsere Denkmäler allzumal. In einem sehr breiten Beteiligungsverfahren haben wir ein neues Denkmalschutzgesetz erarbeitet. Wir bringen den Eigentümern endlich Klarheit und reduzieren langfristig den bürokratischen Aufwand.

Wir setzen uns für Kultur ein. Um 5 Millionen € haben wir die Gelder für Kultur seit 2012 angehoben. Wie wir unsere knappen Mittel am sinnvollsten einsetzen, darüber haben wir gut nachgedacht und auch das nicht in irgendeinem Hinterzimmer getan. Wir haben mit den Kulturträgern, mit den Kulturschaffenden und mit den Kommunen gemeinsam ein Kulturkonzept für das Land erarbeitet. Es legt seinen Schwerpunkt auf die Unterstützung einer flächendeckenden Struktur in Schleswig-Holstein und auf die Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche, weil gerade Kinder und Jugendliche Kultur brauchen, um Verortung und Halt in unserer Gesellschaft zu finden. Deswegen setzen wir uns für Kultur ein und betrachten sie nicht als Streichposition in Haushalten.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich will, dass auch diejenigen Halt bei uns finden, die neu zu uns kommen. Ich will eine echte, ich will eine wahrhaftige **Willkommenskultur** in Schleswig-Holstein. Das ist für mich ein Gebot der Menschlichkeit, und darüber hinaus ist es ein Gebot der Vernunft. Schleswig-Holstein braucht Menschen, die zu uns kommen. Deshalb müssen wir ein Land sein, das die Menschen herzlich willkommen heißt, sonst werden wir nicht zukunftsfähig sein. Ohne Zuwanderung werden wir all das, was uns wichtig ist, nicht erhalten können, in keinem einzigen Bereich. Wir werden diese Herausforderung in Schleswig-Holstein bewältigen, indem wir unsere neue Migrations- und Integrationsstrategie umsetzen. Mit dieser sind wir übrigens bundesweit die ersten, die Grundsatzzfragen der Zuwanderung und der Integration strategisch zusammendenken und sie zusammenführen, weil sie zusammengehören.

Es ist eine Herzensangelegenheit, dass unser Land den Menschen Zuflucht bietet, die hier bei uns Schutz suchen - vor Todesdrohungen, vor Gewalt und vor Unterdrückung. Sie suchen Zuflucht und ein Zuhause - nicht, weil sie in Syrien oder sonst wo in der Welt einen Flyer bekommen haben: „Komm in die schöne Hartz-IV-Welt!“, sondern weil sie um ihr Leben fürchten müssen. Über diese Menschen reden wir. Und wie kann man in solchen Debatten als erste Antwort Abschiebung nennen?

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Wir werden deshalb mehr für die **Flüchtlinge** in unserem Land tun - 20 Millionen € aus der sozialen Wohnraumförderung, knapp 72 Millionen € für Erstattungen an die Kommunen für Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, knapp 8 Millionen € für Deutsch als Zweitsprache -, weil für gelingende Integration nichts so wichtig ist wie das Erlernen der Sprache. Wir wissen das, und wir wollen das umsetzen. Wir wollen, dass aus Flüchtlingen Mitbürgerinnen und Mitbürger werden. Die Flüchtlinge von gestern sind die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner von heute. Das haben wir in unserem Land nach dem Zweiten Weltkrieg geschafft, und wir schaffen es wieder, meine Damen und Herren.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wir schaffen es wieder!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die rot-grün-blaue Koalition hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren viele durchaus auch strittige Gesetzesvorhaben und Projekte beschlossen. Das wird hier und da auch in Umfragen beleuchtet. Zugegebenermaßen macht einen nicht alles an dieser NDR-Umfrage glücklich, auch mich nicht. Aber wir nehmen das als Hinweise darauf, wo wir noch besser werden können. Aber wenn man in so einer Umfrage nach 30 Monaten von den Menschen gesagt bekommt, von der Mehrheit der Menschen, dass genau diese Regierung es ist, die dieses Land weiter regieren soll, dann zeigt mir das, dass der Weg, auf dem wir sind, so falsch nicht sein kann. Er kann so falsch nicht sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die uns und auch mir etwas mit auf den Weg gegeben haben, denen sagen wir: Das, was noch nicht überzeugte, das wird besser, und das, was schon gut ist, das setzen wir fort.

Zehn Leitgedanken werden dabei unser Handeln prägen:

Erstens. Das neue Schulgesetz wurde in diesem Frühjahr beschlossen. Jetzt konzentrieren wir uns auf Qualitätsverbesserung.

Zweitens. Unsere Hochschulen haben Planungssicherheit. Jetzt können sie loslegen, Millionen für ihre Sanierung einsetzen und Forschung und Lehre ausbauen.

Drittens. Beim Kita-Ausbau sind wir bundesweit Spitze. Jetzt geht es um die Qualität der Betreuung.

Viertens. Wir sind Vorreiter bei der Energiewende. Jetzt wollen wir die Windenergieleistungen bis 2020 verdoppeln, damit Strom bezahlbar bleibt.

Fünftens. Wir packen den Sanierungsstau in der Infrastruktur an, jetzt mit gut 180 Millionen € in Sondervermögen und ab 2018 mit 100 Millionen € jährlich, damit es besser wird in unserem Land.

Sechstens. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Jetzt kämpfen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften für die Deckung des Fachkräftebedarfs.

Siebtens. Die Landesverkehrsprojekte kommen gut voran. Jetzt planen wir die A 20 fertig, bauen die A 7 aus, den NOK und den ÖPNV.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Achtens. Das Verhältnis zu Dänemark und zu den Minderheiten ist wieder gut. Jetzt folgt aktive Sprachenpolitik, um Vielfalt zu bewahren.

(Unruhe CDU und FDP)

Neuntens. Das strukturelle Defizit geht gegen null und wird - wie mit dem Bund vereinbart - erreicht. Jetzt steigern wir Schritt für Schritt die Investitionsquote, um keine weiteren Betonschulden und Bildungsdefizite aufzubauen. Die Leitplanken der Konsolidierung weisen uns dabei den Weg.

Am wichtigsten: zehntens. Dieses Kabinett wird in der Arbeit von rund 50.000 Frauen und Männern unterstützt, die sich täglich mit ganzer Kraft für Schleswig-Holstein einsetzen. Es gilt, mit diesen tollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen Menschen im Land belastbare Brücken zu bauen in einer sich verändernden Welt. Wir lassen niemanden auf diesem Weg zurück. - Das sind die zehn Leitplanken unseres Handels in den nächsten zweieinhalb Jahren.

Meine Damen und Herren, unter dieser Regierung wird in Schleswig-Holstein ein Wandel vollzogen. Unser Land setzt sich an die Spitze, gerade wenn es um die Ergreifung von Chancen geht, Chancen, die in den Herausforderungen der Zukunft liegen. Ein neues Selbstverständnis unseres Landes ist unser erklärtes Ziel. Dafür arbeiten wir. Erste wichtige Meilensteine haben wir auf diesem Weg in den letzten dreißig Monaten gesetzt, weitere werden folgen, damit sich Schleswig-Holsteins Stärken entfalten können. Allein darum geht es uns. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 13 Minuten überzogen. Diese Redezeit steht jetzt natürlich allen Fraktionen ebenfalls zusätzlich zur Verfügung. Das Wort hat nun der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Daniel Günther.

(Beifall CDU)

Daniel Günther [CDU]:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eben ein wenig Angst bekommen bei dem „großen Applaus“ von den regierungstragenden Fraktionen, als die ersten Zugabe-Rufe dazwischen gekommen sind. Ich hatte ein

bisschen die Sorge, dass der Ministerpräsident das ernst nimmt und seine 53 Minuten noch überbietet.

Herr Albig, wir haben auf Ihre Regierungserklärung lange gewartet - das will ich zugeben -, wir haben sie mehrfach eingefordert. Aber ehrlich gesagt, das Ende der Regierungserklärung eben haben wir regelrecht herbeigesehnt.

(Beifall CDU und FDP)

Denn als ich den Titel, den Sie für diese Regierungserklärung angemeldet haben, las, dass Sie eine Bilanz vorlegen wollten, habe ich gedacht: Das will der doch nicht ernsthaft hier im Plenum tun.

Als wir gefordert haben, dass Sie eine Regierungserklärung abgeben, haben wir wie die Menschen in diesem Land von Ihnen erwartet, dass Sie den Menschen nach den ersten zweieinhalb Jahren erklären, was Sie in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode vorhaben. Dazu haben Sie nur am Schluss zehn kurze Punkte genannt. Ansonsten war die gesamte Regierungserklärung eine reine Vergangenheitsbewältigung, Herr Albig.

(Beifall CDU)

Wofür Sie sich alles verantwortlich zeichnen - ich habe gedacht, den schönen Sommer hätten Sie auch noch mitnehmen müssen, auch den hätten Sie sich auf Ihre Fahnen schreiben müssen.

(Heiterkeit CDU - Zurufe SPD)

Ich kann es sehr kurz und knapp machen, Herr Ministerpräsident: Das Urteil über Ihre Arbeit der letzten zweieinhalb Jahre konnten Sie in der NDR-Umfrage lesen.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

Die tatsächliche Bewertung Ihrer Regierungsarbeit haben die Menschen in Schleswig-Holstein schon längst vorgenommen. Ihre Werte als Ministerpräsident sind unterirdisch.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Und die der CDU?)

Das ist die Quittung für zweieinhalb Jahre verfehlte Politik. Bundesweit werden Sie mittlerweile nur noch auf Wowereit-Niveau gehandelt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das finde ich ungerecht gegenüber Wowereit!)

- Wolfgang Kubicki kann Herrn Wowereit gleich in seiner Rede in Schutz nehmen gegen diese fiese Behauptung von mir.

Herr Ministerpräsident, vielleicht liegt das auch daran, dass Ihr traditionelles Verfallsdatum in poli-

(Daniel Günther)

tischen Ämtern schon nahe ist. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass Sie nicht über die Herausforderungen und die Zukunft Schleswig-Holsteins geredet haben. Das hätte die Menschen interessiert. Den Murks der letzten zweieinhalb Jahre kennen die Menschen zur Genüge.

(Beifall CDU und FDP)

Wie wollen Sie eigentlich das Vertrauen zurückgewinnen, wenn Sie gar nicht darum werben? Ich gebe zu, eines haben Sie beherzigt: Ihre Rede war wie immer voll von Pathos. Aber immerhin haben Ihre Redenschreiber Ihnen jetzt einige Worte herausgestrichen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: „Stark“ und „toll“ waren nicht so oft da!)

Kein „stark“, kein „toll“, kein „Dialog“.

(Christopher Vogt [FDP]: Kein „töricht“! - Weitere Zurufe)

Beim Wort „Kraft“ muss Ihr Rechtschreibprogramm ein bisschen durcheinandergekommen sein, denn das taucht zumindest noch beim Begriff „Kraft-Wärme-Kopplung“ auf.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Ich habe sehr genau zugehört. Ein selbstkritisches Wort zu den Fehlleistungen insbesondere der letzten Monate hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden. Stattdessen malen Sie sich Ihre Bilanz schön. Zum Teil bewundere ich Sie dafür, wie Sie das hinbekommen, denn weder bei Ihrer Politik noch bei Ihrer eigenen Selbstbetrachtung lassen Sie sich durch die Wirklichkeit stören.

(Beifall CDU und FDP)

Warum sind die Werte dieser Landesregierung so schlecht? Warum vertrauen die Menschen Ihnen nicht mehr, Herr Albig?

(Beate Raudies [SPD]: Wie sind eigentlich die Werte der Opposition?)

Ich sage Ihnen, woran das liegt: Weil bei Ihnen zwischen Ankündigung und dem, was sie tatsächlich tun, eine riesige Lücke klafft.

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde, Sie haben in Ihrer Rede heute durchaus interessante Erkenntnisse zum Besten gegeben. Bei uns führte das zu der Idee: Dann handeln Sie ja auch noch vorsätzlich falsch! Wir haben zumindest geglaubt, dass Sie nicht gewusst haben, warum Sie diese Regierungspolitik machen. Aber Sie haben

Erkenntnisse und setzen nichts davon um. Ihre einzigen Ankündigungen für die Zukunft beziehen sich auf die Zeit nach dem Jahr 2018. Eines verspreche ich Ihnen: Da werden Sie definitiv nicht mehr dieses Land regieren, Herr Albig.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

- Ich kann Ihre Aufregung verstehen, weil Sie ja nicht einmal glauben, dass er noch bis 2017 durchhält.

(Heiterkeit und Beifall CDU - Zurufe)

Ich sage Ihnen einmal, wo Anspruch und Wirklichkeit bei Ihnen auseinanderklaffen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch mal, was Sie inhaltlich wollen! - Lars Winter [SPD]: Von welcher Hoffnung bist du denn getrieben? - Unruhe)

Sie haben eine **ehrliche Politik** versprochen. Und was machen Sie? Sie täuschen Parlament und Öffentlichkeit, und das mehrfach. Ob Bildungsdialo g oder Bürgerdialo g - jeder Schleswig-Holsteiner weiß doch mittlerweile: mehr Schein als Sein, nichts anderes steckt dahinter. Das Wort „Dialog“ ist schon fast zur Drohung geworden. Deswegen nehmen Sie es nicht mehr in den Mund.

Sie haben sich in Ihrer ersten Regierungserklärung hier im Parlament feiern lassen für die neue Dialogkultur, im Land werde endlich wieder mit den Menschen gesprochen. Und in der Halbbilanz fällt dieses Wort nicht ein einziges Mal. Das heißt, Sie schämen sich doch dafür, dass Sie überhaupt nicht eingehalten haben, was Sie den Menschen vorher versprochen haben.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Sie brauchen gar nicht so skeptisch zu gucken. Die einzigen beiden Dialogforen in diesem Land, die noch existieren, funktionieren und von den Menschen im Land wahrgenommen werden,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sind CDU und FDP, oder was?)

sind noch von Ihren Amtsvorgängern eingerichtet worden - keines von Ihnen!

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben einen **neuen Politikstil** versprochen, stattdessen betreiben Sie eiskalte Machtpolitik.

(Lachen SPD - Vereinzelter Beifall CDU)

(Daniel Günther)

- Ja. Sie haben hohe Maßstäbe für den Umgang mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angekündigt. Ich kann mich an etliche Ihrer Interviews erinnern - sehr pathetisch -, wie Sie früher als Mitarbeiter Ihre Führungskräfte wahrgenommen hätten und deshalb wollten auch Sie einen entsprechenden Umgang pflegen. Das hat Frau Wende Ihnen auch geglaubt, bis Sie sich dann irgendwann einmal mit ihr zusammengesetzt haben, um ihr zu erklären, dass sie gern zurücktreten will. Ich möchte einmal wissen, was Frau Wende jetzt über Ihren Führungsstil sagt, so, wie Sie das gemacht haben.

Sie reden über **Transparenz** und über **Karenzzeiten**. Und Ihr eigener Innenminister? - Ihr eigener Innenminister nutzt das letzte halbe Jahr seiner Amtszeit dazu, statt sich um die großen Probleme in unserem Land zu kümmern, sich um seine eigene Versorgung zu kümmern. Er geht in ein Wohnungsbaunternehmen, dem er vorher etliche Gelder zugeschanzt hat. So viel zum Thema Karenzzeiten. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Man muss nur das richtige Parteibuch haben! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja schneidig, Herr Oppositionsführer!)

- Herr Dr. Stegner, dass Sie jetzt Herrn Breitner in Schutz nehmen, finde ich besonders glaubwürdig.

(Heiterkeit und Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ihr Dialog, Ihre Ehrlichkeit, Ihre Transparenz und auch Ihr Gerede von Ihrem Lieblingsland, all das waren leere Phrasen, mit denen Sie heute niemanden mehr hinter dem Ofen hervorlocken können.

Ihre Regierungserklärung ist ein einziges Aneinanderreihen von Bausteinen, ein reines Sammelsurium ohne jede Prioritätensetzung und ohne jegliche Selbstkritik. Und wenn Ihre Bildungspolitik und Ihre Innenpolitik so erfolgreich gewesen ist, wie Sie das eben dargestellt haben, so toll, dann frage ich mich, wo denn jetzt Ihre beiden Minister sind, die das in den letzten zweieinhalb Jahren umgesetzt haben. Die sind doch Geschichte! Deshalb, weil sie so tolle Arbeit geleistet haben?

Sie legen sich die Dinge immer gern so zurecht, wie Sie sie brauchen. Im bundesweiten Vergleich sind Sie der lauteste Ministerpräsident, wenn es um die blödesten Vorschläge geht.

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

In regelmäßigen Abständen schimpfen Sie auf die Arbeit der **Bundesregierung**, obwohl Sie vieles in Berlin selbst mitverantwortet haben. Genau vor dem Hintergrund finde ich Ihre Regierungserklärung besonders verheerend. Dass Sie mit Zahlen um sich werfen, was Sie alles an **Geld** ausgegeben haben, lässt mich fragen: Ich weiß nicht, wollten Sie uns beweisen, wie ausgabefreudig Sie gewesen sind? - Diesen Beweis haben Sie in den letzten zweieinhalb Jahren erbracht. Das haben wir auch nie in Zweifel gezogen. Es wäre aber auch einmal ein Hinweis darauf angebracht, dass vieles von dem Geld, das Sie ausgegeben haben, überhaupt nicht auf Ihren eigenen Verdiensten beruht!

(Heike Franzen [CDU]: So ist es!)

Die entscheidenden Weichenstellungen, die Sie hier heute beschrieben haben, sind doch überhaupt nicht aus Landesgeld gefördert worden. Wenn Sie immer auf den Bund schimpfen, was Sie in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben, wäre es doch ein Akt der Fairness gewesen, zumindest einmal darauf zu verweisen, wer diese Leistungen hier in Schleswig-Holstein erbracht hat.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Da sind die 600 Millionen € EFRE-Mittel, Mittel der Europäischen Union. Wer hat denn die Betreuungsplätze der unter Dreijährigen geschaffen? Das ist doch alles Bundesgeld gewesen, das Ihnen dafür zur Verfügung gestellt wurde.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, das Geld, das Sie für das beitragsfreie Kita-Jahr wieder einplanen, sollten Sie vielleicht lieber in die Qualität stecken. Das wäre ein richtiger Schritt, damit hätte der Ministerpräsident hier heute glänzen können.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

Und der Landesbasisfallwert, den Sie ebenfalls gelobt haben, ist auch kein Verdienst dieser Landesregierung.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Das hat er doch gar nicht gesagt! Er hat gesagt, er dankt auch den Vorgängern, die sich als Sozialminister für die Erhöhung eingesetzt haben! - Weitere Zurufe)

- Also mit Sicherheit war das nicht die beste Wissenschaftsministerin westlich des Urals

(Daniel Günther)

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auch nicht südöstlich!)

- südöstlich sogar auch nicht -, ich möchte aber festhalten, dass sie das rausgeholt hat.

Sie haben die höchsten **Steuereinnahmen** aller Zeiten, und trotzdem kommt bei den Menschen im Land davon nichts an. Für Ihren mangelnden Sparwillen haben Sie vom Landesrechnungshof eine schallende Ohrfeige kassiert. Uns hätte schon interessiert, anstatt über die Verwendung von EU- und Bundesmitteln zu reden, von Ihnen eine Erklärung dafür zu bekommen, was Sie eigentlich mit über 1 Milliarde € mehr Geld, als die Vorgängerregierung zur Verfügung hatte, gemacht haben.

(Beifall CDU und FDP)

Davon ist bei den Menschen in diesem Land doch überhaupt nichts angekommen.

Ich finde es auch immer super, was Sie für Vergleiche ziehen. Erst einmal sagen Sie, gegenüber dem Stand vor zehn Jahren habe sich Schleswig-Holstein verbessert. Ich würde einmal sagen, darüber haben wir sogar Einvernehmen. Seit der letzten rot-grünen Landesregierung hat sich in Schleswig-Holstein wirklich einiges verbessert.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Und die letzten Jahre unter der CDU-Führung, die letzten zweieinhalb Jahre gemeinsam mit der FDP konnten Sie in der kurzen Zeit auch nicht kaputt machen.

Aber Ihr Vergleich hier ist schon eigenartig. Die **Investitionsquote** schönzureden, dazu fiel mir nicht ein, wie man das machen kann, aber Sie haben das geschafft, indem Sie heute erklärt haben, Sie hätten in den Nachverhandlungen im Haushalt die Investitionsquote von 6,7 auf 7,1 % erhöht. Ich meine, das ist wirklich ein toller Vergleich, den Sie gezogen haben. Aber es bleibt die schlechteste Investitionsquote, die Schleswig-Holstein je gehabt hat.

(Beifall CDU und FDP)

Selbst in den Zeiten, die Sie sonst immer heranziehen, unter Schwarz-Gelb, in der wir wirklich die schwierigste Haushaltslage gehabt haben, haben wir eine höhere Investitionsquote gehabt. Sich dann hier hinzustellen und zu sagen: Ich bin mit der Investitionsquote nicht zufrieden! Wer hat Sie denn daran gehindert, die zu erhöhen?

(Beifall CDU und FDP)

Wirklich, das hätten Sie doch in der Hand gehabt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Umstände und die Opposition!)

Die Steuermehreinnahmen waren es nicht, und die Opposition hätte Sie auch nicht daran gehindert. Sie haben da freie Hand gehabt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir mussten erst einmal viel aufräumen, was Sie hinterlassen hatten! - Lachen CDU - Jens-Christian Magnussen [CDU]: Das sagt der Richtige! - Weitere Zurufe)

- Das sagt der Richtige. Unser 1,6-Milliarden-€-Verschuldungsmann äußert sich zu Hinterlassenschaften. Das finde ich wirklich sehr, sehr spannend.

Aber Schleswig-Holstein steht vor großen Herausforderungen. Weil Sie kein Wort über Zukunftsprojekte verloren haben und der Kollege Andresen das eingefordert hat, machen wir das natürlich auch, wir reden über Zukunftsprojekte. Was sind die Herausforderungen für Schleswig-Holstein?

Wenn ich mir das Thema **Breitbandversorgung** anschau, dann ist das Einzige, was Sie in dem Bereich geleistet haben, dass Sie den Zielkorridor vom Jahr 2020 auf das Jahr 2030 verschoben haben. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall CDU)

Sie sollten vielleicht einmal öfter Ihr Lieblingsland - übrigens noch ein Begriff, den man heute von Ihnen auch nicht mehr hört; vielleicht auch zu Recht - besuchen und herumfahren, sich im ländlichen Raum vielleicht einmal anschauen, wie die Breitbandversorgung dort aussieht. In den Städten haben wir eine Versorgung von 88 % der Fläche mit mehr als 50 MB. Im ländlichen Raum sind wir bei 15,9 %. Das wäre einmal eine Herausforderung, die Sie anpacken könnten, und nicht erst ab 2018 - wie Ihre ganzen Ankündigungen lauten -, sondern jetzt ist doch der Zeitpunkt, hier zu handeln.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wie wollen Sie insbesondere den **ländlichen Raum** so fit machen, dass die Menschen den **demografischen Wandel** auch wuppen können, Herr Albig? Jetzt veranstalten Sie ein Demografieforum. Die einzig belegbare Aussage von Ihnen aus dem Demografieforum war, dass Sie nicht akzeptierten, dass Schleswig-Holstein mit seinen ländlichen Räumen gegenüber Metropolen wie Hamburg ausgespielt werde. Das sagt ausgerechnet Herr Albig, der

(Daniel Günther)

hier heute in dieser Landtagswoche ein FAG vorlegt, mit dem den ländlichen Kreisen 45 Millionen € geklaut werden. Das sagt ausgerechnet Herr Albig!

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf Lars Harms [SSW])

Sie spielen die Mitglieder der kommunalen Familie bewusst gegeneinander aus.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber so plump, dass die das gemerkt haben!)

- Genau, das haben sie sehr schnell gemerkt. Nicht einmal Sie, Herr Albig, wagen doch zu behaupten, das **FAG** sei transparent, gerecht und nachvollziehbar. Dabei sind Sie zu Beginn der Reform durch das Land gezogen und haben allen erzählt, wie stark und solidarisch die Kommunen mit einem FAG sein werden, das diesen von Ihnen aufgestellten Kriterien entsprechen werde. Jetzt, wo alle wissen, dass das konkrete Gesetz mit all dem nichts zu tun hat, kümmern Sie sich darum nicht. Es interessiert Sie nicht, weil alle Kriterien bei Ihnen nur Floskeln sind, weil Ihre Politik beliebig ist, und deshalb trauen die Menschen Ihnen nicht.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Da wir schon beim Thema FAG sind, frage ich: Wo sind die 120 Millionen €, die Sie versprochen hatten, den Kommunen zurückzugeben?

(Zuruf SPD: Das hat er gerade erzählt!)

- Einmal ernsthaft: Das haben Sie ihm doch wohl nicht abgenommen, oder Frau von Kalben? Das haben nicht einmal Sie ihm abgenommen. Es tut mir leid: 120 Millionen €! Den Kommunen sind allein in Höhe von 80 Millionen € neue Aufgaben übertragen worden. Das ist doch Konnexität, von der er gesprochen hat.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fragen Sie sich ruhig einmal, wie die Landkreise angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels ihre Aufgaben bewältigen sollen, wenn Sie ihnen das Geld klauen. Wie sollen die denn zukünftig ihre Ausgleichsfunktion wahrnehmen? Dort wird doch das Geld gebraucht, und Sie entziehen es den Kommunen, Herr Albig.

Wenn wir über **Flüchtlingspolitik** reden, frage ich mich: Worüber reden wir eigentlich, wenn Sie von einem vorliegenden Konzept reden, das umgesetzt werden soll? Wir kennen es nicht. Ich glaube, die Öffentlichkeit hat es auch noch nie gesehen. So

konzeptionslos wie die Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein hat es kein anderes Bundesland hinbekommen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich nenne nur ein Beispiel: Die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster haben Sie erst im Juni 2014 zu bauen begonnen. Das hätte doch viel früher geschehen müssen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie teilen bei dem Thema so deftig aus, weil es Ihnen so peinlich ist und weil Sie - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mir nicht peinlich!)

- Winfried Kretschmann und die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag lassen sich von ihren Positionen nicht abbringen, Frau von Kalben.

(Beifall CDU und FDP)

Ihnen ist einfach unangenehm, dass Sie bei dem Thema, das Sie mit Überhöhung Ihrer eigenen Position überall wie eine Monstranz vor sich halten, durch das Land laufen und immer nur über Flüchtlingspolitik reden. Jetzt bräuchten die Menschen eine Landesregierung, die sie unterstützt. Jetzt bräuchten die Kommunen eine Landesregierung, die sie unterstützt. Und Sie haben nichts gemacht.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt eine Nachschiebeliste!)

Sie schreien so laut, weil die CDU ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt hat. Das haben Sie in den letzten Monaten verschlafen. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wo bleibt im Übrigen die Rückendeckung - wenn wir schon bei der Innenpolitik sind, reden wir auch über innere Sicherheit - für unsere Polizistinnen und unsere Polizisten? An der **inneren Sicherheit** darf und kann nicht gespart werden.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für einen Stellenabbau, wie ihn die Landesregierung plant, ist überhaupt kein Spielraum vorhanden. Ich glaube, dass auch Herr Breitner das gewusst und deswegen aufgegeben hat. Bis heute kriegt es die Landesregierung immer nur hin zu sagen, wo

(Daniel Günther)

nicht eingespart werden soll. Ich möchte jetzt wirklich einmal wissen, wo die Landesregierung in diesem Bereich Personal einsparen will. Wir jedenfalls sehen keine Spielräume. Wir wollen die strategische Lücke sogar schließen. Das haben die **Polizistinnen und Polizisten** im Land verdient und nicht salbungsvolle Worte und Dank für ihre Arbeit, wobei für sie überhaupt nichts getan wird, Herr Albig.

(Beifall CDU und FDP)

Jetzt komme ich zum Thema **Straßenbau**. Herr Kollege Andresen, Sie wollten von uns hören, welche wichtigen Themen es im Land gibt, bei denen die CDU mehr machen würde.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, wir reden auch über Breitbandversorgung. Ich habe schon über innere Sicherheit gesprochen. Jetzt rede ich über das Thema Verkehr.

(Zuruf SPD: Nur Vergangenheitsbetrachtung!)

- Nein, überhaupt nicht. Die Vergangenheitsbetrachtung haben wir hinter uns gelassen. Ich werde Ihnen sagen, was wir in Zukunft machen wollen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben kein Konzept!)

Ich habe mir immer gedacht, neben Herrn Meyer hätte ich früher gern in der Schule gesessen. Wenn ich meine Hausaufgaben nicht gemacht hatte, wenn ich eine Frage einmal nicht beantworten konnte, haben mir immer die Ausreden gefehlt, warum ich das nicht hingekriegt habe. Da hat mir Herr Meyer gefehlt.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Er ist in der Verkehrspolitik nie um Ausreden verlegen. Er selbst ist für nichts verantwortlich.

(Beifall CDU und FDP)

Er selbst ist definitiv noch nie für irgendetwas verantwortlich gewesen. Entweder ist es der Bund, oder es sind die Grünen, und oft sind es seine Amtsvorgänger, die angeblich alle versagt haben. Er selbst aber ist für nichts verantwortlich.

Wenn Sie sich die **Landesstraßen** ansehen, kann man nun wirklich nicht sagen, dass jemand anderes als das Land Verantwortung dafür trägt. Sie wissen ganz genau, Sie müssten jedes Jahr 90 Millionen € in unsere Landesstraßen stecken, damit sie den Zustand von 1990 erreichen. Sie wissen ganz genau - gutachterlich bestätigt; darüber brauchen wir gar

nicht zu reden -, wir bräuchten 36 Millionen €, um die Straßen so schlecht so halten, wie sie heute sind. Sie investieren 25 Millionen €. Dann können Sie sich ausmalen, wie sich der Zustand der Straßen entwickeln wird. Das ist doch unser wichtiges Zukunftsthema in Schleswig-Holstein. Wie sollen wir den demografischen Wandel bestehen, wenn wir keine vernünftige Anbindung haben? Wie wollen wir den Wandel schaffen, wenn Sie die Straßen hier im Land so verrotten lassen?

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Besonders peinlich und bitter finde ich es, wenn Sie mit Ihren Forderungen auf Bundesebene herumlaufen. Man kann fast nur hoffen, dass der Bund dem Land nicht versehentlich wirklich einmal Geld zur Verfügung stellen will. Das kann man wirklich nur hoffen. Denn dann wird es für Schleswig-Holstein richtig peinlich. Da können Sie die Verantwortung eben nicht mehr woanders hin delegieren.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie wollen, dass das Land vom Bund kein Geld bekommt?)

Sie fordern Geld vom Bund. Wissen Sie, was passieren würde, wenn uns der Bund Geld zur Verfügung stellen würde? Das können Sie in allen Stellungnahmen des Bundesverkehrsministeriums sehen. Wenn uns der Bund heute Geld zur Verfügung stellen würde, könnte es nicht ausgegeben werden, denn es gibt kein einziges planungsreifes Bauvorhaben in ganz Schleswig-Holstein. Das Geld würde hier einfach versickern. Nach zweieinhalb Jahren ihrer Landesregierung kein einziges Projekt mit Planungsreife - das ist doch peinlich!

(Beifall CDU - Minister Reinhard Meyer: Das stimmt nicht!)

Dabei brauchen wir alle verfügbaren Mittel. Wir brauchen auch Planer.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir brauchen auch einen Oppositionsführer!)

Zum Thema Fehmarnbelt-Querung hat der Ministerpräsident nichts gesagt. Das Thema Landesentwicklungsplan hat er auch nur am Rande erwähnt.

Was ist aus Ihren Versprechungen für die Unternehmen im Land geworden? Den Unternehmerinnen und Unternehmern haben Sie doch persönlich versprochen, sie nicht mit Bürokratie zu dranglasieren. In Ihrer Regierungserklärung heute zum Thema **Bürokratieabbau** kein einziges Wort!

(Zuruf CDU: Was ist schon ein Versprechen?)

(Daniel Günther)

„Freiheit statt bürokratische Laufgitter“, Zitat Albig. Das waren Ihre großen Worte zu Beginn dieser Legislaturperiode. Stattdessen haben Sie Gesetze für mehr Bürokratie auf den Weg gebracht.

(Zuruf CDU: So ist das!)

25 % mehr Bürokratie statt 25 % weniger Bürokratie, die Sie versprochen haben, das ist die Zweieinhalbjahresbilanz Ihrer Landesregierung, Herr Albig.

(Beifall CDU und FDP)

Zum Thema **Denkmalschutz** haben Sie im Wahlkampf sogar angekündigt, Sie wollten eine Ebene wegfallen lassen. Stattdessen haben Sie neue Stellen geschaffen, um 7.000 neue Denkmäler im Land zu erfassen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Der Abbau von Strukturen, insbesondere von Doppelstrukturen ist für Sie sowieso ein Fremdwort - siehe Lehramtsausbildung. Darum haben Sie sich überhaupt nicht gekümmert.

Ihre Investitionsverhinderungspolitik hat heute schon erhebliche Folgen für das Land. Sie haben gesagt, Sie hätten Umfragen gelesen. Das hat uns überrascht. Sie haben vielleicht auch die Umfrage des Unternehmensverbandes Nord gelesen. Wenn Sie eine Auskunft über die Bilanz Ihrer Wirtschaftspolitik haben wollen, lesen Sie sich die Antworten auf die Umfrage durch, nämlich was die Unternehmen in unserem Land von Ihrer Politik halten: rein gar nichts!

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich kann Ihnen auch nicht ersparen, etwas zum Thema Bildungspolitik zu sagen, zur Ankündigung - schon einige haben sie gemacht -, Sie wollten den Schulfrieden! Schleswig-Holsteins entscheidendes Problem im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern sind häufige Regierungswechsel, immer wieder Veränderungen im Schulbereich.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Auch da sollten Sie sich einmal die Ergebnisse der Umfrage anschauen. Von Schulfrieden haben die Menschen nichts gemerkt. Das Chaos haben Sie dort angerichtet. Die Unzufriedenheit in den Schulen ist deswegen so groß, weil Sie falsche Akzente gesetzt haben. Sie haben das Bildungssystem ideologisch umgebaut. Im bundesweiten Vergleich sind Sie diejenigen, die das Bildungssystem am meisten durcheinandergewürfelt haben. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann wir in Schleswig-Holstein die rote Laterne und Länder wie Bremen und

Berlin abgelöst haben werden. Das ist Verdienst Ihrer Politik, Herr Albig.

(Beifall CDU und FDP)

Wir werden auch über das Thema Leistung in den Schulen reden. Wir stehen zum Leistungsprinzip in unseren Schulen. Deswegen halten wir die Entscheidung, Schulnoten abzuschaffen, für falsch.

Wir werden das als einen Teil einer Kampagne begreifen, weil wir den Menschen in unserem Land helfen wollen. Wir wollen ihnen dabei helfen, hier in diesem Land in der Bildungspolitik wieder eine Veränderung zum Guten zu bekommen. Das kündige ich Ihnen an. Das werden wir durchsetzen.

Die Menschen in unserem Land wissen, was sie an Ihrer **Bildungspolitik** haben. Insbesondere die Hochschulen wissen dies. Das ist ein Armutszeugnis für unser schönes Bundesland: Der Bund verabschiedet ein Gesetz und gibt dem Land Schleswig-Holstein die Chance, Geld in die Hochschulen zu stecken, weil die BAföG-Kosten komplett übernommen werden. Es gibt Länder, die zugegebenermaßen nicht den gesamten Betrag in den Bereich der Hochschulen stecken, aber es gibt ein Land, das es wirklich fertigbringt, von diesem Geld keinen einzigen Cent in die Hochschulen zu stecken, und das ist Schleswig-Holstein. Dabei haben Sie gesagt: Bildung ist unser Rohstoff, Bildung ist das Wichtigste, was wir im Land haben.

(Zurufe SPD)

Es ist dieser Ministerpräsident, der dafür sorgt, dass von diesem Geld nichts in den Hochschulen verbleibt. Das ist peinlich für diese Landesregierung.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Albig, daher haben Sie die **Hochschulpolitik** in Ihrer Rede auch komplett ausgelassen. Sie haben nichts dazu gesagt. Es ist jedem Wissenschaftler peinlich. Das ist fies: Sie müssen jetzt zu bundesweiten Konferenzen und werden daran erinnert, dass sie aus Schleswig-Holstein kommen. Sprechen Sie einmal mit den Wissenschaftlern darüber, was für einen Ruf Sie haben, seitdem Sie die Wissenschaft in das Sozialministerium „abgeschafft“ haben. Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, das so eine Struktur hat.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Albig, das wird zum bundesweiten Gespött, und das wissen Sie ganz genau. Sie sollten einmal nach Berlin fahren und nicht nur über Berlin reden. Dann würden Sie das hören.

(Daniel Günther)

Zu all Ihren Reformvorhaben im Hochschulbereich haben Sie nichts gesagt. Wo ist das vom Kollegen Rasmus Andresen angeforderte **Hochschulkonzept**? Im März 2013 hatte er den zuständigen Staatssekretär angeschrieben und gefragt, wo das Konzept bleibe. Es wurde gesagt: Das kommt Ende des Jahres 2013. Es liegt bis heute nicht vor. Ihr Gesetzentwurf ist im Moment nur Tinte, hier liegt noch überhaupt nichts vor.

Herr Albig, Folgendes finde ich besonders toll. Ich darf Sie an Ihre Regierungserklärung erinnern. In dieser hatte das Thema **Lehrkräftebildung** einen großen Stellenwert. In diesem Land sollte es das modernste Lehrkräftebildungsgesetz und die beste Lehramtsausbildung geben.

(Beifall von Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute gab es kein Wort über diese Peinlichkeit, die Sie dem Land Schleswig-Holstein zugemutet haben.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist wirklich anstrengend, Sie haben so lange geredet. Da geht die Zeit gar nicht vorbei, wenn man redet. Sie haben 53 Minuten geredet.

(Zuruf SPD: Hör doch einfach auf!)

Der Ruf Schleswig-Holsteins leidet enorm.

(Weitere Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Zwischenrufe sind zu bejahen, ich wünsche mir jedoch, dass es Zwischenrufe und kein Gebrüll gibt.

(Zurufe CDU: Bleiben Sie flauschig, Herr Baasch! - Für uns ist das auch nicht einfach!)

Daniel Günther [CDU]:

Ich habe das Ihren Blicken angesehen, als Herr Albig die 40 Minuten Redezeit um 13 Minuten überzogen hat. Das konnte ich sehr gut nachvollziehen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Der **Ruf Schleswig-Holsteins** leidet enorm. Wer gedacht hätte, der Ministerpräsident würde das negative Bild, das Herr Stegner mit seinem sympathischen Auftreten überall in der Republik hinterlässt, ausgleichen, hat sich schwer getäuscht.

Herr Ministerpräsident, der entscheidende Punkt ist etwas, worüber überhaupt nicht mehr geredet wird, seitdem der **Hochschulbereich** im **Sozialministeri-**

um angesiedelt ist und nicht - wie bei uns - im **Wirtschaftsministerium**.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sozial- und Wissenschaftsministerium!)

- Ja, Frau Kollegin von Kalben, das gestehe ich Ihnen gern zu. Wenn Sie diesen Bereich schon nicht im Bildungsministerium belassen, dann hätte er in das Wirtschaftsministerium gehört.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Meyer, dann wären Sie sogar gestärkt worden. Der Ministerpräsident sieht in Ihnen ja jemanden, der gefährlich ist. Daher nimmt er Ihnen alles weg, und Sie lassen sich das gefallen. Den Bereich der Hochschulen hätten wir Ihnen gegönnt, weil diese Themen zusammengehört hätten. In dieser Zeit haben wir in Schleswig-Holstein einmal darüber geredet, wie wir **Hochschulabsolventen** bei uns im Land halten.

(Christopher Vogt [FDP]: Oder Leistungsträger!)

Darüber wird in dieser Landesregierung überhaupt nicht mehr gesprochen. Es wird auch nicht über **Wissenstransfer** gesprochen: Wie kann man Cluster bilden, um die Hochschulen und die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu erhalten? Über dieses Thema gab es kein Wort in Ihrer Regierungserklärung und nichts davon in Ihrem Regierungshandeln. Herr Albig, dieses Thema wird von Ihnen überhaupt nicht bearbeitet.

(Beifall CDU)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Zu vielen Themen, die in Ihrer Regierungserklärung vor zweieinhalb Jahren eine Rolle gespielt hatten, haben Sie überhaupt nichts gesagt. Was ist zum Beispiel mit der **Zusammenarbeit mit Hamburg**? Dazu gab es kein einziges Wort.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist für Sie tatsächlich ein Fremdwort. Die einzigen Verbindungen zwischen den Kabinetten in Hamburg und Schleswig-Holstein sind familiärer Natur. Ansonsten findet in diesem Bereich überhaupt keine Zusammenarbeit statt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Kollege!)

- Herr Dr. Stegner, Sie haben recht: Es war ehrlich, zu diesem Thema nichts zu sagen, denn wenn man die Bilanz zieht und nichts Positives zu berichten

(Daniel Günther)

hat, dann lässt man es weg. Ich kann sehr gut verstehen, dass Herr Albig das so gemacht hat. Wir aber verschonen Sie nicht damit, dass in diesem Bereich überhaupt nichts passiert ist.

(Beifall CDU)

Zum Stichwort **Pflege**: Hier wurde nichts gemacht - mit Ausnahme dessen, was die CDU-Fraktion eingefordert hat.

Zum Thema **Landwirtschaft**: Hier wünsche ich mir, dass diese Regierung wieder über den Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft redet.

(Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, das machen wir auch. Ich habe große Sympathien dafür, dass wir uns über den Verbraucherschutz und über das Tierwohl austauschen. Ich glaube, dass wir als CDU in diesen Bereichen einiges mehr machen könnten. Das sind Themen, die wir bei uns durchaus angehen wollen. Landwirtschaftspolitik funktioniert aber nur, wenn man sie mit den Landwirten macht.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Sie funktioniert nur, wenn man die Landwirte nicht bevormundet und keine Eingriffe vornimmt. Herr Habeck, Sie können gern darüber lachen. Es macht den Landwirten wenig Spaß, wenn Sie auf dem Bauerntag sanfte Themen ansprechen, damit die Stimmung gut bleibt, und sagen, Sie wollten sich dafür einsetzen, dass die Leistungen der Landwirte wieder mehr honoriert würden und dass mehr Geld bei den Landwirten hängen bleibe. Das erklären Sie auf dem Bauerntag. Drei Tage später erklären Sie das genaue Gegenteil. Dann erklären Sie, in welche Bereiche Sie überall eingreifen wollen und in welchen Bereichen Sie gegen das Eigentum arbeiten wollen. So schafft man kein Vertrauen, das die Landwirte in ihre Landesregierung setzen.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Albig, die bittere Wahrheit ist doch: Sie haben keinen blassen Schimmer davon, wie Sie Ihr angebliches Lieblingsland weiterentwickeln wollen. Ihr Problem ist: Sie interessieren sich weder für das Land noch für die Menschen. Sie interessieren sich nur für sich selbst. Sie reden mit keinem, nicht einmal mit Ihren engsten Mitarbeitern. Sie reden weder mit Ihrem Kabinett noch mit den Abgeordneten Ihrer regierungstragenden Fraktionen. In den letzten zwei Jahren konnten Sie sich noch mit pastoralen Reden über Wasser halten. Damit ist aber längst

Schluss. Jetzt hätten Sie liefern müssen, Herr Albig. Von Ihnen kommt aber nichts.

(Zurufe SPD)

In den letzten sechs Monaten haben wir den wahren Herrn Albig erlebt; denjenigen, den es immer ereilt, wenn er ein Amt über zwei Jahre lang ausübt. Dann wollen die Menschen nicht nur Reden hören, dann wollen sie Ergebnisse sehen. Es ist Ihnen gelungen, aus Ihren bisherigen Ämtern rechtzeitig zu flüchten, sodass keiner die Chance hatte zu sehen, was von Ihren Reden am Ende wirklich bei den Menschen hängen bleibt. Herr Albig, in diesen Monaten erleben wir einen Mann, der das politische Geschäft nicht beherrscht, der auf keinen hört, der nicht einmal die kleinste Krise meistert, der nicht in der Lage ist, diesem Land Perspektiven zu bieten. Wir brauchen aber eine Regierung, die die richtigen Prioritäten setzt. Wir brauchen eine Regierung, die nicht über Bildung redet, sondern den Hochschulen im Land wirklich hilft. Wir brauchen eine Regierung, die sich um die Breitbandversorgung und um den Straßenbau kümmert. Das wären Punkte gewesen, zu denen wir heute erwartet haben, dass Sie hier etwas Konkretes vorlegen. Das haben Sie nicht getan.

Herr Albig, in Wahrheit ist diese Halbzeitbilanz Ihre Schlussbilanz. Sie haben dem Land nichts mehr zu bieten. Das ist die Wahrheit Ihrer heutigen Regierungserklärung.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unser Außenminister!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Schleswig-Holstein sind in Aufruhr. Sie machen ihrem Ärger Luft. Sie kommen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen. Aber eines haben sie gemeinsam: Sie sind enttäuscht von den Politikerinnen und Politikern. Sie wollen die Entscheidungen der amtierenden Landesregierung nicht hinnehmen. Deshalb kommen sie immer wieder zu großen Demonstrationen gegen die Politik des sozialen Kahlschlags zusammen. Allein am 15. Juni sind es rund 14.000 Studierende - die größte Demonstration im Land seit Jahrzehnten.

(Dr. Ralf Stegner)

Das war die Situation im Jahr 2010. Schleswig-Holstein wurde zweieinhalb Jahre lang von CDU und FDP und ihrer Haushaltsstrukturkommission regiert. Diese Politik war, so wurde uns damals gesagt, alternativlos.

(Christopher Vogt [FDP]: Schuldenbremse!)

Es sei gar nichts anderes machbar. Wer den Menschen doch etwas anderes verspreche, der lüge sie schlicht an.

Unsere Überzeugung war eine andere. SPD, Grüne und SSW wollten und konnten das nicht glauben. Wir wollten eine andere Politik. Wir waren davon überzeugt, dass sich auch die Einhaltung der von uns mitbeschlossenen Schuldenbremse mit einer **Politik für Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit** verbinden lassen muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vorsorgende Finanzpolitik darf nicht an einer Schuldenbremse scheitern, sondern sie muss die Antwort auf diese sein. Auf diesem Verständnis, meine sehr geehrten Damen und Herren, fußt die Idee unseres Politikwechsels, ein **Politikwechsel**, der gerade in schwierigen Zeiten einen anderen Regierungsstil mit Leben erfüllt hat, ein Politikwechsel, der mit einer anderen Ausrichtung die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein gestaltet, ein Politikwechsel, der von Parteien getragen und umgesetzt wird, die eine gemeinsame Idee verbindet: unser Bündnis für den Norden. Der Koalitionsvertrag unserer Küstenkoalition beinhaltet all dies.

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig für seine überzeugende **Regierungserklärung**, die die beeindruckenden **Erfolge** unserer Politik für Schleswig-Holstein in den vergangenen zweieinhalb Jahren dargestellt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU)

Sie hat darüber hinaus aufgezeigt, wie die **Perspektiven** für die zweite Halbzeit dieser Legislaturperiode sind.

(Lachen CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Eine große Männerfreundschaft!)

Eingeleitet haben diesen Politikwechsel aber nicht unsere Parteien und Fraktionen alleine, nicht wir in diesem Hause, nicht Anke Spoorendonk oder Lars Harms, nicht Robert Habeck oder Eka von Kalben, nicht Torsten Albig oder auch ich, sondern ermöglicht haben diesen Politikwechsel die Menschen in

Schleswig-Holstein. Sie haben nämlich am 6. Mai 2012 ihre Stimme abgegeben und so eine Koalition mit einer parlamentarischen Mehrheit ausgestattet, die es anders und vor allem besser machen wollte und, wie wir heute alle gesehen haben, auch besser machen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie hat es viel besser gemacht als dieses abgewählte konservativ-neoliberale Regierungsbündnis vor zweieinhalb Jahren.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie wissen doch gar nicht, was liberal ist!)

- Nur kein Neid, Herr Kollege! Der **Regierungswechsel 2012** war die Voraussetzung für den **Politikwechsel** in Schleswig-Holstein. Meine Partei hat intensiv unter Beteiligung aller Mitglieder darüber beraten, wie wir in den Landtagswahlkampf ziehen wollen. Unser Spitzenkandidat Torsten Albig hat in seinem „Demokratiesommer“ in bisher nicht gekanntem Umfang mit den Menschen gesprochen. Das Ergebnis wurde die Basis für unser Regierungsprogramm.

Es waren diese Botschaften, die wir mit in die Koalitionsverhandlungen genommen haben und die auch heute unsere Politik bestimmen, die Basis einer Küstenkoalition dreier Fraktionen und einer erfolgreichen Landesregierung, die eine gemeinsame Idee für unser Land verfolgen, nämlich dass wir das Leben der Menschen besser zu machen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist unsere Idee von Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aufmerksamkeit für Themen und Glaubwürdigkeit hat der Wissenschaftler Friedbert Rüb als wichtige Faktoren bei der Umsetzung eines erfolgreichen Politikwechsels benannt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Unsere Aufmerksamkeit gilt der Gerechtigkeit in diesem Land, unsere Glaubwürdigkeit der verlässlichen Umsetzung unserer Wahlversprechen. Nicht umsonst hat die SPD-Fraktion ihre Halbzeitbilanz betitelt mit „Versprochen. Gehalten!“. Die Liste ist viel länger, als meine Redezeit heute sein kann. Deswegen kann ich Ihnen nicht alles im Einzelnen erläutern.

Herr Kollege Günther, ich muss Ihnen ehrlich sagen: Einige von uns können mit Stolz auf die Vergangenheit zurückblicken, andere müssen sich auf

(Dr. Ralf Stegner)

ihre Amnesie begrenzen, Herr Kollege. Das ist in der Tat der Unterschied zwischen uns beiden. Das hat man heute ja auch gemerkt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Kern des Politikwechsels in den vergangenen zweieinhalb Jahren liegt im Verständnis einer anderen Finanzpolitik, nämlich einer **vorsorgenden Finanzpolitik**, die wir nach dem ungerechten Kürzungskonzept von CDU und FDP eben anders gemacht haben: konsolidieren und investieren. Wir konsolidieren den Haushalt und investieren in die Zukunft des Landes, in Bildung und Infrastruktur.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

Insoweit könnten wir durchaus auch noch mehr machen. Darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen. Dabei helfen uns nicht zuletzt die systematisch angelegten Sondervermögen: 180 Millionen € für Straßen, Kitas, Landesliegenschaften, Hochschulen, Kliniken und das Breitbandnetz. Die Mischung macht es.

Wir haben die **Schuldenbremse** nicht nur eingehalten, sondern wir haben sogar Schulden getilgt. Das erste Mal seit 50 Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das unterscheidet uns von anderen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sind die Erfolge unserer Haushaltspolitik. Das ist unsere Alternative zu Ihrer Haushaltspolitik, die Sie doch immer für alternativlos erklärt haben.

In einer Presseerklärung des damaligen Ministerpräsidenten Carstensen nach der Kabinettsentscheidung über die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission vom 26. Mai 2010 hieß es - ich zitiere, Herr Präsident -, wer an den Vorschlägen etwas ändern wolle, müsse Deckungsvorschläge machen. Es gebe keinen anderen Weg, um aus der Schuldenfalle zu kommen.

Etwas später sagt der verehrte Kollege im Landtag - ich zitiere -:

„Je länger und je intensiver sich die Opposition mit der Finanzsituation Schleswig-Holsteins beschäftigt, umso eher werden Sie erkennen,“

- das war damals an uns gerichtet -

„dass an diesen Kürzungen kein Weg vorbeiführt.“

Das sagte jener Kollege Koch, der zugleich beteuerte, seine CDU-Fraktion wolle sich die Bemerkungen des Landesrechnungshofs zu Herzen nehmen.

Vielleicht, meine Damen und Herren von der Union, wäre es besser gewesen, wenn in Ihrem Herzen neben dem Landesrechnungshof auch noch Platz für die Anliegen und Nöte der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gewesen wäre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Behauptung nämlich, es sei mutig, den Schwächsten etwas wegzunehmen, war immer falsch. Mutig ist es, sich mit den Mächtigen anzulegen, und nicht, die Schwachen auszunehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was haben Sie denn gemacht?)

Fakt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Trotz Ihrer Cassandra-Rufe haben wir uns nicht berirren lassen. Mit Sorgfalt und Übersicht haben wir den Landeshaushalt in solide Bahnen gelenkt, haben eine deutliche Verbesserung zur **Haushaltsslage** in anderen Haushaltsnotlageländern erreichen können und haben zugleich Perspektiven eröffnet. Ja, gute Steuereinnahmen hatten andere Länder auch. Aber wir haben uns dank der guten Führung unserer herausragenden Finanzministerin Monika Heinold auch relativ zu anderen Ländern verbessert. Vielen Dank, liebe Monika Heinold!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Finanzpolitik ist die Antwort auf die angebliche Alternativlosigkeit der Rotstiftpolitik von Carstensen, Kubicki, Wiegard und Co. Das muss ich ganz deutlich sagen. Das sieht ganz anders aus, das ist nämlich gerechte Finanzpolitik.

Und ja, die neueste **Steuerschätzung** ist etwas schlechter geworden, aber unsere Planungen sind im Rahmen von Schuldenbremse und Stabilitätsrat jenseits des konjunkturellen Auf und Ab. Ich sage Ihnen ganz deutlich und ohne Wenn und Aber: Diese Koalition wird gemeinsam bei einer vorsichtigen und umsichtigen Haushalts- und Finanzpolitik bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr gerne allerdings hätten wir die **Einnahmesituation des Landes** noch weiter gestärkt, um den Kraftakt notwendiger Investitionen in Bildung und in Infrastruktur besser stemmen zu können. Ein

(Dr. Ralf Stegner)

stärkerer Solidarbeitrag der höchsten Einkommen und Vermögen war mit der Union im Bund aber leider nicht zu machen. Wir als Land Schleswig-Holstein werden aber auch weiterhin unsere Interessen in Berlin deutlich artikulieren. Ich hoffe sehr, dass wir wenigstens mit Blick auf die Bund-Länder-Finanzbeziehungen in diesem Hause gemeinsam streiten; denn da geht es um sehr viel für unser Land. Da wäre es klug, das gemeinsam zu tun.

Übrigens: Wirklich frech ist der Vorwurf der CDU, Herr Kollege Günther, das Land habe klebrige Finger bei der **Entlastung von der Grundsicherung** gehabt. Der damalige Landesvorsitzende und heutige Bundesvorsitzende der CDU-Kommunalpolitikervereinigung - KPV -, Ingbert Liebing - aus dem soll ja noch etwas werden -, sprach im März von einem „Bermuda-Dreieck“ des Landeshaushaltes. Wie sind die Fakten? Es war Ihr eigener Finanzminister, der Kollege Rainer Wiegard, der die 35 Millionen € als Einsparung an den Stabilitätsrat gemeldet hat. Das waren jene Millionen, die der Herr Oppositionsführer vor wenigen Tagen dem Landkreistag als Oppositionsgeschenk für das FAG versprochen hat. Das ist ein Hütchenspielertrick, Herr Kollege Günther, und nicht solide Finanzpolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil Sie so herzhaft gähnen, Herr Kollege Koch, will ich sagen: Der Musterschüler der Union, der Kollege Koch, hatte sich damals so toll über das Lob des Stabilitätsrats gefreut, sodass er es uns kurz vor Weihnachten hier im Hause noch vorgelesen hatte. Was sollen wir davon nun halten? Entweder war die Arbeit von Herrn Wiegard doch nicht ganz so prima, oder Ihr künftiger Landesvorsitzender und der neue Oppositionsführer distanzieren sich bewusst vom Kurs der Regierung Carstensens. Vielleicht klären Sie das unter sich. Solide ist das jedenfalls nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Nachhaltigkeit** trifft nicht nur auf unsere Finanzpolitik zu. Sie gilt auch für andere Politikbereiche wie den Umweltschutz, die Landwirtschaft und den Ausgleich von Interessen zwischen den beiden. Diesen Ausgleich, den Robert Habeck in den vergangenen Monaten immer wieder gefunden hat, setzen wir Ihrer Klientelpolitik entgegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Klar!)

Das ist für die Zukunft Schleswig-Holsteins nämlich ebenso wichtig. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung auch etwas zur Ethik gesagt, dazu, wie wir zum Beispiel mit Tieren oder mit der Natur umgehen, wie wir in einem Land leben wollen, das Zukunft haben soll. Da verstehe ich gar nicht, warum Sie in diesem Bereich nur Industriepolitik wollen. Wir wollen Industriepolitik in ganz anderen Bereichen. Für die Zukunft Schleswig-Holsteins ist das wichtig. Es ist ebenso wichtig wie die konsequente Umsetzung der **Energiewende**. Es gefällt Ihnen nicht, aber wir sind bundesweit Spitze beim Ausbau der Windkraft und bei der Versorgungsquote mit Strom aus erneuerbaren Energien. Das ist eine tolle Leistung, übrigens eine, die im Wesentlichen begonnen hat, seitdem Schwarze nicht mehr die Regierung angeführt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann mich gut entsinnen, was wir 1988 gemacht haben. Da haben Sie immer gesagt: Die Lichter gehen aus, wenn ihr Windenergie ausbaut. Pustekuchen! Die Lichter sind nicht ausgegangen, sie strahlen heller denn je, Kollege hochschulpolitischer Sprecher Dornquast, der Sie so qualifiziert dazwischenrufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur mit Blick auf Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit entscheidend, sondern auch wichtiger Antriebsmotor für unsere Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein. Die **Windenergie** ist die Wertschöpfungschance für unser Land zwischen den Meeren. Hier stärken wir unsere Stärken, ebenso wie wir das in der Gesundheitswirtschaft, im Tourismus, in der Ernährungswirtschaft und der maritimen Wirtschaft tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein liegt beim Wirtschaftswachstum vorn. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordtief, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf einem Rekordhoch. Zu diesen Fakten passt Ihr Zerrbild nicht, Herr Oppositionsführer. Wenn Sie das Land schlechtreden, wird Ihnen das nichts nützen. Es wird Sie nicht nach vorne bringen, wenn Sie solche Fakten ignorieren. Gucken Sie hin! Ich weiß, dass es Ihnen wehtut, dass das eine rot-grünblaue Regierung schafft. Aber es ist so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie schaffen da gar nichts!)

(Dr. Ralf Stegner)

Unsere **Wirtschaft** ist auch deshalb so stark, weil wir in diesem Hause Gesetze für gute Arbeit beschlossen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vom Mindestlohn, von Tariftreue, vom Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs, aber auch von den Änderungen beim Mitbestimmungsgesetz profitieren gerade diejenigen, die den Wohlstand in unserem Land erarbeiten. Sie sind es, die davon profitieren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Menschen wissen das ganz genau, und sie werden es sich auch merken, dass Sie von der Opposition aber auch jede einzelne dieser Maßnahmen für gute Arbeit in diesem Haus entschieden und leidenschaftlich bekämpft haben. Das haben Sie getan. **Gute Arbeit**, von der man leben kann, ist und bleibt die Politik der Küstenkoalition. Staatliche Subventionierung von Dumpinglöhnen, das war Ihr schwarz-gelbes Konzept, das wir abgelöst haben. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bürger profitieren auch von unseren realistischen und konkreten Maßnahmen im Bereich der **Mobilität**. Der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur kommt stetig voran. Nicht immer geht es so schnell, wie wir es gerne hätten. Aber wichtig ist doch, dass eine Landesregierung nicht nur Ankündigungen macht, Bänder zerschneidet und Planungen verschleppt, wie Ihre sage und schreibe vier CDU-Wirtschaftsminister in sieben Jahren, sondern realistisch plant, damit belastbare Aussagen gemacht werden und schließlich neue Straßen freigegeben werden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage, -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Im Augenblick möchte ich das nicht. Der Kollege kann ruhig einmal ein bisschen zuhören. Er hat heute noch nicht so viele Argumente von Oppositionspolitikern gehört. Daher soll er sie von Regierungspolitikern hören.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind Regierungspolitiker?)

- Ja, richtig, ich komme von der Regierungsfraktion; das stimmt. - Ich wäre wirklich dankbar, wenn Sie sich für diese **Verkehrsprojekte** in Berlin einsetzen würden. Vielleicht können Sie ja Ihren Freund Alexander, Herr Kollege Arp -, „Man nennt mich Mister Ausländermaut“ -, Dobrindt einmal daran erinnern, dass es auch im Norden wichtige Infrastrukturprojekte gibt, die zu unterstützen sich lohnen würde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn es um belastbare Aussagen geht, bin ich schnell bei Fragen der **Innenpolitik**. Mit unserer Offensive für bezahlbares Wohnen oder auch den Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen haben wir wichtige Herausforderungen aus dem Innenressort erfolgreich angenommen. Wir haben bei Fragen der inneren Sicherheit einen deutlichen Schwerpunkt auf Prävention gesetzt. Die Ausstattung unserer Polizei ist besser geworden. Wir tun das Mögliche, etwa mit der Erhöhung der Erschwerniszulage, um Polizistinnen und Polizisten unsere Anerkennung auszudrücken, etwas, was Sie übrigens nicht zustande gebracht haben, obwohl Sie jetzt buchstäblich jedem Uniformierten, den Sie auf der Straße treffen, all das versprechen, was Sie selbst niemals eingehalten haben. Das ist genau das, was wir hier vorfinden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da überrascht es schon, wenn ich von den neuen Vorstellungen der CDU höre, eben jener **CDU**, die mit dem **Stellenabbau** doch so besonders konsequent und nach eigener Aussage alternativlos agierte. Jetzt, losgelöst von den Fesseln der politischen Verantwortung - Sie suhlen sich ja geradezu in Ihrer neuen oppositionellen Ausgabewut -, fordert die gleiche CDU nicht nur, die Polizei vom Sparkurs auszunehmen, nein, ihre Forderung lautet, in vier Schritten 160 zusätzliche Stellen einzurichten. Wenn Sie in der Opposition sind, keine Verantwortung haben, gilt das Gegenteil von gestern: Munter drauf los, und Amnesie ist Trumpf. Das ist Ihre Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie begründen dies mit der Schilderung der **Lage der inneren Sicherheit** in unserem Land, die einen zwar das Fürchten lehren kann, aber mit der Real-

(Dr. Ralf Stegner)

tät so viel zu tun hat wie ein James-Bond-Film. Die Wirklichkeit hat der Herr Ministerpräsident beschrieben: 2013 gab es so wenig Straftaten wie seit über 30 Jahren nicht mehr. Also reden Sie nicht davon, dass die Situation in Bezug auf die Kriminalität in diesem Land schlechter geworden sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist großer Unsinn, was Sie hier verbreiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zwar gehört es bei Ihnen offenbar zum guten Ton, die Landesregierung sozusagen permanent beschimpfend zu beschallen und ihr alle möglichen Versäumnisse vorzuwerfen. Aber auch Ihr Bild von der Arbeit und vom Engagement der Polizeibeamtinnen und -beamten geht an der Realität vorbei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann reden Sie doch einmal mit denen!)

Die leisten nämlich hervorragende Arbeit. Das ist genau das, was wir mit unserer Politik, die wir machen, unterstützen, nicht, indem wir ihnen Dinge versprechen, die keiner halten kann. Wenn Sie Opposition so verstehen, dass Sie sagen: „Wir versprechen möglichst viel, wir müssen es ja nicht halten“, dann werden die Menschen das durchschauen; denn die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind viel intelligenter, als Sie hier tun, wenn Sie ihnen solche Versprechungen machen, die Sie nicht halten können.

Eines will ich auch noch sagen: Wirklich beschämend, Herr Kollege Günther, ist das, was Sie in den letzten Tagen zur **Flüchtlingspolitik** veranstaltet haben. Das ist unfassbar.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie vertreten eine Flüchtlingspolitik, die nach rechts schiebt. Der wichtigste Punkt für Sie ist konsequente Abschiebung. Das ist die Politik von vorgestern. Sie wir Ihnen übrigens im Wettbewerb mit der AfD nicht helfen. Wer so etwas will, wählt das Original. Die brauchen nicht die blasse CDU-Kopie. Es zeigt aber vor allen Dingen eines, Herr Kollege Günther, nämlich wie isoliert Ihre Fraktion in dieser Frage in diesem Hohen Hause ist, wie isoliert und von gestern. Wir sind für einen Umgang mit Flüchtlingen, der dem Artikel 1 des Grundgesetzes entspricht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist unsere Auffassung von Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das misst sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Jahrzehnte, nachdem Menschen vor den Nazis aus Deutschland flüchten mussten, ist es auch eine Frage des Anstands, dass man das so betreibt. Sie sollten sich schämen für solche Publikationen wie die, die ich in den letzten Tagen von der Union gelesen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim **Finanzausgleichsgesetz** sagen Sie, Sie wollten keine Entscheidung treffen. Sie hatten monatelang Zeit, sich mit konstruktiven Beiträgen einzubringen. Jetzt ist Ihre Antwort auf unseren Gesetzentwurf, wir sollten doch bis 2017 abwarten. Was ist das eigentlich für eine Verantwortung für dieses Land? Das zeigt doch nur: Diese Regierung und unser Innenminister Stefan Studt handeln, während Ihnen jegliche Regierungsfähigkeit fehlt, wenn Sie bis 2017 schlafen wollen. Wirkliche Regierungsfähigkeit? - Nichts da! Kein Konzept, nichts da!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie schön wäre es, wenn sich die CDU an der einen oder anderen Stelle auf ein paar ehrliche Vorschläge beschränken würde, die Sie ja machen.

Bedanken möchte ich mich - doch, ich will mich bedanken - ausdrücklich bei der Union für immerhin gemeinsame Beschlüsse im Bereich der **Europa- und der Minderheitenpolitik**, bei der Sie Ihre Fehler eingesehen und sich korrigiert haben. Das will ich nicht geringschätzen. Gemeinsam haben wir die Sinti und Roma endlich in die Landesverfassung aufgenommen. Darauf können wir stolz sein. Ich finde das richtig. Gut, dass Sie sich durchgerungen haben. Wir haben es ja auch fünfmal versucht.

Begegnungen im Ostseeraum, gerade für Jugendliche, werden von allen Fraktionen getragen. Das wäre auch in Bezug auf die **dänischen Schulen** schön gewesen. Wir haben erreicht, dass sie endlich wieder gleichbehandelt werden. Es sind übrigens die allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit, um das hier noch einmal glasklar zu sagen. Das ist unser Verständnis von den dänischen Schulen in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wünsche mir, dass dies auch so bleibt. Ich sage aber auch - das gehört auch zur Ehrlichkeit -: Wir haben den Scherbenhaufen abgetragen, den der schwarz-gelbe Elefant im dänischen Porzellanladen angerichtet hatte. So ist es gewesen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Selbst konservative Politiker in Kopenhagen haben zu uns gesagt: Was machen eure Leute da eigentlich? - Da habe ich gesagt: Das sind nicht unsere Leute, sondern das sind die von der Union.

Unsere vorbildliche Politik im Bereich der **Minderheiten** stärkt Schleswig-Holsteins Position auch über unsere Grenzen hinweg. Unser Land und seine Interessen werden in Berlin endlich wieder gehört. Dies zeigen die Verhandlungserfolge des Ministerpräsidenten beim EEG - wir haben es vorhin gehört -, beim Nord-Ostsee-Kanal oder anderen Anliegen.

Zusätzliche Gelder und konkrete Maßnahmen kommen aber nicht von allein. Wenn die Opposition der Landesregierung die Schuld dafür gibt, wenn es einmal nicht gelingt, dann wäre es zumindest konsequent, wenn Sie die Erfolge, die auf unser Konto gehen, auch einmal erwähnten und nicht ausblenden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche denn?)

Noch lieber wäre es mir, wenn wir in Berlin und in Brüssel gemeinsam für die Interessen Schleswig-Holsteins eintreten. Reden Sie doch einmal mit Ihren Bundestagsabgeordneten. Nicht auf Kosten des Landes, sondern zugunsten des Landes zu arbeiten, das wäre ein positiver Beitrag Ihrerseits und irgendwie cooler als die ewige Nörgelopposition, die Sie sind.

Ich hoffe sehr, dass mein voraussichtlich fünfter Kollege im Amt des Landesvorsitzenden der CDU, der Kollege Liebeng, hierbei mithelfen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Politikfeld, das besonders deutlich den Politikwechsel beschreibt, ist unsere **Sozialpolitik**. Wir haben die Perspektiven, die sich etwa aus einer progressiven Familienpolitik oder aus den immer wichtiger werdenden Fragen einer menschenwürdigen Pflege ergeben, erkannt, und wir haben konkret gehandelt, beispielsweise durch jährlich wachsende und durch das Land bezahlte 200 Ausbildungsplätze in der Altenpflege.

Den Unterschied macht aber auch die grundsätzliche Bedeutung, die unsere Regierungskoalition der Sozialpolitik einräumt. Bei uns kommt sie von Herzen und zugleich aus dem Verstand. Sie ist nicht lästiges Beiwerk oder nice to have. Sie ist nicht die willkommene Einsparliste im Einzelplan 10, wie das bei Ihnen der Fall ist.

Sie ist ein Politikfeld, in dem sich zeigt, ob eine Koalition - wie Max Weber das nennt und als Beruf zur Politik beschreibt - Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß hat. Unsere Sozialpolitik, die durch Kristin Alheit verkörpert wird, ist eine, die die Leidenschaft hat, für soziale Gerechtigkeit zu streiten, die die Verantwortung und die Bedeutung für unsere Gesellschaft anerkennt und die das Augenmaß dafür hat, auch bei angespannten Haushaltslagen zu erkennen, was möglich und was notwendig ist, wobei aber nicht die Schwächsten bestraft werden, so wie Sie das getan haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau deshalb haben wir bereits vor der Wahl angekündigt, dass wir **Kürzungen** der schwarz-gelben Vorgängerregierung rückgängig machen werden wie etwa beim **Blindengeld** oder bei den **Frauenhäusern**.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie auch nur teilweise gemacht!)

Sie haben behauptet, die Kürzungen seien notwendig. Wir waren der Ansicht, dass sie verzichtbar und darüber hinaus sogar schädlich, in Teilen sogar schändlich für unser Land gewesen sind.

Heute haben Sie sich von Ihren alten Plänen verabschiedet. Dazu muss ich sagen: Es kann uns freuen, wenn Sie Ihre Überzeugung gewechselt haben. In der Sache begrüße ich das. Unehrlich ist es aber, wenn Sie jetzt den Eindruck erwecken, die Landesregierung tue zu wenig beim Aufräumen dessen, was Sie angerichtet haben. Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger das eigentlich zusammenbringen?

Nehmen wir einmal das Beispiel der Frauenhäuser, Frau Kollegin Rathje-Hoffmann. Erst kürzen Sie die Einrichtungen in die Existenznot. Dann erzählen Sie uns, das sei alternativlos. Dann beschimpfen Sie uns, wir würden den Haushalt durch die Rücknahme der Kürzung in Gefahr bringen. Jetzt heißt es, die Landesregierung tue zu wenig, obwohl wir im Gegensatz zu Ihnen eine Vereinbarung mit Hamburg hinbekommen haben.

Was Sie mit uns machen, ist egal. Da sind wir wirklich nicht wehleidig. Als langjähriger Landespolitiker kann ich mit einer Wendehals-CDU in Kollektivamnesie umgehen. Denken Sie aber auch einmal daran, wie das bei den Menschen ankommt. Denken Sie einmal an die Frauen, die auf Frauenhäuser angewiesen sind - um bei diesem Beispiel zu bleiben. Diese müssen sich von Ihnen doch geradezu

(Dr. Ralf Stegner)

verhöhnt vorkommen, wenn Sie sie zum Spielball Ihrer Politik machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, tun Sie nicht so. Das war nicht vor 100 Jahren, sondern das war vor zweieinhalb Jahren. Die Menschen haben ein gutes Gedächtnis.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Manches war vor viereinhalb Jahren. Es stimmt, das ist gewaltig länger her, Herr Kollege Koch. Aber bis vor zweieinhalb Jahren haben Sie ja leider regieren dürfen. Sie haben die Spanne gut beschrieben. Das stimmt.

Jedenfalls ist das in dieser Zeit geschehen. Wir bringen das meiste davon in Ordnung, manches nicht in der Geschwindigkeit, wie wir das gerne täten, aber wir bringen in Ordnung, was Sie angerichtet haben. Beschimpfen Sie also nicht uns, sondern schämen Sie sich für das, was Sie angerichtet haben! Das wäre die richtige Rollenverteilung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Bildung** bleibt **Priorität** Nummer eins für die Küstenkoalition. Wir haben uns vorgenommen, bei uns in Schleswig-Holstein darf kein Kind zurückgelassen werden. Ich wiederhole es: Ob von einer alleinerziehenden Mutter, ob mit deutschem oder nicht deutschem Hintergrund, ob mit Handicap, ob aus Glücksburg oder Ratzeburg, ob aus einer reichen oder einer benachteiligten Familie, wir dürfen kein Kind in Schleswig-Holstein zurücklassen.

Ich ärgere mich immer wieder, dass wir darüber debattieren, wie es dem armen Herrn Hoeneß in Landsberg ergeht, der das Land geschädigt und Millionen Euro Steuern hinterzogen hat, aber Jugendliche, die eine zweite oder dritte Chance brauchen, die lassen wir zurück. Das ist nicht richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daran müssen wir etwas ändern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wünsche mir, dass wir auf dem Weg hin zur **gebührenfreien Bildung** bis 2017 deutliche Schritte vorangehen, und zwar von der Kita bis zur Uni. Es macht übrigens keinen Sinn, dass die Studierenden nichts für die Hochschulen bezahlen, wir aber auf Dauer die höchsten Kita-Gebühren der Republik haben wollen. Das ist nicht die richtige Richtung.

Mir ist bewusst - so haben wir es in der Koalition vereinbart -, dass Qualität notwendig ist und dass wir nur das machen können, was wir finanziell verantworten können. Die Zielrichtung bleibt aber. Wir wollen eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Herr Ministerpräsident hat für den Bereich der **Kitas** eine wirklich eindrucksvolle Bilanz dargelegt. Bei den Krippenplätzen sind wir unter den TOP drei der westdeutschen Länder. 4.000 Kinder verdanken der Küstenkoalition ihren Krippenplatz.

(Volker Dornquast [CDU]: Den Gemeinden!)

Wir werden hierbei auch nicht nachlassen, ebenso wenig wie bei der Qualität unserer Kitas. Das muss auch so bleiben. Wir haben einen umfassenden Dialog im Bildungsbereich geführt, um zu einem gemeinsamen Schulgesetz zu kommen.

(Heike Franzen [CDU]: Das hat auch nicht geholfen!)

Das Ergebnis ist ein **Schulsystem**, Frau Kollegin Franzen, das breite Unterstützung gefunden hat und das geeignet ist, dauerhaft für **Bildungsgerechtigkeit** zu sorgen - anders als das Chaos, das Sie im Schulbereich angerichtet haben, Frau Kollegin Franzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden das in Ruhe umsetzen. Wir werden das Notwendige tun, um die Qualität unserer Schulen zu sichern und die Unterrichtsversorgung konsequent zu verbessern. Wir freuen uns, liebe Britta Ernst, gemeinsam mit Ihnen diesen erfolgreichen Weg weiterzugehen. Das ist wichtig für die Menschen in diesem Land. Sie können sich auf unsere Küstenkoalition verlassen, was diese Punkte angeht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu gehört auch, dass wir uns um unsere Referendarinnen und Referendare kümmern und unser wirklich gutes **Lehrerbildungsgesetz** umsetzen. Was die Union dagegen jetzt betreibt, ist Populismus aus der untersten Schublade. Sie klemmen sich hinter jede Elterninitiative für eine bessere Unterrichtsversorgung und hoffen auf das schlechte Gedächtnis der Menschen. Zugleich fordern Sie, dass wir unseren Beschluss vom Juni zurücknehmen, die

(Dr. Ralf Stegner)

BAföG-Mittel schwerpunktmäßig in der Unterrichtsversorgung einzusetzen und damit in den nächsten Haushalten 728 Stellen mehr an den Schulen zu belassen, als wir ursprünglich versprochen hatten.

Wir haben Ihren unfassbaren Kahlschlag bei den **Lehrerstellen** beendet. Das ist die Wahrheit in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollten die Hälfte der durch die demografische Entwicklung frei werdenden Lehrerstellen in den Schulen belassen, was auch notwendig ist, um die Qualität zu verbessern und um Inklusion, die Ganztagsbetreuung und ein längeres gemeinsames Lernen voranzutreiben. Sie hingegen wollten das alles abbauen. Sie haben den damaligen Kompromiss der Großen Koalition aufgekündigt. Wir haben darüber hinaus Stellen an die Schulen gegeben. Wir sind nicht mehr nur bei 50 %, sondern wir landen am Ende bei zwei Dritteln. Wir haben also deutlich mehr geschafft, als wir versprochen haben.

Sie beantragen, die Hälfte der **BAföG-Mittel** an die **Hochschulen** zu geben. Ihr Beitrag für eine bessere Unterrichtsversorgung besteht also darin, den Schulen weit über 300 Stellen mehr wegzunehmen, als wir das tun werden. Glauben Sie im Ernst, dass die Menschen darauf nicht hereinfallen? Das werden die Menschen merken.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, gleichwohl muss ich sagen, dass Sie noch ein bisschen hochschulpolitischer Sprecher geblieben sind. Vielleicht ist das auch notwendig. Schauen wir einmal, wie sich der Kollege Dornquast in der Debatte am Freitag so macht, wenn wir über das diskutieren werden, wenn die neue Hochschulministerin ihre hochschulpolitischen Pläne vortragen wird.

Ich will Ihnen aber sagen: Ihre ständigen Rufe nach einer besseren Finanzierung der Hochschulen sind nicht notwendig. Sie wären damals sinnvoll gewesen, als Ihre Landesregierung von Ministerpräsident Carstensen ganzen Universitäten die Grundlage entziehen wollte, auf deren Jubiläumsveranstaltungen Sie heute so frech auftreten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unfassbar, dass Sie sich diese Frechheit erlauben, obwohl Sie die Universität Lübeck gar nicht zum Jubiläum gelangen lassen wollten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auch das ist falsch!)

Mehr Scheinheiligkeit geht nicht, Herr Oppositionsführer, zumal Sie, Herr Kollege Günther, in diesem Haus dafür gekämpft haben, dass Einsparmöglichkeiten auch im Bildungsbereich nicht ausgeschlossen werden. Sie sagten am 21. Mai 2010 - ich zitiere -:

„Wir werden in allen Bereichen nach Einsparmöglichkeiten suchen. Auch der Bildungsbereich kann von einer kritischen Überprüfung nicht ausgeschlossen werden ...“

Was sollen wir davon nun halten? Wir haben in Bildung investiert, auch in unsere Hochschulen. Im Rahmen der anstehenden Hochschulgesetznovelle werden wir im kommenden Jahr intensiv über die Qualität von Lehre und Forschung sowie die Studien- und Forschungsbedingungen an unseren Hochschulen beraten. Das permanente Herumhauen auf dem Sozialministerium zeigt eher Ihre Haltung zur Sozialpolitik als Ihre Ahnung von **Wissenschaftspolitik**. Das will ich Ihnen einmal deutlich sagen. Das kann uns gar nicht treffen. Die Wissenschaftsministerin wird eine gute Hochschulpolitik machen, die wir als Küstenkoalition gegen Ihren entschlossenen Widerstand um- und durchsetzen werden, genauso wie wir das in anderen Politikbereichen auch tun.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommt ein Satz, der im Manuskript stand, bevor ich die Rede des Kollegen Günther gehört habe. Aber ich lese ihn trotzdem vor: Ja, es ist schön, dass die Debatten in diesem Hause durch die Personalwechsel in der CDU-Fraktion etwas lebhafter werden.

(Heiterkeit SPD)

Ich füge hinzu: Ich bedaure aber, dass dies keinen Gewinn für das inhaltliche Niveau der Reden des Herrn Oppositionsführers bedeutet hat.

(Heiterkeit SPD - Klaus Jensen [CDU]: Das ist arrogant, was Sie machen! - Zuruf CDU: Das steht Ihnen gar nicht zu! - Serpil Midyatli [SPD]: Wieso nicht? - Weitere Zurufe)

Auch Sie haben 100 Tage Schonfrist verdient. Aber wenn Sie hier so schneidig daherreden, will ich Ihnen doch eines entgegenhalten, Herr Kollege Günther: Sie sind sich nicht zu schade, die Politik insgesamt in den Schmutz zu ziehen. Sie zeichnen das

(Dr. Ralf Stegner)

Zerrbild eines Ministerpräsidenten - das haben Sie ein paar Mal getan -, der angeblich mit einer früheren Ministerin ausgedeutet hat, wie diese sich zulasten des Landes bereichern kann - so Ihre Einlassung. Mit Frechheiten wie diesen buhlen Sie um Aufmerksamkeit. Ihre Geschichten mögen Ihre Truppen unterhalten, sie entbehren aber jeder Grundlage.

(Lachen CDU)

Das wäre in etwa so - ich versuche mich jetzt einmal im Stil Günther -, als wenn ich behaupten würde, Sie, Herr Kollege Günther, hätten jüngst mit Herrn Böge, den ich als Kollegen sehr schätze, und Herrn Callsen zusammengesessen und sinngemäß gesagt: Jetzt habe ich jahrelang hauptamtlich für die Union Arbeit gemacht, habe das Problem mit Herrn von Boetticher gelöst, habe die Wara Wende gehetzt, jetzt bin ich auch einmal mit Posten und Kohle dran.

(Heiterkeit SPD - Lachen CDU)

Das wäre das Gleiche, Herr Kollege Günther, was Sie dem Ministerpräsidenten vorgehalten haben, was ich täte, wenn ich Sie wäre, aber nicht tue, weil ich ich bin.

(Heiterkeit SPD)

Insofern wollen wir das vielleicht doch ein bisschen anders machen. Denn, Herr Kollege Günther, Tucholsky hat einmal gesagt, meistens sei Frechheit durch Unsicherheit zu erklären.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sieht man bei Ihnen ja!)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Es ist doch Ausweis der Trostlosigkeit der Oppositionsarbeit, wenn, bezogen auf die Personalpolitik der Küstenkoalition, Vergleiche mit der DDR gezogen werden, wie ich das heute in der Zeitung gelesen habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist doch trostlose **Oppositionspolitik**, wenn Sie Ihre parlamentarische Erfolglosigkeit damit dokumentieren, dass Sie jetzt schon der demoskopisch geplagten Oppositionsschwester hinterherrennen und Ihr Heil in Volksentscheiden suchen, wenn Sie sich im Parlament nicht durchsetzen können. Das ist doch trostlos.

Ich füge allen Ernstes auch hinzu: Es ist auch nicht überzeugend, wenn eigentlich überparteilich ausgerichtete Ämter für Angriffsbemühungen erhalten

müssen. Das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Lachen Hans-Jörn Arp [CDU])

Herr Kollege Günther, zu Ihrer Gleichstellungspolitik und den diesbezüglichen Vorstellungen dazu! Wir haben es daran erkannt, was Sie zur **Zusammenarbeit** zwischen **Schleswig-Holstein und Hamburg** gesagt haben. Es ist wirklich Gleichstellungspolitik aus dem 19. Jahrhundert, wenn das das Einzige ist, das Ihnen dazu einfällt. Im Übrigen ist die Union wirklich kein Treiber, was die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg angeht; man kann wirklich nicht erkennen, dass das bei Ihnen so wäre. Wir finden, dass es nötig ist zusammenzuarbeiten.

Ich muss Ihnen sagen: In Norddeutschland geht es viel besser, weil es fünf sozialdemokratisch geführte Landesregierungen mit den Grünen und anderen zusammen gibt. Deswegen ist es besser, als wenn Sie da etwas zu melden hätten.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Sie entlarven sich mit solchen Bemerkungen, die die Bildungsministerin treffen sollen, aber viel mehr über Sie selbst verraten, Herr Kollege Günther, als Ihnen eigentlich lieb sein kann.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Insofern wünsche ich mir ganz ehrlich, dass das ein bisschen mehr Oppositionsführer und etwas weniger Oppositionsführerlein ist und dass Sie in einen Ideenwettbewerb mit uns eintreten, sodass wir endlich einmal erkennen können, wo Ihre anderen Auffassungen liegen.

(Zurufe CDU)

Ich habe heute verstanden: Sie wollen eine andere **Gleichstellungspolitik** haben, die mehr nach rechts gehen soll. Das wird mit uns nicht passieren. Sie sind gegen gute Arbeit; das habe ich auch verstanden. Sie halten immer noch am zweigliedrigen Schulsystem in Ihren Köpfen fest; das habe ich auch verstanden. Sie haben immer noch nicht so richtig etwas mit Minderheitenpolitik am Hut; das habe ich auch verstanden. Aber eine Vorstellung, die ins 21. Jahrhundert passt, Herr Kollege Günther, die uns wirklich herausfordert - das wäre schön für die zweite Halbzeit.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Denn ich gebe als alter Fußballer zu: Man ist in der zweiten Halbzeit besser, wenn der Gegner ein bisschen stärker ist. Das ist wahr.

(Dr. Ralf Stegner)

(Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss schon sagen: Wir haben seit 2012 viele Änderungen vorgenommen. Wir haben die Weichen anders gestellt. Daraus ergibt sich unser Politikwechsel.

Das ist eine neue Politik für Schleswig-Holstein, die mit der heutigen Halbzeitbilanz noch lange nicht beendet ist.

Die Zwischenbilanz aus der jüngst veröffentlichten Umfrage ist nicht in jedem Punkt zufriedenstellend; das will ich klar sagen. Wir haben unsere Schwächen. Das spornt uns aber an, die Schwächen zu verbessern.

Schön ist aber, dass sich zur Halbzeit der Legislaturperiode, also im ungünstigsten Moment für Umfragen zu Regierungsparteien, die klare Mehrheit der Bürger eine SPD-geführte Landesregierung wünscht und die Küstenkoalition allen andern Alternativen vorzieht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ein gutes Bild, und es zeigt, wie weit Sie hinter dem hinterherlaufen, was Sie versucht haben, hier öffentlich darzulegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese **Regierungspolitik der Küstenkoalition** steht für ein gerechtes Bildungssystem der Chancengleichheit. Die Regierungspolitik der Küstenkoalition erstrebt mit Leidenschaft und Vernunft soziale Gerechtigkeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja klar!)

Die Regierungspolitik der Küstenkoalition bringt unsere Wirtschaft voran und sorgt dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Durch U-Boot-Aufträge! - Heike Franzen [CDU]: Und schließt die Wirtschaft aus!)

Die Regierungspolitik der Küstenkoalition steht für ein nachhaltiges Schleswig-Holstein, bewahrt die Schönheit des Landes und gewinnt Energie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh Gott! Oh Gott! Oh Gott!)

Die Regierungspolitik der Küstenkoalition steht für eine liberale und tolerante Innenpolitik und geht die Herausforderungen gemeinsam mit den Kommunen an. Die Regierungspolitik der Küstenkoalition konsolidiert mit vorsorgender Finanzpolitik den Haus-

halt und investiert zugleich in die Zukunft des Landes.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Die Regierungspolitik der Küstenkoalition betont den besonderen Stellenwert der Minderheitenpolitik für Toleranz und friedliches Miteinander, und sie genießt auch deshalb über die Grenzen unseres Landes hinaus einen guten Ruf.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der konservative britische Politiker Edward Heath hat einmal gesagt, er wünsche sich ein Regierungssystem, in dem die, die etwas wollen, an der Macht sind, und die, die gerne reden, die Opposition bilden. Nach der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und nach Ihrer Antwort, Herr Kollege Günther, kann man nur feststellen, dass es dieses Regierungssystem 2014 in Schleswig-Holstein gibt. Unser Ministerpräsident Torsten Albig hat in seiner wichtigen Regierungserklärung geschrieben,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auch schon vorher aufgeschrieben!)

wie gut es um das Land Schleswig-Holstein wirklich steht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja klar!)

Er hat deutlich gemacht, wohin es in den nächsten Jahren gehen soll. Wir freuen uns, diesen Weg gemeinsam mit ihm zu gehen.

Lieber Torsten Albig, ich danke dir für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren auch ganz persönlich und freue mich darauf, dass diese Küstenkoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bis 2017 - ich bin sicher: auch darüber hinaus - diese Regierungspolitik gemeinsam fortsetzen wird,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

weil wir das im Sinn haben, was Willy Brandt das Ziel aller Politik genannt hatte, nämlich das Leben für die Menschen besser zu machen. Das tun wir. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, es war bisher dazu keine Gelegenheit, aber jetzt möchte ich mit Ihnen die zweite Gruppe der Schülerinnen und Schüler der

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Comenius-Gemeinschaftsschule aus Quickborn ganz herzlich hier im Landtag begrüßen!

(Beifall)

Jetzt hat die Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Frau Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, denn heute Morgen streiten wir über die Inhalte unserer Politik.

Ich gebe zu: Auch diesen Satz habe ich aufgeschrieben, bevor die Debatte begonnen hat, und insofern bin ich etwas enttäuscht, dass der inhaltliche Teil noch nicht so ausgeprägt ist, wie ich mir das wünschen würde. Vielleicht lässt sich das im Laufe der drei Tage noch steigern.

(Zurufe CDU)

Der Ministerpräsident hat dankenswerterweise deutlich gemacht, was wir erreicht haben. Jetzt befinden wir uns im Spiel der Fraktionsvorsitzenden. Die Opposition findet alles schlecht, und von uns wird erwartet, dass wir alles gut finden.

(Zuruf CDU: Müssen Sie nicht!)

Ich rede nicht alles schön, aber wenn ich auf zwei Jahre Küstenkoalition zurückschauen, bin ich sehr zufrieden. Mein Dank gilt allen in der Regierung, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich freue mich an den Erfolgen und erwarte von uns, dass wir aus unseren Fehlern lernen und uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Wir haben ein Land übernommen, in dem viele Probleme liegen gelassen wurden. Wenn diese doch von der Regierung angegangen worden sind, dann meistens im rechthaberischen Gestus eines Freund-Feind-Denkens.

Ja, die **schwarz-gelbe Regierung** hat mit der **Haushaltskonsolidierung** begonnen. Aber sie hat viele vor den Kopf gestoßen. Gerade unangenehme Entscheidungen müssen durch Transparenz bestehen. Sie müssen das Ergebnis von Gesprächen sein, nicht von Hinterzimmerpolitik.

2012 war die Uni Lübeck auf der Straße. Blindenverbände haben demonstriert. Die Frauenhäuser wurden geschöpft. Das Land brodelte. Die CDU polemisierte gegen die Förderung des Öko-Landbaus. Denkmalschutz und Naturschutz waren nicht

nur schwierige Themen, sondern in schwarz-gelben Augen etwas, das überwunden werden musste. In der Minderheitenpolitik standen die schwarz-gelben Zeichen auf Abgrenzung, nicht auf Toleranz. Unserem Land drohte dadurch internationaler Schaden. Das muss einem erst einmal gelingen.

Die Energiewende wurde damals gemeinsam beschlossen, auch der Netzausbau. Aber als Robert Habeck Minister wurde, musste die Trasse noch durchgesetzt werden. Im Umweltministerium häuften sich die Fracking-Anträge. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts davon.

(Zuruf PIRATEN: Warum?)

Der Zustand unserer Infrastruktur - das Schweigen im Walde. Kein Wort von maroden Straßen und Brücken, von alten Krankenhäusern und Hochschulgebäuden. So geht es endlos weiter. Nutztierhaltung und Tierschutz - kein Thema! Bildungspolitik - offene Baustellen ohne Ende! Der kommunale Finanzausgleich - überholt und unzeitgemäß! Ausgerechnet Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, ist Schlusslicht beim Gewässerschutz.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Das war Ihre Bilanz in Regierungszeiten. Zu der Bilanz in Oppositionszeiten können Sie gern auf Ihre schon vielfach bemühte NDR-Umfrage zurückgreifen. Ich kann sagen: Da sieht unsere Zweijahresbilanz deutlich besser aus, und bei uns ist erst Halbzeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich bin mit der **Arbeit der Küstenkoalition** zufrieden, und ich werde Ihnen auch sagen, warum. Wir haben uns bei Eintritt in diese Regierung vier grundsätzliche Dinge vorgenommen.

Erstens: keine ideologische Blockadehaltung. Wir brechen die Verhärtung im Land auf und prägen in Schleswig-Holstein eine konstruktive politische Kultur.

Zweitens: keine Politik ohne Dialog. Jawohl, das ist keine leere Floskel, es ist ein Fakt, dass man die Menschen bei Veränderungen mitnehmen muss.

Drittens: keine Politik auf Kosten der Zukunft. Bei unseren Entscheidungen - egal in welchem Politikfeld - denken wir immer die nächste und übernächste Generation mit.

Viertens: kein Ausweichen mehr. Wir gehen auch schwierige Probleme an und erarbeiten Lösungen. Wir ducken uns nicht weg.

(Eka von Kalben)

Meine Damen und Herren, wir haben uns an unsere Grundsätze gehalten. Erstes Beispiel: die Energiepolitik, die überparteiliche Allianzen sucht. Schleswig-Holstein kann den eigenen Energiebedarf mit **Ökostrom** decken - zu 100 %. In absehbarer Zeit wird das Land die gleiche Menge Strom noch exportieren können. Die Gegner des Netzausbaus mögen noch immer mit den neuen Strommasten hadern, aber sie fühlen sich vom Ministerium in ihren Ängsten und Sorgen ernst genommen. Sie merken: Da ist ein Minister, der ihnen in ihren Argumenten folgt und Kompromisse findet. Er macht das, ohne das Gesamtprojekt zu gefährden. Was das angeht, ist Schleswig-Holstein das Gegenteil von Bayern.

Meine Damen und Herren von der CDU, denken Sie, Schleswig-Holstein wäre das Vorreiterland der Energiewende, wenn einer von Ihnen statt Robert Habeck auf dieser Seite an der Spitze des MELUR sitzen würde? Denken Sie, ein schwarzer Ministerpräsident hätte sich in Berlin so stark für die energiepolitischen Interessen des Landes eingesetzt wie Torsten Albig in diesem Frühjahr gegen den eigenen Parteivorsitzenden?

(Volker Dornquast [CDU]: Noch stärker!)

Ich glaube nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Anders als die Vorgängerregierung führen wir eine offene Debatte über **Fracking**. Diese Landesregierung will Fracking verbieten. Wir sagen, wo der Schuh drückt: Das Bundesbergbaurecht hat sich wundgelaufen. Der alte Gesetzestext aus dem 19. Jahrhundert entspricht nicht mehr den Anforderungen und Bedürfnissen unserer modernen Gesellschaft. Deshalb geht diese Landesregierung mit einer Bundesratsinitiative voran, einer Bundesratsinitiative, die auch konservativ regierte Länder mittragen. Ich sage Ihnen: Es ist kein Zufall, dass genau diese Landesregierung das macht. Es ist kein Zufall, sondern eben genau das Aufbrechen von parteipolitischen Strukturen, wenn wir hier Verbündete gegen Fracking in allen politischen Lagern suchen und finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Kirsten Eickhoff-Weber [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Genauso wie es gilt, ideologische Gräben zu überwinden, so wichtig ist mir auch der zweite genannte Punkt, der Dialog. Für das neue Schulgesetz war klar: Wir brauchen einen **Bildungsdialog** für einen Neuanfang. Das war schon im Koalitionsvertrag so

vereinbart. Gerade in der Bildungspolitik gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen bei allen Gruppen: bei Eltern, bei Lehrerinnen und Lehrern, bei Schülerinnen und Schülern und bei Studierenden. In keiner Gruppe gibt es einheitliche Vorstellungen.

Deshalb möchte ich gern ein paar Punkte zum Thema **Dialogkultur** klarstellen. Das Gerede vom sogenannten Elternwillen bringt mich regelmäßig auf die Palme. Sie sind doch zum großen Teil auch auf Elternabend. Sie können mir doch nicht erzählen, dass es dort immer eine Position, genau eine Position gibt. Dasselbe gilt im Übrigen auch für den Bürgerwillen oder den Bauernwillen. Das muss man wissen, wenn wir uns über die Themen Dialog, Dialogkultur und an dieser Stelle auch über den durchgeführten Bildungsdialo unterhalten. Ein Dialog mit den Menschen heißt auch immer ein Dialog mit einzelnen Menschen. Bei einem Dialog geht es darum, unterschiedliche Meinungen kennenzulernen, nicht darum, diese zu vereinheitlichen.

Aber Politik muss auch Entscheidungen fällen. Am **Ende eines Dialoges** muss eine **Entscheidung** stehen. Wir haben aus dem Bildungsdialo Erkenntnisse gezogen. Dementsprechend haben wir unser Schulgesetz gestaltet. Das Ergebnis des Bildungsdialoges, des Dialoges mit Elternverbänden, Schülerverbänden, Gewerkschaften und anderen Lehrerverbänden - um nur einige zu nennen - war eine Schulstruktur mit dem Abitur nach zwölf Jahren an Gymnasien und nach 13 Jahren an Gemeinschaftsschulen - klar und überschaubar. Es gibt mehr Kindern die Möglichkeit, länger gemeinsam zu lernen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Lieber Herr Callsen, wenn Sie die Leistungen von Schülerinnen und Schülern und im Grunde - nach Ihren Beschreibungen - auch die Leistung eines Bildungssystems an Noten festmachen und wenn Sie meinen, dass es sozusagen dem Wohl der Bevölkerung dient, wenn sie darüber entscheiden können, ob sie sich auf einem Elternabend für oder gegen Noten aussprechen können, also praktisch nur das umgekehrte Prinzip von dem, was wir heute schon haben - schon heute kann sich eine Klasse gegen Noten aussprechen, und genauso konnte sie sich vorher für Noten aussprechen -, ist das totaler Irrsinn, aber machen Sie es gern. Machen Sie eine Kampagne. Das hilft vielleicht, den Diskurs über Politik insgesamt zu beleben. Damit haben wir kein Problem. Aber die Annahme, dass das jetzt unsere

(Eka von Kalben)

Bildungspolitik inhaltlich nach vorne bringt, finde ich gewagt.

Wir haben den Hauptkonflikt der Vergangenheit wirklich befriedet. Die **Schulen** können sich jetzt auf die **inhaltliche Ausgestaltung** konzentrieren, vor allem auch im Bereich der Inklusion. Wir werden sie im Rahmen des Machbaren mit Ressourcen unterstützen. Da sind wir allemal sehr viel näher an dem Wohl der Menschen in der Bildungspolitik als Sie mit Ihren Umfragen zu Noten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, ich gebe zu: Was beim Schulgesetz kommunikativ vorbildlich geklappt hat, hätte beim **Lehrkräftebildungsgesetz** noch besser sein können. Das ändert aber nichts daran, dass das Gesetz richtig ist, dass es notwendig war und dass wir jetzt endlich eine Lehrerbildung haben, die unserer Schulrealität entspricht. Ich bin stolz auf unseren gefundenen Kompromiss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Dialog gibt es nicht nur im Bildungsbereich. Beim Denkmalschutz, beim kommunalen Finanzausgleich, in der Landwirtschaftspolitik - wir reden, wir erklären, wir hören zu und lernen, mit den Kommunen, den Landwirten, den Fischern und vielen mehr. Das war beim Knickschutz so, das ist beim Grundwasserschutz, beim Grünlandschutz und auch beim Thema Tierschutz so. Die Vereinbarung zum Thema Knickschutz war ein Kompromiss. Wir und auch die Umweltverbände hätten noch mehr gewollt. Hier geht es nicht um persönliche Interessen, es geht um die Interessen eines großen Teils der Bevölkerung. Es geht um die Interessen zukünftiger Generationen. Es geht um die Natur und die Vielfalt.

Als Fußnote: So mancher ausgehandelte **Kompromiss in der Landwirtschaft** wird hinterher trotzdem als Untergang des Abendlandes dargestellt. Ich finde, das diskreditiert nicht den Dialog, und das diskreditiert nicht unsere Dialogpolitik, das diskreditiert höchstens den Bauernverband.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, Sie machen sich lustig, wenn wir mit Bürgerinnen und Bürgern reden. In Wirklichkeit ärgert es Sie aber nur, wenn wir hier nicht immer die Meinung der Opposition, also Ihre Meinung, aufnehmen.

Aber es gibt Positionen, für die wir gewählt wurden, und diese Positionen geben wir nicht draußen an der Garderobe ab. So gibt es auch Positionen, bei denen sich keine Kompromisse finden lassen. Ein bisschen bleifreie Jagd geht nicht. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir hier einen wichtigen Beitrag für die Wälder, die in ihr lebenden Tiere oder auch die gestorbenen erreicht haben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten genannten Vorhaben, das Ziel einer **nachhaltigen Politik**. Das lässt sich neben der Umweltpolitik besonders gut bei der **Haushaltspolitik** erläutern. Die Haushaltssanierung verlangt uns immer noch viel ab. Sie wird die Landespolitik auch über das Jahr 2017 hinaus weiter begleiten. Derzeit sind - zugegeben - die Rahmenbedingungen etwas leichter als zu Ihrer Regierungszeit. Die aktuellen Zahlen zeigen aber auch, wie schnell sich mögliche Spielräume verschieben können. Liebe Frau Heinold, auch wenn das so zitiert wurde, glaube ich auf keinen Fall, dass der Haushalt kippt. Ich bin mir ganz sicher, dass Sie dafür sorgen werden, dass der Haushalt nicht kippt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Diese Landesregierung und namentlich Monika Heinold prägen das Finanzministerium in einzigartiger Weise. Sie stehen für die Haushaltskonsolidierung, aber sie stehen eben auch dafür, dass Sparen kein Selbstzweck ist, dass der Haushalt auch das Leben der Menschen im Land gestaltet.

Wir haben Kürzungen der Vorgängerregierung zurückgenommen, weil sie sozialpolitisch falsch waren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es war falsch, bei den Frauenhäusern zu sparen, es war falsch, bei den Blinden zu sparen, es war falsch, den Ökolandbau nicht zu unterstützen.

Und doch gibt es in vielen Bereichen immer noch **Unterfinanzierungen**. Nicht jeder berechnete Anspruch konnte befriedigt werden - in der Bildung, in der Kindertagesbetreuung, in der Migrationsberatung, bei den Krankenhäusern, bei den Hochschulen. Überall könnte man mit gutem Gewissen nachbessern. Wir suchen nach Lösungen, aber - da bin ich zu Recht zitiert worden - wir können den Euro nur einmal ausgeben.

Ohne den Haushaltsberatungen vorgreifen zu wollen, möchte ich grundsätzlich sagen: Wir haben einen gewaltigen **Investitionsstau**. Dazu ist hier

(Eka von Kalben)

schon viel gesagt worden, insofern kann ich das abkürzen. Aber diesen Stau gibt es nicht nur bei Straßen und Brücken. Gerade auch im Krankenhausbereich kämpfen wir gegen die Folgen eines massiven Investitionsstaus. Da ist das UKSH nur ein Beispiel. Auch andere Krankenhäuser des Landes sind schwer betroffen. Die Koalition wird dort deshalb entschieden nachsteuern; wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Investieren und Sanieren, das sind keine Gegensätze, das ist verantwortungsvolles Wirtschaften, das ist alte Kaufmannskunst. Kluge Investitionen heute sind die Ersparnisse von morgen. In dem Zusammenhang möchte ich gern noch einmal auf mein Lieblingsprojekt für unsere nachhaltige Haushaltspolitik verweisen, und das ist das von der Finanzministerin initiierte Projekt **PROFI**. Die energetische Sanierung von Landesliegenschaften, von Schulen, von Kindergärten und von Krankenhäusern bewahrt Gebäude vor dem Verfall, sie führt zu Einsparungen bei den Betriebsmitteln, und sie ist langfristiger Klimaschutz. Das sind sinnvoll eingesetzte Haushaltsmittel für die kommenden Generationen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Noch eine Sache zum Haushalt, lieber Herr Callsen - entschuldigen Sie, lieber Herr Günther. Aber auch Herr Callsen hat vorher schon öfter gesagt, wir täten nicht genug für die **Kommunen**. Da verweise ich gern auf die Stellungnahme der Präsidentin des Landesrechnungshofs zum vorgelegten Haushaltsentwurf. Dort werden wir stark dafür gerügt, dass wir zu viel Geld für die Kommunen ausgeben. Wir werden kritisiert, weil wir Kommunen unterstützen. Das ist die Wahrheit. Mit dieser Kritik kann ich gut leben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir gehen die Probleme des Landes an, und zwar jedes Problem. Das haben wir uns vorgenommen, daran halten wir uns. Debatten mit den Bauern, Demos gegen Fracking, Proteste in Lauenburg oder entlang der Stromleitungen - es ist ja nicht so, dass alle nur klatschen, wenn wir Lösungen präsentieren oder suchen. Aber der Protest kommt daher, dass Probleme da sind und dass sie endlich, endlich, angegangen werden - mit Offenheit, mit Engagement und mit Mut.

Gerade in den Politikfeldern, in denen eine Lösungssuche nicht erfolgt ist, dem Erhalt der Natur und der Wälder, den Folgen der Energiewende, bei dem kommunalen Finanzausgleich und den Herausforderungen des demografischen Wandels, müssen wir uns besonders anstrengen. Das ist manchmal laut, mitunter auch hart und kräftezehrend, aber wir ducken uns nicht weg. „Aus den Augen, aus dem Sinn“, das funktioniert nicht. Wir schauen hin, selbst wenn es so unangenehm ist wie bei den verrotteten Atom Müllfässern in Brunsbüttel oder bei Lebensmittelskandalen.

Meine Damen und Herren, wir sind vieles angegangen, aber wissen auch genau: Das Land ist noch nicht zukunftsfest. Unsere Arbeit ist noch lange nicht getan. Wir haben noch ein volles Regierungsprogramm.

Der **demografische Wandel** fordert schwierige und schmerzliche Entscheidungen, ob zum Beispiel kleine Grundschulen erhalten bleiben können, wie wir allen schwangeren Frauen ausreichende Hilfe bei der Geburt zukommen lassen können, wie wir gerade im ländlichen Raum die Gesundheitsversorgung und die Pflege sicherstellen können. Es ist gut, dass die Regierung die Zukunftsthemen angeht und eine Landesentwicklungsstrategie erarbeitet.

Der demografische Wandel betrifft nicht nur den ländlichen Raum, in Form des Fachkräftemangels trifft er uns schon jetzt. Deshalb brauchen wir neben der Zuwanderung Chancen für jedes Kind und jeden Jugendlichen, mit besseren und günstigeren Kitas, mit guten Schulen und mit Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Beruf, wie wir es zum Beispiel mit den Jugendberufsagenturen angehen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir brauchen natürlich auch exzellente Hochschulen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wir können im **Klimaschutz** besser werden, wenn wir auch im Wärmebereich den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Klimaschutz jetzt zum neuen Schwerpunkt des MELUR wird. Wir werden auch ein neues Naturschutzgesetz erarbeiten. In dieser Regierung ist Naturschutz kein Fremdwort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Wir wollen den **Breitbandausbau** vorantreiben, weil das die maßgebliche Infrastruktur für das digitale Zeitalter ist und für Innovation und Kreativität steht. Wir brauchen Datenautobahnen in Schleswig-Holstein und digitale Erreichbarkeit auch auf abgelegenen Flächen. Auch das ermöglicht Mobilität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der **Bürgerrechte** schon viel erreicht, zum Beispiel die abgesenkten Quoren bei der Bürgerbeteiligung. Das ist gut, aber nicht gut genug. Die Fraktionsvorsitzenden haben gerade einen Antragsentwurf entwickelt, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Ich unterstütze alle vorgelegten Punkte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Klar ist aber auch: Bürgerrechte, transparente Politik, Informationsrechte, all das sind Punkte, die auch etwas damit zu tun haben, wie gut sich die Menschen von uns vertreten fühlen. Hier gilt es, noch einiges aufzusatteln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt ist leider meine Stimme weg, und jetzt kommt für mich der wichtigste Punkt. Deshalb trinke ich erst noch einmal etwas. - Meine Damen und Herren, wir sollten nicht aufhören, von hier aus für Europa zu arbeiten, und die **Flüchtlingspolitik** zu einer echten friedenspolitischen Einmischung werden lassen. Auch wenn wir heute Nachmittag noch einmal über Flüchtlingspolitik sprechen, ein Gedanke vorweg: Ich war stolz und froh, dass wir hier im Haus in dieser Legislaturperiode eine große Einigkeit hatten, was die Flüchtlingspolitik und den Schutz der Minderheiten angeht. Dafür stand auch die Aufnahme der Roma und Sinti in die Verfassung. Der anhaltende Anstieg des Antiziganismus in Deutschland in den vergangenen Jahren zeigt, wie wichtig es war und ist, den besonderen Schutz der Sinti und Roma grundlegend zu verankern. Ich bitte die CDU eindringlich, nein, ich fordere sie auf, sich von der jetzt scheinbar eingeleiteten neuen Richtung gleich wieder zu verabschieden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Streiten Sie sich gern mit uns auf Ihren konservativen Spielwiesen - bei Bürgerrechten, in der Landwirtschaft oder beim Autobahnneubau -, aber lassen Sie uns nicht Bevölkerungsgruppen, die uns alle hier willkommen sind, gegeneinander ausspielen.

Das ist schädlich für Sie - was nicht so schlimm wäre -, aber das ist auch schädlich für dieses Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Meine Damen und Herren, ich sage nicht, dass alles glänzend gelungen ist. Wir haben handwerkliche und kommunikative Umwege in Kauf nehmen müssen, die wir manchmal auch selbst verschuldet haben. So wenig ich sage, dass bei Ihnen alles falsch und schlecht war, so wenig sage ich, dass bei uns alles immer perfekt und jederzeit in Ordnung war. Aber wenn ich gefragt werde, womit ich zur Halbzeit der ersten Küstenkoalition wirklich zufrieden bin, dann damit, dass wir mutig genug sind, die Dinge beim Namen zu nennen, und fair genug, auch andere Meinungen in ihrem Recht stehen zu lassen. Wir haben dieses Land besser gemacht, und ich muss sagen - Entschuldigung, liebe Koalitionspartner -, wir haben es auch grüner gemacht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir können hier inhaltliche Debatten führen und uns über die Parteigrenzen hinweg verständigen.

(Zurufe)

Das haben wir bewiesen bei der Verfassung und ganz neu bei unseren Vereinbarungen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung. Die Redeschlachten zum Gottesbezug waren für manche spannender als jeder Blockbuster. Die Menschen goutieren es, wenn wir in der Sache und nicht um des Streitens willen streiten. Ich sehe deshalb auch keine Krise des Parlaments, wie man das manchmal liest. Denn obwohl wir manchen Rückfall in alte Zeiten erleben, sehe ich doch eindeutig, wie klug und besonnen die Parlamentarier aller Parteien zuweilen zusammenarbeiten.

Wir als Koalition setzen den eingeschlagenen Weg fort, und, lieber Herr Ministerpräsident, meine Fraktion und ich stehen Ihnen und Ihrem gesamten Kabinett weiterhin unterstützend zur Seite. Wir freuen uns auf eine zweite Halbzeit in guter Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, der Landtag hat Gäste, deshalb müssen wir pünktlich um 13 Uhr die Sitzung beenden. Ich möchte jetzt keinen weiteren

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Redner aufrufen. Wir werden die Sitzung um 15 Uhr fortsetzen. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung: 12:42 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich wiedereröffne die Sitzung.

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitglieder der Berufsakademie WAK Kiel und der Senioren in Rendsburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Folgende Redezeiten stehen für die Regierungserklärung noch zur Verfügung: Für die CDU und die SPD jeweils 17 Minuten 30 Sekunden, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 28 Minuten, für die Fraktionen FDP, PIRATEN und Südschleswigscher Wählerverband jeweils 53 Minuten. Wir steigen wieder in die Debatte ein.

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meinen Beitrag mit einem begrenzten Lob beginnen. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD Ralf Stegner war deutlich besser als die Rede des Ministerpräsidenten.

(Vereinzelter Beifall FDP)

- Das ist kein Grund zu klatschen. Da wir Zensuren nicht mehr vergeben wollen, will ich nur sagen: Sie hatte deutlich mehr Drive als die Rede des Ministerpräsidenten. Sie hätte mit Sicherheit noch mehr Wirkung entfaltet, Herr Dr. Stegner, wenn Sie Ihre Polemik, die Sie ständig ausgießen, etwas feiner dosiert hätten. Denn es gilt der Satz von Gustav Heinemann: Wer dauernd mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Bei allem, was Sie beschrieben haben, muss man daran erinnern, dass in den letzten 24 Jahren Schleswig-Holstein 22 Jahre lang von Sozialdemokraten regiert wurde. Alles, was wir jetzt beklagen, hat zumindest zu 90 % etwas mit der Sozialdemokratie dieses Landes zu tun.

Herr Ministerpräsident, zunächst einmal darf ich Sie trotz allem zu dieser Regierungserklärung ganz herzlich beglückwünschen. Ich muss anerkennen,

dass Sie wieder einmal den ernsthaften Versuch unternommen haben, mit einer blumig-pastoralen Rede von den eigentlichen Problemen im Land abzulenken. Geschafft haben Sie das nicht. Ich knüpfe an Aussagen von Peer Steinbrück und Gerd Walter in Richtung Heide Simonis an: Das war eine Rede auf Pepita-Niveau.

Grundsätzlich ist auch meine Fraktion der Auffassung, dass die Menschen in Schleswig-Holstein nach den vergangenen turbulenten Wochen und Monaten eine klare Richtungsweisung vom Ministerpräsidenten verdient hatten. Das Dumme dabei ist nur: Erstens hat Ihre Regierungserklärung diese Richtung nicht vorgegeben, und zweitens kommt sie nach meiner Auffassung zu spät. Sie hätten nach meiner Auffassung direkt nach den Rücktritten der Minister Wende und Breitner die Möglichkeit - ich finde vielmehr, die Pflicht - gehabt, der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit zu erklären, wie Sie den weiteren Weg bis 2017 gestalten wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Mittlerweile wissen wir alle, wie sehr die Unklarheit über den künftigen Kurs dieser Landesregierung unter der Oberfläche geschwelt hat. Der Vertrauensverlust, den Sie bei den Menschen in Schleswig-Holstein erleiden mussten, ist erheblich. Laut **NDR-Umfrage** Sie sind mittlerweile nach Klaus Wowereit, der gestern sein Rücktrittsschreiben überreicht hat, der unbeliebteste Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes. Für jemanden, der mit der Erklärung gestartet ist, er wolle Schleswig-Holstein zu neuen, großen Zielen führen, ist das ein beschämendes Ergebnis.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist offensichtlich: Die Menschen im Land sind Ihre Art zu regieren leid, Ihre Art zu kommunizieren leid, Ihre Art zu reden leid. Für die Menschen wird immer unklarer, wofür Sie eigentlich stehen, welche politischen Ziele sie verfolgen und vor allen Dingen, wie Sie Schleswig-Holstein wirtschaftlich, bildungspolitisch oder auch verkehrspolitisch nach vorne bringen wollen. Die Menschen sehen keine Ideen, keine Ziele, vor allen Dingen keinen Esprit. Die Menschen sehen bei Ihnen ganz viel Nichts. Nach dieser Regierungserklärung muss man sagen: vollkommen zu Recht!

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, an Erkenntnis mangelt es Ihnen ja grundsätzlich nicht. Sie haben in diesem Haus mehrfach erklärt, dass wir eine starke **Wirtschaft** im Land brauchen, dass wir unseren wirt-

(Wolfgang Kubicki)

schaftlichen Rückstand gegenüber den anderen westdeutschen Flächenländern aufholen müssen, um auch sozialpolitisch nicht dauerhaft abgehängt zu werden. In Ihrer Regierungserklärung finden wir dazu übrigens kein einziges Wort.

Noch im vergangenen Jahr - am 29. Mai 2013 - erklärten Sie hierzu in diesem Hohen Haus feierlich - ich zitiere -:

„Ziel dieser Regierung ist es, Schleswig-Holstein zu einem Land zu machen, das durch mehr nachhaltiges Wachstum auch mit anderen Ländern in Deutschland gleichzieht, das wirtschaftlich und sozial besser dasteht als heute, das damit auch seinen Haushalt besser konsolidieren kann als heute. Diesen Erfolg wollen wir, und diesen Erfolg braucht Schleswig-Holstein für eine gelingende Zukunft, weil ein Mehr an Wirtschaftskraft auch ein Mehr an sozialer Teilhabe ermöglicht.“

Mit anderen Worten: Sie haben damals angekündigt, es anders zu machen als die schleswig-holsteinische SPD der Vergangenheit, die seit 1990 - in immerhin 22 Jahren Regierungsbeteiligung - dafür gesorgt hat, dass Schleswig-Holstein wirtschaftspolitisch die rote Laterne fest in den Händen hält.

Was haben sie getan? Sie haben mit dem bürokratischen Gesetzestrio aus Mindestlohngesetz, Korruptionsregister und Tariftreuegesetz für die wirtschaftsfeindlichste Atmosphäre aller Bundesländer gesorgt.

(Beifall FDP und CDU)

Die Unternehmer im Land müssen es doch tatsächlich als Hohn empfinden, dass sie diese Gesetze heute auch noch als wirtschaftsfreundlich verkaufen.

Fakt ist: Sie haben die wirtschaftliche Situation in unserem Land nicht besser, Sie haben sie noch viel schlimmer gemacht. Sie haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren dafür gesorgt, dass die Wachstumslücke zwischen Schleswig-Holstein und dem Rest der Republik künftig größer und nicht kleiner wird. Sie rühmen sich heute eines Wachstums in 2013 von 3 % und vergessen dabei zu erklären, dass das nahezu ausschließlich etwas damit zu tun hat, dass Kriegswaffen exportiert und abgerechnet worden sind, U-Boote, die Herr Stegner nicht mehr bauen lassen will. Sie müssen sich da vielleicht einmal einigen, wie Sie demnächst Ihre Wachstumswahlen erreichen wollen.

Sie erklären heute, Sie hätten die meisten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bundesweit geschaffen. Das stimmt. Wir haben aber auch den größten Niedriglohnsektor. Auch hier müssen Sie erklären, was das eine möglicherweise mit dem anderen zu tun hat und wie Sie, wenn Sie in dem einen Bereich etwas verschärfen, in dem anderen Bereich zu besseren Lösungen kommen wollen.

Ein weiteres Beispiel: In derselben Rede, damals im Mai 2013, kamen Sie auf die **Infrastruktur** in Schleswig-Holstein zu sprechen. Sie sagten - ich zitiere, Herr Präsident -:

„... wer Straßen kaputtspart, riskiert nicht nur, dass Amazon seine Pakete nicht mehr ausliefern kann. Damit würgen wir unsere gesamte Wirtschaft ab, wenn wir wie bisher unsere bestehende Infrastruktur verkommen lassen.“

Auch hier kündigten Sie an, es anders zu machen als Ihre sozialdemokratischen Vorgänger, die es innerhalb von 22 Jahren fast im Alleingang geschafft haben, über 50 % der **Landesstraßen** mehr oder weniger sanierungsbedürftig werden zu lassen.

Was macht Ihr Verkehrsminister? Er steckt nicht nur insgesamt viel zu wenig Geld in den Verkehrsbereich. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bei den kommunalen Infrastrukturmaßnahmen schiebt Minister Meyer außerdem Bundesmittel in Höhe von fast 7,5 Millionen € zulasten des kommunalen Straßenbaus um. Ist das die Politik, die Sie bei der Sanierung unserer Straßen verfolgen?

(Beifall FDP und CDU)

Mit anderen Worten: Sie, Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Regierung lassen die Infrastruktur in unserem Land verkommen, niemand anderes. Sie sorgen damit dafür, dass unsere Wirtschaft abgewürgt wird, niemand anderes. Auch die Reisen von Herrn Minister Meyer zu Speditionsunternehmen können nichts daran ändern, dass diese mittlerweile ihre Logistikzentren südlich von Schleswig-Holstein platzieren und nicht mehr in unserem Land. Damit verlagern Sie Wertschöpfung und Arbeitsplätze und belassen sie nicht in unserem Land.

(Beifall CDU)

Wenn Sie in Ihrer Rede heute den zentralen Wert von Investitionen hochhalten, dann müssen wir uns schon fragen, wo Sie waren, als der Haushaltsentwurf oder die Nachschiebeliste im Kabinett beschlossen wurden. Wenn Sie dabei gewesen wären, dann hätten Sie diesem Haushalt doch nicht zustim-

(Wolfgang Kubicki)

men können. Und was die Investitionen in die Straßen betrifft, so wende ich mich ausdrücklich an Herrn Verkehrsminister Meyer: Langsam haben es die Menschen in Schleswig-Holstein satt, dass er die Schuld für den verkehrspolitischen Stillstand ständig bei anderen sucht. Andauernd hören wir: Die CDU, Herr Dobrindt, Berlin oder die Vorgängerregierungen seien daran schuld, dass es nicht vorangehe. Sein Zeigefinger muss ihm schon wehtun, so häufig weist er die Schuld von sich.

Fakt ist: Schleswig-Holstein hat derzeit kein einziges baureifes Projekt, das mit Bundesmitteln finanziert werden kann. Selbst wenn der Bund wollte, könnte er in Schleswig-Holstein kein Geld ausgeben. Deshalb fließen die Mittel nach Baden-Württemberg, nach Bayern, nach Nordrhein-Westfalen und anderswohin, weil diese Regierung bei der Planung und Baureifeherstellung versagt hat.

(Beifall FDP und CDU)

Wie lange wollen Sie sich noch beklagen, andere beschuldigen und sich wegducken? - Noch weitere zweieinhalb Jahre? Wer ist denn dann schuld? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Je länger der Zustand andauert, dass Sie im Bereich der Verkehrspolitik keine Erfolge vorweisen können, umso weniger können Sie sich der Öffentlichkeit als der große Macher präsentieren. Das mühsam aufgebaute Image von Meyer als Macher bekommt immer mehr Schlagseite.

(Beifall FDP und CDU)

Der Landesrechnungshof hat in seiner jüngsten Stellungnahme zum Haushalt nur allzu deutlich gemacht, woran Schleswig-Holstein derzeit unter Torsten Albig krankt. Auf Seite 9 in Umdruck 18/3554 heißt es, und ich zitiere:

„Die Landesregierung hält sich bei der Veranschlagung der Ausgaben für die laufende Bauunterhaltung nicht einmal an ihre eigenen Vorgaben. Sie überrollt die bereits gekürzten Ansätze des Haushaltsjahres 2012, anstatt für 2015 die notwendigen Bauunterhaltungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Ausgaben für die Unterhaltung von Straßen und Gebäuden gehen gegenüber 2014 von 20,8 auf 20 Millionen € zurück. Folge unterlassener Instandhaltung sind zunehmende Grundinstandsetzungen, der weitere Verfall von Straßen und Gebäuden und damit eine zusätzliche Belastung künftiger Generationen ...“

Herr Ministerpräsident, Sie tragen gemäß Artikel 29 der Landesverfassung Verantwortung für diese Politik.

(Beifall FDP und CDU)

Sie lasten den jungen Menschen durch die ausbleibenden Investitionen so viele Probleme auf, dass sie politisch nicht mehr handlungsfähig sein werden. Sie nehmen der jungen Generation in Schleswig-Holstein weitere Zukunftsperspektiven. Obwohl Sie wissen, dass die Investitionsquote viel zu niedrig ist, tun Sie nichts, um dieses Problem zu lösen. Diese Investitionsquote von 7,1 % ist das in einen Landshaushalt gegossene Schulterzucken Ihrer Regierung. Es ist ein erschütterndes Dokument zukunftspolitischer Ignoranz.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe ja verstanden, dass wir schon fast dankbar dafür sein sollten, dass Sie den enormen Kraftakt geschafft haben, die Investitionsquote von 6,7 auf 7,1 % zu heben. Das ist immer noch der schlechteste Wert aller Zeiten in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Sie feiern sich dafür. Erwarten Sie von den Menschen in der Bevölkerung hierfür wirklich ernsthaft Applaus?

Ich erinnere Sie an eine Aussage Ihres ehemaligen Chefs Peer Steinbrück, der hier im Hohen Haus sagte - ich war schon hier im Haus dabei, der Kollege Stegner war nur als verbeamteter Mitarbeiter des Sozialministeriums dabei -: Eine Investitionsquote von weniger als 10 % ist ein Verbrechen an der Zukunft unseres Landes.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP]: Recht hat er!)

Steinbrück war ein kluger Mann. Sein Sprecher schein von ihm nichts gelernt zu haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr **Landesstraßenzustandsbericht** hat es glasklar offenbart: Weil wir in den vergangenen 24 Jahren 280 Millionen € zu wenig in die Landesstraßen investiert haben, haben wir jetzt einen Schaden von 900 Millionen €. Das sagte der Bericht der Landesregierung. Hätten wir die verhältnismäßig geringe Summe von 11,6 Millionen € pro Jahr eingesetzt, so hätten wir also fast 1 Milliarde € gespart. Durch diese Unterlassungen, die wir überwiegend den Sozialdemokraten und den Grünen dieses Landes anlasten müssen, haben wir unsere Kinder dazu verurteilt, dreifach zu bezahlen.

(Beifall FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Wer in Sonntagsreden ständig über Nachhaltigkeit spricht, aber im praktischen Regierungshandeln Zukunftschancen für die jungen Menschen abbaut, der redet nur von Zukunft, der handelt aber nicht zukunftsgerichtet. Wer aber eine derart klaffende Lücke zwischen Ankündigung und Tat entstehen lässt, ist - und das finde ich wirklich - als Ministerpräsident für Schleswig-Holstein ungeeignet.

(Beifall FDP und CDU)

Wir haben schon mit der Einbringung des Landeshaushalts erkennen können, dass dem Ministerpräsidenten die eigene Repräsentation deutlich wichtiger ist als zukunftsgerichtete Investitionen. Eine Steigerungsrate von 60 % ist nicht wenig. Vor diesem Hintergrund drängt sich immer mehr der Eindruck auf, dass das Leben in der Staatskanzlei offenbar manch einen dazu verleitet, Wirklichkeit nur noch in homöopathischen Dosen zu genießen. Wer die Welt nur aus seinem ganz persönlichen Blickwinkel betrachtet, der fasst Kritik an seiner Amtsführung auch als Majestätsbeleidigung auf.

So waren die Beamtendemonstrationen gegen die Besoldungspläne dieser Regierung im Frühjahr 2013 ein Akt der Illoyalität. Das ist für einen Sozialdemokraten, der einmal für Streikrechte gekämpft hat und dafür, dass Menschen ihre Interessen offen benennen können, der für Meinungsfreiheit eingetreten ist, schon ein bemerkenswerter Zungenschlag.

(Beifall FDP, CDU und Angelika Beer [PIRATEN])

Plakate, auf denen Kritik an den Lehrerbildungsplänen geübt wurde, waren dumm und töricht. Die Kritik der Opposition in der Causa Wende war Geschrei und Gekläff. Herr Ministerpräsident, so redet jemand, der seine geschichtliche Bedeutung gnadenlos überschätzt. Das ist meine Lebenserfahrung. So redet nur jemand, der die Eignung für das Amt des Ministerpräsidenten nicht hat.

(Beifall FDP, CDU und Angelika Beer [PIRATEN])

Dass diese drei rhetorischen Entgleisungen keine lässlichen Sünden waren, zeigte sich nicht zuletzt bei der Diskussion über den neuen Ressortzuschnitt im Bereich Wissenschaft. Ein Beispiel: Im „Schleswig-Holstein Magazin“ vom 19. September dieses Jahres sagte der Ministerpräsident zum Thema Ressortzuschnitt Folgendes, was man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen muss:

„Nein, die Entscheidung ist richtig. Und viele, die sich dort jetzt kritisch äußern, denen

ist, glaube ich, noch gar nicht ganz bewusst, wie denn eigentlich eine Hochschulabteilung funktioniert, wie sie arbeitet, wie die Zusammenhänge sind. Und das muss man noch ein bisschen stärker erklären.“

Wir lernen: Es sind nicht die Entscheidungen des Ministerpräsidenten, die vielleicht an der einen oder anderen Stelle problematisch sein könnten. Es ist ausschließlich die Unfähigkeit der anderen, die Genialität des Ministerpräsidenten überhaupt zu verstehen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Zu all denen, die Herr Albig hier wie dumme Schuljungen abkanzelt, können wir ohne Weiteres die Kollegen Jürgen Weber und Rasmus Andresen zählen. Beide haben zum Teil sehr scharfe Kritik an dem sachlich bislang noch unbegründeten Neuzuschnitt des Sozialministeriums geübt, und ich finde völlig zu Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer einen Ministerpräsidenten hat, der braucht als Mitglied der regierungstragenden Fraktionen Feinde wirklich nicht mehr zu fürchten.

Eine unerträgliche Selbstüberschätzung ist das eine, die bewusste Irreführung der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit ist etwas anderes und wiegt für mich deutlich schwerer. Es ist schon bemerkenswert, dass Sie die Querelen der vergangenen Monate heute mit keinem einzigen Wort erwähnt haben, denn über Wochen haben Sie die Menschen in Schleswig-Holstein in der **Causa Wende** absichtlich hinters Licht geführt. Wenn wir erfahren, dass Wara Wende beim Betreten der Staatskanzlei am Freitagnachmittag noch gar nicht wusste, dass sie anschließend zurücktreten will, dann war die Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 15. September 2014 eine schamlose Täuschung.

(Beifall FDP, CDU und Angelika Beer [PIRATEN])

Die Menschen in Schleswig-Holstein können erwarten, dass bei einer Bilanz der vergangenen zweieinhalb Jahre hierüber ebenfalls Aufklärung gegeben wird. Stattdessen hören sie von Ihnen dazu ganz und gar nichts. Die Menschen interessieren sich dafür, welchen Sinn es hat, durch Mitarbeiter der Staatskanzlei vorsorglich ein Rücktrittsschreiben anfertigen zu lassen, wenn der Ministerpräsident noch gar nicht wusste und nicht wissen konnte, dass die Ministerin persönliche Gründe für ihren Rückzug geltend machen will. Die Menschen wol-

(Wolfgang Kubicki)

len von Ihnen persönlich wissen, warum Sie Ministerin Wende rausgeworfen haben. Ich finde das nicht nur schofelig, sondern ziemlich merkwürdig.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, ich sage es Ihnen ganz deutlich: Dass Sie in dieser Frage die Unschuldsvermutung gegenüber Ihrer Bildungsministerin mannhaft verteidigt haben - das habe ich hier schon einmal gesagt -, hat mir Respekt abgenötigt. Das hat auch Respekt verdient. Dass Sie diese Unschuldsvermutung aber beim nächsten Anlass gleich wieder über Bord geworfen haben, obwohl Frau Professor Wende bis zum heutigen Zeitpunkt noch immer nicht angeklagt wurde, ist vor diesem Hintergrund nur noch schwach.

(Beifall FDP)

Plötzlich war diese Unschuldsvermutung, die Sie wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben, völlig gegenstandslos. Plötzlich war Wara Wende schuldig, von Ihnen persönlich verurteilt und hinausgeworfen.

Nicht „die Öffentlichkeit“, nicht „die Strafverfolgungsbehörden“ oder „die Opposition“ haben Wara Wende auf dem Gewissen. Frau Wende wurde Opfer Ihres Handelns, Herr Ministerpräsident. Vor dem Hintergrund dieser Tatsache müssen sich auch Ihre Kabinettskollegen selbst fragen, was Ihr Wort eigentlich wert ist.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zweieinhalb Jahre Rot-Grün-Blau sind auch zweieinhalb Jahre Abbruch in der **Bildungspolitik**. Ich habe ja schon mit Verwunderung feststellen müssen, dass Sie jetzt im „Schleswig-Holstein Magazin“ offiziell den Schulfrieden ausgerufen haben.

(Lachen FDP)

Ich weiß nicht, woher Sie diese Informationen haben. Aber in den Schulen - das kann ich Ihnen sagen - sieht es wirklich anders aus.

(Beifall FDP)

In der rot-grün-blauen Koalition geht es um Grundsätzliches: Geradezu erschütternd ist, dass diese Koalition versucht, nach und nach jeglichen **Leistungsgedanken** aus der Schule zu verbannen. Wenn wir erleben, dass die notenfreie Grundschule in Schleswig-Holstein der Regelfall werden soll, dann fragen sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes schon, wohin die weitere Reise gehen soll.

Da wird auf Parteitage angeblich gute Bildungspolitik definiert, die anschließend mit der Brechstange durchgesetzt werden muss, ohne auch nur im Entferntesten daran zu denken, ob die Lehrer, Eltern und Schüler diese Politik eigentlich wollen.

(Beifall FDP)

Ein wirklich klassisches Beispiel können wir den „Lübecker Nachrichten“ vom 22. Oktober 2014 entnehmen. Danach erklärte der Lübecker Schulrat Gustaf Dreier (SPD) die von den Bedürfnissen anderer Menschen ungetrübe sozialdemokratische Welt. Auf die Frage: „Warum stehen Kinder und Eltern dann so auf Noten?“, antwortete er - und ich bitte Sie jetzt wirklich zuzuhören -:

„Kinder sind wettbewerbsorientiert. Das ist auch nicht schlimm, aber pädagogisch nicht wertvoll. Eltern kennen Zeugnisse nicht anders.“

Hieran sind mindestens zwei Dinge interessant: Erstens lautet die Botschaft: Wir wissen es besser als die Eltern, die im Grunde sowieso keine Ahnung haben. Dahinter steckt schon eine bemerkenswerte Überheblichkeit. Zweitens können wir erkennen - das wundert mich bei Ihnen überhaupt nicht -, dass Leistungsbereitschaft und Durchsetzungsvermögen bei Sozialdemokraten ganz offensichtlich unerwünscht sind.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Sie sagen es ja selbst: Kinder wollen sich messen. Und was tun Sie? Sie wollen ihnen das verbieten! Wie pädagogisch wertvoll ist das denn?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich musste über viele Jahre lernen, dass bildungspolitische Debatten nicht ausschließlich von Sachlichkeit und Logik getragen werden müssen. Wer aber den **Wettbewerbsgedanken** aus den Schulen tilgen will, der sollte unbedingt logisch weiterdenken. Der sollte sich schon fragen, welches bildungspolitische Ergebnis wir bekommen, wenn wir gegen Wettbewerb in den Schulen sind, dann in den Hochschulen, dann in der Wirtschaft. Wir arbeiten damit - Herr Ministerpräsident, das müssten Sie eigentlich wissen - gegen jede Form von Fortschritt. Wettbewerb ist die Keimzelle des Fortschritts. Nur wer sich mit anderen messen kann, kann auch besser werden. Dass Sie das nicht wollen, ist für die Zukunft des Bildungsstandortes und des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein fatal.

(Beifall FDP und CDU)

Henry Ford sagte einmal:

(Wolfgang Kubicki)

„Wer immer tut, was er schon kann, bleibt immer das, was er schon ist.“

Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir, dass auch Sie dazulernen wollen im Sinne der Schülerinnen und Schüler in unserem Land.

Für uns alle steht zu befürchten, dass es in der sozialdemokratischen Bildungspolitik so bleibt, wie es war: Die Eigenverantwortlichkeit der Schulen wird, soweit es geht, eingeschränkt. Denn am Ende einer gewissermaßen basisdemokratischen Entscheidung könnte ja immer ein Ergebnis herauskommen, das den bildungspolitischen Zielvorstellungen dieser Koalition zuwiderläuft. Wahlfreiheit kennen Sie nicht, weil Wahlfreiheit im Zweifel auch gegen Sie gerichtet sein kann, und das wollen Sie nicht.

Es ist bestenfalls ein Ausdruck von Wirklichkeitsverweigerung, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, uns heute erklären, dass das rot-grün-blaue Schulsystem den Eltern und Schülern im Land Wahlfreiheit lasse. Die Wahrheit ist: Sie haben die Wahlfreiheit bei den Gymnasien eingeschränkt. Sie erklären hier ganz bewusst die Unwahrheit.

(Beifall FDP)

Das von der Koalition schulgesetzlich durchgesetzte Verbot der Gründung weiterer **G-9-Gymnasien** kann man nur im bildungspolitischen Gesamtzusammenhang von Rot-Grün-Blau verstehen: Die Angst der Koalitionäre vor der freien Entscheidung aller Schulkonferenzen für G 9 war größer als das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit des eigenen G-8-Konzeptes.

Auch Sie konnten die vielen Umfragen nicht übersehen, in denen sich stets eine überwältigende Mehrheit für G 9 an Gymnasien ausgesprochen hat. Und weil Sie trotz dieses eindeutigen Votums meinen, es besser zu wissen, haben Sie einfach den Wunsch vieler durch die Änderung des Schulgesetzes unterdrückt. Das ist bildungspolitische Bevormundung par excellence. Sie werden erleben, dass diese Entscheidung für Sie noch zum Bumerang werden wird. Denn mittlerweile befinden Sie sich mit dieser Entscheidung bundesweit nahezu allein auf weiter Flur. Schauen Sie doch mal nach Niedersachsen, wo Ministerpräsident Weil das flächendeckende G 9 wieder eingeführt hat. Schauen Sie doch mal nach Hessen, wo die SPD schon lange auf einem reinen G-9-Kurs ist, übrigens in Rheinland-Pfalz auch. Schauen Sie doch mal nach Baden-Württemberg, wo Grün-Rot das schleswig-holsteinische Modell von Ekkehard Klug in weiten Teilen kopiert hat. Schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen, schauen Sie sich die Diskussion in Bay-

ern an, und Sie werden erleben: Sie, Herr Dr. Stegner, werden demnächst der bildungspolitische Geisterfahrer in Deutschland sein, nicht die anderen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, Ihre Ausführungen zu Bildung und Wissenschaft haben mich wirklich begeistert. Vor drei Tagen haben Sie einen Offenen Brief der Landes-ASTen-Konferenz bekommen. Hierin üben die Studenten zum Teil scharfe Kritik an Ihren haushalterischen Schwerpunkten und liefern Ihnen eine Zustandsbeschreibung über die derzeitige **Hochschulsituation** im Land. Es heißt dort:

„Wegen Überfüllung abgebrochene Vorlesungen, Sprachkurse über 50, Seminare mit weit mehr als 100 Studierenden in einem Seminarraum. Wir werden von Bussen stehen gelassen und finden keinen Platz in den zu kleinen Mensen und Bibliotheken. Das Gefühl macht sich breit, dass die Politik Studierende in Schleswig-Holstein stehen lässt. Ausfinanzierte Hochschulen finden scheinbar keinen Platz im finanziellen Verteilungskampf.“

Und weiter schreiben die Studierenden:

„Symptome des jenseits seiner Belastungsgrenze arbeitenden Systems Hochschule lassen sich viele anführen: vorlesungsartige Seminare, Fließbandbetreuung in den Sprechstunden der Lehrenden, Burnout-Fälle in der Studierenden- und Prüfungsverwaltung, Mittagessen auf dem Boden sitzend, verschimmelte Gebäude, Wettrennen um Bibliotheksarbeitsplätze und Bücher, kontinuierlich steigende Frustration bei allen Beteiligten, Medikamentenmissbrauch und ein immens steigender Beratungsbedarf.“

Das kann doch nicht alles während der letzten zweieinhalb Jahre der Regierung von Schwarz-Gelb oder Gelb-Schwarz passiert sein.

(Zuruf SPD: Doch!)

- Unbedingt!

Und Sie, Herr Ministerpräsident erklären heute und sonst auch allerorten, wie wichtig Wissenschaft und Forschung für Schleswig-Holstein sind.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Dass ihr die Wirklichkeit nicht wahrnehmen wollt, ist euer Problem, tut mir leid. Aber zugleich, Kollege Baasch, reduzieren Sie den entsprechenden Haushaltstitel im Haushaltsentwurf um fast 5,6 Mil-

(Wolfgang Kubicki)

lionen €. Sie reduzieren den Titel um 5,6 Millionen €! Wissen Sie eigentlich, was in den Hochschulen los ist?

Die Kleine Anfrage des Kollegen Schmidt, Drucksache 18/2287, hat es noch einmal deutlich gemacht - und die Bürgerinnen und Bürger sollen es bitte noch einmal nachlesen; es steht ja im Netz -: Im Jahr 2012 lag der Anteil der Ausgaben für hochschulpolitische Maßnahmen bei 6,6 % des Landeshaushalts. Seitdem ist dieser Anteil kontinuierlich gesunken. Im Haushaltsentwurf 2015 liegt er mittlerweile bei 5,9 % der bereinigten Ausgaben. Ist das die bildungspolitische Initiative der SPD?

(Beifall FDP)

Das ist die rot-grün-blaue Art, in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu investieren. Erwarten Sie ernsthaft, dass die Menschen Ihnen glauben, was Sie sagen, Herr Ministerpräsident?

(Beifall FDP)

Apropos **Bildungsausgaben**: Wir haben in der ersten Lesung der Haushaltsberatungen schon einmal eine Diskussion über die Bildungsausgaben im Land geführt. Auf unseren Einwand, dass diese Landesregierung - entgegen der Äußerungen des Ministerpräsidenten - mitnichten mehr Geld für Bildung ausgibt als jemals zuvor, erklärte die Finanzministerin nach längerem Nachdenken Folgendes: Unsere Rechnung gehe deshalb nicht auf, weil wir die Lehrerpensionslasten nicht mit einberechnet hätten. Frau Finanzministerin Heinold, mit Verlaub: Ich höre zum ersten Mal, dass Pensionslasten die Bildungsqualität in unseren Schulen steigern.

(Beifall FDP)

Insoweit haben Sie ja noch einiges vor sich, weil die Verrentungswelle anläuft, wenn Sie dafür mehr Geld ausgeben, dann geben Sie mehr Geld für die Bildung unserer Kinder und Enkelkinder aus. Dass die Menschen Ihnen dies mit treuem Blick glauben sollen, das glauben Sie doch nicht im Ernst. Wollen sie den Menschen in Schleswig-Holstein ernsthaft erklären, dass die steigenden Pensionslasten helfen, die inklusive Bildung im Lande zu verbessern, den Unterrichtsausfall zu bekämpfen oder kleinere Grundschulstandorte zu halten? Fakt ist: Diese Koalition gibt weniger Geld für Bildung aus als Schwarz-Gelb. Nicht nur absolut, sondern - und das ist noch viel gravierender - auch relativ. Relativ gesehen sank nämlich der Anteil der Bildungsausgaben - inklusive der Ausgaben für Kindertagesstätten - gemessen am Haushaltsvolumen von 17,4 % im Jahr 2011 auf jetzt nur noch 14,9 %.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Toll!)

Sie wollten die Koalition der Bildungspolitik sein. Sie sind hiermit krachend gescheitert. Sie sind die Koalition des Bildungsabbaus.

(Beifall FDP und CDU)

Lassen Sie mich noch auf den Aspekt der **inneren Sicherheit** zu sprechen kommen, weil der Ministerpräsident in seiner Rede mehr als deutlich gemacht hat, dass dieses Thema nicht unbedingt sein Steckenpferd ist. Obwohl Sie erklären, Herr Ministerpräsident, dass Sie wollten, „dass die Menschen in unserem Land sicher sind“, tun Sie auch hier nichts, um dieses Ziel zu erreichen. Das sind salbungsvolle Worte, die der Arbeit der Polizeibeamten nicht weiterhelfen. Wir alle wissen um die Überlastungssituation der Polizei, und wir wissen, dass hier ein extrem großer Druck auf dem Kessel ist. Wenn aber jetzt schon für das kommende Frühjahr Urlaubssperren für Polizisten ausgesprochen werden müssen, weil in Lübeck ein kleiner G-8-Gipfel stattfindet, dann ist doch offensichtlich, dass die Personaldecke an allen Ecken und Enden zu kurz ist.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn wir hören, Herr Ministerpräsident, dass wir bei Einbruchsdelikten nur noch eine Aufklärungsquote von 7 % haben, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn sich die Bürger irgendwann selbst organisieren. Herr Kollege Dr. Stegner, das können wir doch nicht ernsthaft wollen; denn bei den Betroffenen bleibt das fatale Signal hängen: Einbrüche müsst ihr hinnehmen. - Ich will nicht hinnehmen, dass der Rechtsstaat seiner Kernaufgabe nicht mehr nachkommt. Ich will nicht hinnehmen, dass Spuren zum Teil gar nicht mehr gesichert werden. Ich will nicht hinnehmen, dass die Menschen das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Polizei, Justiz und den Rechtsstaat insgesamt verlieren.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage Ihnen in allem Ernst: Wenn wir hier nicht schnell gegensteuern und wieder mehr Polizeibeamte in den Landesdienst einstellen, nimmt das **Vertrauen in den Rechtsstaat** nicht wiedergutmachenden Schaden. Das können wir alle insgesamt nicht wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auseinandersetzungen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Gruppen auf deutschem Boden werden zunehmen, gerade auch, weil immer mehr Menschen aus Krisen- oder Kriegsgebieten zu uns kommen. Die

(Wolfgang Kubicki)

innere Sicherheit, Herr Ministerpräsident, werden Sie dann nicht mehr mit schönen Worten garantieren können. Dafür brauchen Sie Menschen, die sich dafür einsetzen, unseren Rechtsstaat im Zweifel gegen alle Angriffe zu verteidigen.

(Beifall FDP und CDU)

Dass Sie jetzt die Erschwerniszulage um 1 Million € im Vergleich zum Haushaltsentwurf erhöhen, kann die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nur wenig milder stimmen. Vor dem Hintergrund der immer weiter steigenden Belastungen ist dies nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal diese Zulage, Herr Kollege Dr. Stegner, seit 1995 - zwischenzeitlich waren Sie doch auch einmal Innenminister - nicht erhöht wurde. Für alle, die geschichtlich interessiert sind: 1995 war das Jahr, von dem aus Helmut Kohl noch drei weitere Jahre Deutschland regierte.

17 Jahre Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein mussten vergehen, damit Sie hier einen Bedarf erkennen. So wenig waren und sind Ihnen die Polizisten im Land in Wirklichkeit wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zur Diskussion über **Flüchtlinge, Zuwanderung, Asyl** sagen. Herr Kollege Dr. Stegner, Frau Midyatli, wir haben in diesem Hause immer einen vergleichsweise guten Konsens gehabt, wie wir mit Menschen, die - aus welchen Gründen auch immer - in Schwierigkeiten sind, in Schleswig-Holstein verantwortlich, würdevoll, bis an die Grenze dessen, was der Rechtsstaat zugelassen hat, umgegangen sind. Es sollte dabei bleiben. Wir sollten in dieser Frage Polemik wirklich vermeiden, auch was die Union angeht. Wir sollten diesen Konsens nicht aufkündigen. Er ist für mich persönlich - ich bin seit 24 Jahren Parlamentarier und seit 22 Jahren in diesem Parlament - äußerst wichtig; denn die Aufkündigung dieses Konsenses wird keiner demokratischen Partei nutzen, sondern den Kräften, die wir weder hier im Parlament noch überhaupt politisch wollen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ich muss ihn ansprechen, weil die Polemik in dieser Frage zunächst von dem Kollegen Stegner ausging. Man kann auch Aussagen der politischen Konkurrenz gelegentlich daraufhin abklopfen, ob man nicht vielleicht eine sinnvollere Interpretation findet als Denunziation. Wir wissen, Flüchtlinge können nicht ausgewiesen werden. Das geht überhaupt nicht. Das ist von Verfassung wegen verboten. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was die

Union sagt; das sage ich ausdrücklich. Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was die Sozialdemokraten sagen. Es war eine wirklich gute Leistung, die nicht Sozialdemokraten, Grüne und der SSW allein vollbracht haben, sondern es war eine Gemeinschaftsleistung, **Sinti und Roma** in die **Verfassung** zu bringen. Wir - Grüne, SSW und FDP gemeinsam - haben das schon einmal versucht, als Sie mit der Union in der Koalition saßen und es nicht fertiggebracht haben, es umzusetzen. Das ist nichts, was uns trennen sollte, sondern was uns stolz machen und verbinden sollte.

Aber - auch das will ich sagen - wir müssen unterscheiden zwischen Zuwanderung, die wir wollen, und Flüchtlingen, die in aller Regel in ihr Heimatland zurückkehren werden, wenn die Kriegssituation zu Ende ist. Wir müssen die Sorgen der Menschen in unserem Lande ernst nehmen und dürfen sie nicht verdammen. Die Diskussionen müssen geführt werden; denn sonst wird unsere Willkommenskultur relativ schnell umschlagen in eine Ablehnung, die wir nicht wollen. Wir dürfen drohende Integrationsprobleme, die auch wir in Schleswig-Holstein bekommen können, nicht einfach ignorieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen - ich sage das ausdrücklich -: **Parallelgesellschaften**, die sich abschotten, religiöse Intoleranz vermitteln und selbstverständliche Freiheitsrechte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau infrage stellen, dürfen nicht länger als kulturelle Diversität verharmlost werden. Wir dürfen Parallelgesellschaften nicht dulden.

(Beifall FDP und CDU)

Vor diesem Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von letzter Woche sehr interessant, die ich zur Lektüre empfehle, eine Entscheidung über das hessische Schulgesetz, in dem vorgesehen ist, dass Eltern, die ihre Kinder dauerhaft der Schulpflicht entziehen, mit einer Haftstrafe, einer Beugungshaft von bis zu sechs Monaten belegt werden können. Das Verfassungsgericht hat diese Regelung als verfassungsgemäß bestätigt und einen, wie ich finde, wirklich wichtigen Satz hineingeschrieben:

„Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse daran, dass sich weder aus religiösen noch weltanschaulichen Gründen Parallelgesellschaften entwickeln.“

Wir haben alle ein gemeinsames Interesse daran, dass das Recht, das wir haben, sich gegenüber jedermann durchsetzt und wir da keine Differenzen

(Wolfgang Kubicki)

zulassen; denn ansonsten wird die Akzeptanz des Rechts insgesamt schwinden.

Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund der steigenden **Flüchtlingszahlen** erwarten wir auch von Ihnen keine leeren Worte, sondern wirklich Taten. Das beinhaltet auch, dass wir uns mit dem Problem einer steigenden Flut von Menschen nicht nur unter dem Aspekt widmen, wie wir sie unterbringen können, sondern auch unter dem Aspekt, wie wir sie bei uns integrieren oder ihnen wirklich zumindest das Gefühl der Heimat geben können. Dazu gehört für mich die Vermittlung unserer Rechts- und Werteordnung.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen im Land wissen nicht, wo Sie, Herr Ministerpräsident, das Land in den kommenden Jahren sehen. Auch die Regierungserklärung hat hier eher für Diffusion als für Erhellung gesorgt. Die Menschen sehen schon gar nicht, dass Sie die notwendigen Schritte ergreifen, um die drängendsten Probleme zu lösen. Vielmehr sehen sie einen Ministerpräsidenten, der seinen Führungsaufgaben nicht gerecht wird. Das Land verlangt seit zweieinhalb Jahren nach politischer Führung. Das Land verlangt nach Entscheidungen, die es wirklich voranbringt. Sie haben bisher noch nicht gezeigt, dass Sie diese **Führungsrolle** übernehmen. Die Menschen im Land können zu Recht daran zweifeln, dass Sie dazu imstande sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch zweieinhalb Jahre Zeit, im Wettstreit miteinander dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen tatsächlich eine Entscheidungsgrundlage haben. Herr Kollege Dr. Stegner, Sie sind ja mit Ihrer Koalition mit einer so überwältigenden Mehrheit gewählt worden. So, wie Sie sich hier aufspielen, waren es wahrscheinlich 70 oder 80 %. Interessanterweise hat Ihre herausragende Politik der letzten zweieinhalb Jahre zu einer stürmischen Begeisterung der Menschen geführt. Sie sind jetzt auch bei den Meinungsumfragen bei 70 oder 80 %. Nehmen Sie doch die Wirklichkeit einmal wahr. Das, was Sie hier erzählen und den Menschen in Schleswig-Holstein vor Augen bringen, ist nicht das, was die Menschen erwarten. Sie erwarten Handlungen und keine pastoralen Worte. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie heute eine Regierungserklärung abgegeben haben. Das gibt uns, der parlamentarischen Opposition im Land, die Gelegenheit, sich einmal in Gänze mit Ihrer - nennen wir es ruhig einmal so - Regierung auseinanderzusetzen. Aber Ihre Rede war langweilig. Wir haben nichts Neues erfahren. Eine kurze Pressemitteilung „Wir sind der tolle echte Norden“ wäre besser gewesen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Selten traf die Bezeichnung Regierungserklärung besser zu als bei dieser Landesregierung und zu diesem Zeitpunkt. Sie müssen uns hier im Land nämlich das, was Sie Regieren nennen, wirklich erklären. Von allein kommt auch der Gescheiteste nicht auf die Idee, dass es sich dabei um die Führung eines Landes handeln könnte.

Ich habe Ihren Worten aufmerksam zugehört und frage mich, wie viele andere hier und anderswo sicherlich auch, was Sie uns hier eigentlich sagen wollten. Aber ich habe mir auch Ihre erste **Regierungserklärung** vom 13. Juni 2012 noch einmal angeschaut. Viele Themen, die Sie damals angesprochen haben, sind mir wichtig und sind heute aktueller denn je. Ich persönlich habe Ihnen geglaubt. Ich habe gehofft, dass das, was Sie dort versprochen haben, auch so eintrifft. Wie viele andere Bürger Schleswig-Holsteins bin auch ich von Ihrem Tun enttäuscht. Sie haben uns eine Regierung versprochen, welche der demokratischen Teilhabe in einem europäischen Schleswig-Holstein neue Horizonte öffnet. Sie haben vom Vertrauen der Bürger in Ihre Regierung gesprochen und dies Ihr Startkapital genannt. Nun, mit Ihrer jetzigen Start- beziehungsweise Eigenkapitalquote hätten Sie einen Stresstest der Bürger Schleswig-Holsteins nicht bestanden.

(Beifall PIRATEN)

Da ist Ihnen die HSH ein gutes Stück voraus, und wir wissen alle, wie es um dieses Unternehmen bestellt ist.

Sie haben in Ihrer damaligen Regierungserklärung versprochen, dass Sie sich auf zentrale politische Ziele dieser Koalition konzentrieren wollen, und

(Torge Schmidt)

dabei Bildung, Wissenschaft und Kultur an erster Stelle genannt. Ich werde später noch einmal genauer darauf eingehen, welche Zwischenbilanz ich Ihnen da ausstellen kann. Sie haben Wirtschaft und Arbeit für Schleswig-Holstein genannt und eine Energiewende als drittes Ziel ausgerufen. Sie haben eine soziale und innere Sicherheit für Schleswig-Holstein angeführt und nur ganz zuletzt, quasi als Pflichterwähnung, auch noch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen angeführt. Ihren Anteil an Letzteren kann man schnell aufzählen. Auf den Anteil Ihrer gesamten Regierung aber will ich ebenfalls später noch eingehen.

Kommen wir zur wichtigsten Vorgabe, die Sie sich selbst gemacht haben. Sie wollten für einen **besseren Politikstil** stehen, genauso wie wir PIRATEN. Deshalb haben wir Sie unterstützt. Sie sind damit aber wie selten ein anderer Politiker in Schleswig-Holstein vor Ihnen mit Schwung auf die Nase gefallen. Wie heißt es im Koalitionsvertrag der sogenannten Küstenkoalition, die in Wirklichkeit eher eine Krisenkoalition ist, doch in so wohlfeilen Worten? Ich zitiere:

„SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW wollen gemeinsam als Bündnis für den Norden einen neuen Politikstil in Schleswig-Holstein etablieren.“

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet, sagt der Volksmund zu so einer Ankündigung. Es ist doch himmelschreiend, dass in Ihrer heutigen Regierungserklärung nicht mit einem einzigen Wort ein besserer Politikstil angesprochen wird. Es ist doch höchst verwunderlich, dass das Wort Dialog nicht ein einziges Mal vorkommt. Sie haben hier Ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Jetzt kommt das von mir erwartete: „Ihr seid auch nicht besser!“. Stimmt. Die Schreibmaschinen waren sicher ein kreativer Protest und dem jugendlichen Übermut geschuldet. Schauen wir uns aber doch einmal in dieser Runde um. Schließlich zählt das Ergebnis. Ich sehe nicht nur **PIRATEN** hinter ihren **Laptops** und **Tablets**, sondern auch Abgeordnete anderer Fraktionen und Minister.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Wir haben auch im Glauben an die Richtigkeit unserer Argumente wichtiges **politisches Fingerspitzengefühl** vermissen lassen. Wir waren nicht besser, aber wir haben daraus gelernt.

Ich will an einigen **Beispielen** festmachen, wo und wie Sie uns und die Menschen in Schleswig-Hol-

stein enttäuscht haben. Da demonstrieren Vertreter von Studenten-, Eltern-, Schüler- und Lehrerschaft, die Sie ja nicht zuletzt im Wahlkampf 2012 hofiert haben, **vor dem Landeshaus**, weil diese die Bildungspolitik der ehemaligen Ministerin für mangelhaft, für ungenügend, ja für völlig verfehlt halten. Dieser **demokratischen Meinungsäußerung** von etwa 500 Menschen begegnet der selbsternannte Politikstilverbesserer Torsten Albig, unterstützt von einem rabaukenhaften und testosterongesteuerten Umweltminister mit den Worten: respektlos, töricht und dumm. - Herr Ministerpräsident, Sie sind nicht besser als andere.

Da gab es einen Innenminister, der sich zunächst als Kronprinz, dann als einsamer Rufer in der Wüste gegen alle seine Kollegen unter Führung des bereits beschriebenen Politikstilverbesserers und gegen den gesamten Landtag Schleswig-Holsteins gestellt hat. Dieser Innenminister nutzte seine **guten Kontakte** in den von ihm verantworteten politischen Bereich, um sich ansprechen zu lassen und dann zu einem **gut dotierten Posten** einer Interessenvertretung aus diesem Bereich zu wechseln.

Das Ganze wird aber nicht etwa transparent und offen kommuniziert, sondern in einer Nacht- und Nebelaktion vollzogen, bei der man fast schon von Verdunkelung reden kann. Hat der selbst ernannte Politikstilverbesserer etwas davon mitbekommen? Nein.

Da gab es eine Bildungsministerin, der selbst enge persönliche Freunde Sturköpfigkeit und Beratungsresistenz attestieren. Diese Bildungsministerin hat es nicht nur geschafft, Studenten-, Eltern-, Schüler- und Lehrerschaft gegen sich aufzubringen. Diese Bildungsministerin hat auch **Hochschulen** im Land in einen **Streit untereinander** getrieben, dessen Wogen immer noch geglättet werden müssen. Noch dazu hat es diese Bildungsministerin geschafft, eine Opposition im Landtag zu schmieden, die es in der Politik natürlicherweise nicht gibt und PIRATEN mit CDU und FDP vereint.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja toll!)

Ich halte mich unverändert von einer rechtlichen Beurteilung des Tuns dieser Bildungsministerin fern, aber sie hat in Ihrem Tun die Worte Dialog und Dialogkultur zu Unworten in Schleswig-Holstein gemacht.

(Beifall PIRATEN und Daniel Günther [CDU])

Dabei hatte sie einen Ministerpräsidenten, der ihr bis zuletzt öffentlich den Rücken freigehalten hat,

(Torge Schmidt)

um ihr dann insgeheim in eben diesen zu fallen. Bei all den Verdiensten, die sie sich vorher erworben hatte, ist dies sicher kein feiner Zug und schon gar kein besserer Politikstil, möchte man meinen.

Da gibt es eine **Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten** des Landes Schleswig-Holstein, die mit einem Parteibuch ausgestattet war. Das war sicher nicht ihre wesentliche Qualifikation für das Amt, aber sie wurde dem Landtag vorgesetzt, ohne dass dieser ein Wort mitreden konnte.

Herr Ministerpräsident, Sie haben damit das Vorgehen des SPD-Fraktionsvorsitzenden gutgeheißen. Sie haben der Landesbeauftragten damit den Einstig unnötigerweise schwer gemacht. Das ist eine althergebrachte Herangehensweise in bester Tradition in diesem Land, aber sicher kein besserer Politikstil.

(Beifall PIRATEN)

Das einzig Versöhnliche daran ist, dass Frau El Samadoni augenscheinlich einen guten Job für das Land und seine Menschen macht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Interessant! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf kommt es doch an, oder?)

Da gibt es eine **Landeszentrale für politische Bildung**, deren zentrales Ziel als unabhängige und überparteiliche Einrichtung es ist, die demokratische Kultur in Schleswig-Holstein zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie bemerken sicher bereits, worauf ich hinaus will. Wie sähe jetzt ein besserer Politikstil bei der Nachbesetzung eines Führungspostens bei dieser Einrichtung aus?

Eigentlich doch ganz einfach: Man überlegt sich, welche Qualifikationen, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Position vonnöten sind, und schreibt dann diese Position offen und öffentlich aus. Anschließend schaut man sich die eingegangenen Bewerbungen an und versucht, nach bestem Wissen und Gewissen eine Auswahl der Besten zu machen. Man legt eine Rangfolge fest und stellt den Besten oder die Beste dem Landtag vor, der sich dann voller Vertrauen in die gelungene Auswahl zum Wohle Schleswig-Holsteins diesem nachvollziehbaren Vorschlag anschließt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind ja ein Schlauer!)

Das ist ja auch so geschehen. Weil der Koalition das Ergebnis aber nicht passte, wurde extra ein Gesetz für eine genehme Lösung geschaffen. Es ist

nicht das erste Mal, dass dies in dieser Legislaturperiode geschieht.

Wir PIRATEN sind in diesen Landtag gekommen, um die **verkrustete Politikstruktur** zu ändern, ja vielleicht sogar zu verbessern. Es ist uns aber nicht alles gelungen, was wir angegangen sind.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Von vielen Dingen müssen wir im Nachhinein sagen: Wir wussten es nicht besser, aber wir haben gelernt. Bei Ihnen jedoch, dem selbst ernannten Politikstilverbesserer, hat dies keine Gültigkeit. Sie wussten genau, was Sie tun.

Ich darf an eine Rede des damaligen Kieler Oberbürgermeisters in der Ratsversammlung im Kieler Rathaus am 10. Juni 2011 erinnern, in der Sie dem Kollegen Stefan Kruber Ahnungslosigkeit, Verantwortungslosigkeit und Wahrheitswidrigkeit vorgeworfen haben, ohne allerdings auf seine Sachargumente einzugehen. Später stellte sich heraus, dass dieser mit so ziemlich allem recht hatte.

Sie behalten Ihren **überkommenen Stil** bei. Sie behalten den etablierten Politikstil bei. Sie führen die Menschen weiterhin mit nicht gehaltenen Versprechen in die Frustration. Sie entscheiden weiterhin nach Gutsherrenart und verbessern so weder die Politik noch den Politikstil. Sie lernen nicht dazu, Herr Albig. Sie und Ihre Koalition sind immer noch stolz darauf, mit Ihrer Einstimmenmehrheit strittige Gesetzentwürfe zu verabschieden. Das nennt man Durchregieren.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben heute ja viele Reden gehört, Herr Kollege, bei denen es um Inhalte ging. Dabei ging es auch darum, was in der zweiten Hälfte der Wahlperiode aus Sicht der Fraktionen passieren soll. Kommen Sie noch zu diesem Teil?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Kollege Andresen, dank dem Ministerpräsidenten habe ich noch knapp 43 Minuten Zeit.

(Zurufe)

Ich habe keine Eile bei meiner Rede. Ich möchte klarmachen, dass der zentrale Punkt in der ersten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Politikstil war. Nach zweieinhalb Jahren sollte man das auch einmal reflektieren.

(Zuruf FDP: Haben die Grünen noch Redezeit?)

- Die Grünen haben auch noch Redezeit. Meines Wissens haben sie noch 17 Minuten Redezeit.

Kommen wir zu den Fakten. Das eine oder andere **Versagen der Albig-Regierung** wurde von mir bereits aufgezeigt. Kürzlich durften wir eine Broschüre, ein Manifest der Selbstreflexionsfreiheit, mit dem trügerischen Titel „Versprochen. Gehalten!“ in den Händen halten. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen. Wir haben aber ein Belegexemplar für die Nachwelt gesichert. Ich werde sicherlich noch genügend Gelegenheit haben, daraus zu zitieren.

Kommen wir also zu dem, was wirklich in den letzten zweieinhalb Jahren passiert ist.

Versprochen haben Sie eine Stärkung der **Verbraucherberatung**. Geschaffen haben Sie die dauernde **Existenzgefährdung** wider besseres Wissen. Selbst ein von Ihrem Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass eine interventionslose Fortschreibung des jetzigen Zustands die Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein mittelfristig ihre Existenz kosten werde. Ursache der massiven Gefährdung sei der schlechende, geduldete Prozess, die institutionell real abnehmende Finanzierung durch Projektmittel aufzufangen. Die Verbraucherzentrale nagt seit Jahren am Hungertuch. Jetzt kämpft sie ums Überleben.

Ohne die PIRATEN, die jedes Jahr und auch weiterhin unermüdlich die Haushaltsmittel für die Verbraucherzentrale einfordern, gäbe es die Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein in ihrem jetzigen Zustand sicherlich nicht mehr.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Ein Kokolores!)

In Ihrem Koalitionsvertrag betonen Sie, dass **individuelle Mobilität** effizienter, billiger und umweltfreundlicher werden müsse. Es liege ein klarer Fokus auf dem Ausbau des ÖPNV. Hier gelte es, weitere Innovationen voranzubringen. Die Barrierefrei-

heit aller Mobilitätsangebote müsse schrittweise verbessert werden.

Leider hat die Regierung auch dieses Ziel noch nicht erreicht, und Neubaumittel fließen mehrheitlich in den Straßenbau statt in den ÖPNV beziehungsweise den Schienenverkehr. Dazu kommt aber, dass sich die Straßen in Schleswig-Holstein in einem so erbarmungswürdigen Zustand befinden, dass Fachfremde bereits einen Schlaglochsoli forderten. Aber das war hoffentlich nicht ernst gemeint.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aber gleich wieder zurück zum Koalitionsvertrag: Ein besonderes Projekt, das den PIRATEN am Herzen liegt, ist darin ebenfalls festgeschrieben:

„Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Tarifs werden wir gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern neue **Anreiztarife** wie zum Beispiel Flatrates, Semestertickets und Arbeitnehmertickets, kostenlose Fahrradmitnahme und auch die fahrscheinlose Nutzung ... des **ÖPNV** ... prüfen.“

Was ist bisher geschehen? - Nichts! Ich gehe davon aus, dass Sie es in diesem Bereich nicht einmal zu einem Versprechen bringen, das Sie später dann nicht halten würden. Hierbei könnte Schleswig-Holstein tatsächlich zukunftsgerichtet glänzen. Gerade ein fahrscheinloser ÖPNV könnte die Antwort auf die Probleme bei der Schülerbeförderung und bei der Mobilität im ländlichen Raum sein sowie den Tourismus stärken. Gehen wir doch gemeinsam so ein Projekt an!

(Beifall PIRATEN)

Machen wir uns doch nichts vor: Der **Verkehrsetat** wird hinten und vorne nicht reichen, und Sie haben das zu verantworten. Aber es ist gut, dass Sie uns PIRATEN in diesem Landtag haben. Viele der von Ihnen gehaltenen Versprechen sind auch nur dadurch zustande gekommen, dass wir Sie dahin getrieben haben.

(Beifall PIRATEN)

Für die Vorratsdatenspeicherung mussten wir den Antrag einbringen. Zum Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre haben wir ebenfalls den Antrag eingebracht. Ich könnte die Liste an dieser Stelle noch weiterführen.

(Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Ich will aber den Blick auf etwas anderes richten. Laut **Koalitionsvertrag** nimmt die **Bildungspolitik** einen hohen Stellenwert ein. Im Koalitionsvertrag wird davon ausgegangen, dass die Unterrichtssituation in den Schulen vertretbar sei und durch rückläufige Schülerzahlen eine demografische Rendite im Gegenwert von rund 1.400 Stellen für bildungspolitische Schwerpunkte zu verwenden sei. Diese Annahme hat sich als falsch erwiesen. Das können Sie wissen.

Was ist aber wirklich seitens der Landesregierung geschehen? Durch das Drängen der Öffentlichkeit und durch das gute Zutun der ehemaligen Bildungsministerin hat die 2012er-Regierung offengelegt, dass Schleswig-Holstein ein **Lehrerdefizit** von rund 1.250 Stellen zuzüglich der **fehlenden Erzieherstellen** aufweist. Sie wissen, wie wichtig diese für die Umsetzung der Inklusionsziele sind. Das heißt doch, dass Schleswig-Holstein in der Grundversorgung meilenweit von annähernd 100 % entfernt ist.

Und nur nebenbei: Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Stegner, hat dieses Ziel ausweislich seiner Antwort auf eine meiner Nachfragen zu seiner Rede für unerreichbar erklärt. Herr Albig, wir setzen auf Sie in diesem Punkt und hoffen, dass Sie Herrn Dr. Stegner eines Besseren belehren.

Dieses angesprochene **strukturelle Defizit** wird durch den normalen Unterrichtsausfall verstärkt. Das Eingeständnis dieses Zustandes ist der ehemaligen Bildungsministerin als Stärke anzuerkennen. Was die Lehrer, Schüler und Eltern immer gespürt haben, war nun schwarz auf weiß nachlesbar. Der öffentliche Druck hat bei der Landesregierung zu einem Umsteuern geführt. Der Stellenabbaupfad wurde abgemildert, und es werden weniger Stellen gestrichen, als von der Vorgängerregierung geplant wurde.

Von einer guten Unterrichtsversorgung kann man dennoch nicht sprechen. Im Gegenteil: Trotz des schlechten Fundaments wurden durch das neue Schulgesetz zusätzliche Bedarfe generiert. Nach unserer Auffassung hätte man bei aller Sympathie für manchen Ansatz zunächst die Grundsicherung der Unterrichtsversorgung für alle im Auge haben müssen.

Ich darf das einmal kurz bewerten. In dieser Legislaturperiode sollen noch insgesamt 750 Stellen im Schulbereich gestrichen werden. Das ist nicht nur deshalb doof, weil nach aktuellen Berechnungen der GEW immer noch rund 1.400 Stellen in der Grundversorgung fehlen, sondern durch die Inklusi-

on entsteht ein weiterer Minimalbedarf von rund 1.000 Stellen. Das bekommen Sie in dieser Legislaturperiode einfach nicht hin.

Sie, Herr Ministerpräsident, wiederholen immer wieder Behauptungen, dass noch nie so viel **Geld für Bildung** ausgegeben worden sei wie unter Ihrer Regierung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Falsch!)

Das mag in Bezug auf die absoluten Zahlen stimmen, aber im Hinblick auf den prozentualen Anteil an den Haushaltsausgaben ist das falsch. Ein Bundesland wie Thüringen ist Schleswig-Holstein da momentan weit voraus.

Schauen wir uns aber noch einen anderen Bereich an, in dem Sie etwas versprochen haben, nämlich die **schulische Inklusion**. Diese stellte im Koalitionsvertrag und in ihrer ersten Regierungserklärung einen Schwerpunkt dar. Nach zweieinhalb Jahren haben wir aber leider nur leere Worte. Die ehemalige Bildungsministerin hat zwar ein **Inklusionskonzept** vorgelegt, dies wurde aber sogar von der regierungsnahen GEW zerrissen, weil darin keine Ressourcenplanung, keine ehrliche und ausreichende Situationsbeschreibung, keine Zielerreichungsstrategie und Konzepte für die unterschiedlichen Professionen enthalten waren.

(Zuruf Wolfgang Dudda [PIRATEN])

So hat die Landesregierung tatsächlich - man glaubt es kaum - im Bereich Inklusion nur erreicht festzustellen, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben sei. Wenn Sie da noch etwas retten wollen, brauchen wir alsbald von Ihnen ein überarbeitetes und tragfähiges Inklusionskonzept.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Aber von den nicht gestrichenen Lehrerstellen ging nicht eine einzige in die Grund- oder Förderschulen. Dort fängt Inklusion an. Aber Sie, Herr Albig, strecken die Nase lieber hoch in die Lüfte der oberen Stockwerke, statt sich um solide Fundamente zu kümmern. Und noch eines: Keine einzige Lehrerstelle wäre ohne die Leistungen des Bundes erhalten geblieben. Ich dachte nicht, dass ich das einmal sagen würde, aber jede Verbesserung wurde dort möglich - Mutti sei Dank.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN - Vereinzelter Beifall CDU)

Ein weiterer vernachlässigter Bereich sind die **Hochschulen** unseres Landes, die strukturell unterfinanziert sind. In einem aktuellen Antrag stellen auch die Koalitionsfraktionen dies fest. Leider wird

(Torge Schmidt)

bisher nicht deutlich, wie die Regierung dies ändern will. Daran hat auch die heutige Regierungserklärung nichts geändert.

Was Sie in den letzten zwei Jahren getan haben, ist, mit einem Sondervermögen **Sanierungsmaßnahmen** zu finanzieren. Mit diesen Sanierungsmaßnahmen wird aber kein einziges prekäres Beschäftigungsverhältnis aufgelöst, wird nichts für die Grundausrüstung und auch für die Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf Forschung und Lehre getan. Mit der neuen Wissenschaftsministerin sind die Hoffnungen auf viel Bewegung in der Hochschulpolitik noch einmal gesunken.

„Die Hochschulen in Schleswig-Holstein fordern von der neuen Landesregierung zu Recht mehr Kooperation, Unterstützung und Planungssicherheit. Wir werden sie ihnen geben, auch wenn die zur Verfügung stehenden Mittel die bestehenden Bedarfe nicht decken können.“

Wieder aus Ihrem Koalitionsvertrag!

Die derzeitige Bilanz ist aber ernüchternd. Versprechen werden selbstverständlich nicht gehalten, denn die BAföG-Mittel gehen zu 100 % an den Hochschulen vorbei.

Sie, Herr Albig, haben vorhin noch gesagt, dass Sie darauf stolz seien. Das ist tatsächlich ein unfassbarer Griff in die politische Bedürfnisanstalt.

(Beifall PIRATEN, Heike Franzen [CDU] und Christopher Vogt [FDP] - Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Unglaublich!)

Herr Dr. Stegner, ich glaube, es ist an dieser Stelle wirklich falsch, Hochschulen gegen Schulen auszuspielen, wie Sie es beim Kollegen Günther gemacht haben. Ein Entweder-oder löst keine Probleme.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Die Mahnung der Bundesbildungsministerin, die Hochschulen bei der Verteilung der freigewordenen Mittel zu berücksichtigen, läuft ins Leere. Eine Verbesserung der finanziellen Grundausrüstung findet in Schleswig-Holstein nicht statt. Das von Ihnen angekündigte Sanierungspaket in Höhe von 165 Millionen € ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Wir decken damit höchstens ein Viertel des Sanierungstaus an der Christians-Albrecht-Universität ab. Hierbei von „Innovation“ zu sprechen, ist absurd.

(Beifall PIRATEN)

Zusätzlich dazu sind die schleswig-holsteinischen Hochschulen im norddeutschen Vergleich immer noch drastisch unterfinanziert. Die Einlösung Ihrer Versprechen liegt indes in ferner Zukunft, nämlich in 2022 nach dem Hochschulpakt.

Das Schlimme dabei ist, dass die doppelten Abiturjahrgänge dabei noch gar nicht berücksichtigt sind, obwohl Sie diese sogar angesprochen haben. Das Schlimme ist, dass die Hochschulen noch gar nicht wissen, wie sie das bewältigen sollen. Wurden in den letzten Jahren ausreichende Laborplätze oder ähnliches geschaffen? Ich habe die Bagger noch nicht gesehen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Wie oft waren Sie denn da?)

Andere Bundesländer haben sich viel stärker auf die **doppelten Abiturjahrgänge** vorbereitet. Von der Frage nach ausreichenden Lehrstellen für den doppelten Abiturjahrgang zu sprechen, möchte ich gar nicht anfangen.

Fassen wir zusammen: Sie machen hier und da ein bisschen; das ist einzugestehen. Nichtsdestotrotz darf man feststellen, dass die Landesregierung schlicht keine Ahnung von der tatsächlichen Situation hatte. Wir PIRATEN werden Ihnen dabei weiterhin auf die Finger schauen. Wir haben von Bildung tatsächlich mehr Ahnung, als Sie vermuten.

Gestatten Sie mir auch einige Worte zu Ihrer großartigen **Kita-Bilanz**. Herr Albig, Eltern haben einen Rechtsanspruch auf die U3-Betreuung. Wir haben eine Regierung, die geltendes Recht umsetzt. Ehrlich gesagt, halte ich das für selbstverständlich und nicht für eine große Leistung. Aber in Ihrer Regierung muss man auch schon Selbstverständlichkeiten loben.

(Heiterkeit PIRATEN)

Kein Wort zu Qualitätsstandards, kein Wort zum Erziehermangel - aber Erzieher haben Sie ja ohnehin nicht so auf der Rechnung. Sie unterrichten in den Förderzentren zum Dumpinglohn, und alle nehmen das als selbstverständlich hin.

(Martin Habersaat [SPD]: Verraten Sie uns, woher Sie die Mittel dafür nehmen wollen!)

Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall PIRATEN)

Ein weiterer Punkt auf der Liste der nicht gehaltenen Versprechen betrifft die **Drogenpolitik**. Wir

(Torge Schmidt)

PIRATEN sprechen etwas differenzierter und vielleicht auch treffender von „Suchtpolitik“.

Da sind wir dieser Landesregierung voraus.

„Wir wollen zielgruppenorientierte, sekundärpräventive Maßnahmen wie das ‚Drug Checking‘ erproben und Drogenkonsumräume rechtlich absichern. Wir werden eine bundeseinheitliche Regelung im Umgang mit Drogenkonsumenten anstreben, die diese vor der Kriminalisierung schützt. Bis eine bundesweite Regelung gefunden ist, werden wir die ‚geringen Mengen‘ zum Eigenverbrauch weicher Drogen im Sinne des § 31 a BtMG in Schleswig-Holstein überprüfen, anheben und uns dabei an einer fortschrittlichen Drogenpolitik orientieren, um den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit zu geben, flexibel auf den Einzelfall zu reagieren.“

(Beifall PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Wo steht das geschrieben? - Richtig, natürlich auch wieder in der Grundlage Ihrer Koalition, im Koalitionsvertrag. Hier eine Bilanz zu ziehen, ist einfach: Es ist rein gar nichts passiert. Die Regierung hat hier eindeutig kein Versprechen gehalten, und es wird in diesem Bereich auch keine Einlösung der Versprechen mehr geben. Vertraut man auf die Regierung, bleibt es im Bereich **Drogenpolitik** beim Status quo. Frau von Kalben, machen Sie Ihrem Ministerpräsidenten hier endlich einmal Beine!

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer, ich?)

- Ja, genau Sie.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will auf eine weitere Glanzleistung dieser erklärungsbedürftigen Regierung eingehen: die **Pflegekammer**. Richtig ist, dass die Landesregierung das entsprechende Gesetz auf den Weg gebracht hat. Falsch ist die Annahme, dass die Mehrheit der Menschen oder der Pflegenden hinter diesem Plan steht. Selbst die SPD-Parteibasis hat die Einführung einer Pflegekammer abgelehnt. Mit der Pflegekammer etabliert die Landesregierung ein höchst umstrittenes Projekt, welches den Pflegenden in den drängenden Bereichen Image, Entlohnung, Arbeitszeit nicht einen Deut helfen wird. Das Geld für diese überflüssige Pflegekammer wäre an anderer Stelle besser eingesetzt.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Bevor ich zum Ende komme, will ich etwas in Erinnerung rufen, das die derzeitige Missregierung sehr deutlich werden lässt: In der Flüchtlings- und Minderheitenpolitik ist Ihr Wirken ein Eingeständnis des Unwillens zu regieren. Vorausschauende **Flüchtlingspolitik** findet in einer SPD-geführten Regierung in Schleswig-Holstein nicht statt. Ich will gar nicht den SPD-Innenminister beim Namen nennen, der in der Simonis-Regierung die Erstaufnahmeeinrichtungen schließen ließ. Er schämt sich ohnehin für nichts. Aber dass Sie, Herr Ministerpräsident, diesen Makel nicht korrigieren, spricht auch gegen Sie, obwohl wir anerkennen, dass Herr Breiter dort bemüht war und Herr Studt vielversprechend gestartet ist.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Es findet aber kein damals ach so oft beschworener Dialog mit den Gemeinden statt. Wenn Sie dies nicht alsbald ändern, könnte es passieren, dass sich die Stimmung im Land ändert. Ich weiß, dass Sie dies eigentlich gar nicht wollen.

Ihre gelebte Willkommenskultur ist wiederum kein besserer Politikstil. Ich will das an einem weiteren Beispiel deutlich machen: In diesem Landtag wurde interfraktionell beschlossen, dass sich die Landesregierung für einen **EU-Minderheitenkommissar** einsetzen soll. Dieser Auftrag ist an die Landesregierung ergangen. Nachdem wir von Ihnen nichts gehört hatten, haben wir einmal nachgefragt und als Antwort bekommen, dass man sich - aufgepasst! - im Dialog befinde.

(Heiterkeit Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Volker Dornquast [CDU] - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun, die EU-Kommission ist mittlerweile im Amt, einen Minderheitenkommissar gibt es nicht, und vom Dialog hat auch niemand etwas mitbekommen. Selbstgespräche sind kein Dialog, Herr Albig.

(Beifall PIRATEN)

Jetzt aber einmal in die nähere Zukunft, genauer gesagt auf zweieinhalb Jahre und die Herausforderungen geblickt: Sie halten sich für gut und wähen sich auf dem richtigen Weg. Wir sagen auch nicht, dass Sie auf uns hören sollen. Das haben wir auch fast abgeschrieben. Wenn wir Sie aber nicht ständig an Ihren **Koalitionsvertrag**, auf dessen Grundlage Sie auch Stimmen der PIRATEN erhalten haben, erinnern, fürchte ich, wird dies weiterhin einfach nur ein Papier sein, welches im Schrank gut aussieht. Wir werden Sie deshalb auch in den nächsten

(Torge Schmidt)

zweieinhalb Jahren an Ihre Versprechen erinnern. Aber Sie sollten dann auch Größe besitzen, einmal auf uns zu hören, und Sie sollten die Größe haben, auch Ihre eigenen Fehler einzugestehen und sich nicht nur auf Ihre Ein-Stimmen-Mehrheit zurückzuziehen. Durchregieren ist kein neuer und auch kein besserer Politikstil.

(Beifall PIRATEN)

Noch eine Anmerkung zur ehemals gepflegten **Dialogkultur** unseres Ministerpräsidenten: Zwei Monologe sind noch lange kein Dialog. Kommen Sie endlich zu Ihrem Dialog, und führen Sie ihn nicht nur mit willfähigen Stimmen, die Ihnen nach dem Mund reden!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was reden Sie für einen Quatsch?)

Davon gibt es in Ihrer Partei genug, aber es gibt auch die anderen. Die hört man aber nicht so gern, weil ein Nein auch einmal wehtut.

Eins der größten Projekte - wie Sie selbst in Ihrer Regierungserklärung anmerkten -, das in der nächsten Zeit vor uns liegt, ist der Neubau des **UKSH**. Dieser Neubau muss dem demografischen Wandel nicht nur Rechnung tragen, er muss ihn angesichts des Volumens und der schieren Größe des finanziellen Umfangs auch ein Stück weit vordenken.

Wo wir gerade bei schlechten Problemlösungsstrategien sind: Der Umgang mit den Mitarbeitern des größten Arbeitgebers im Land sollte jeden wirklichen Sozialdemokraten übel werden lassen. Wenn die Mitarbeiter des UKSH vor den Türen des Landeshauses stehen, quasi vor Wut schäumen und ihrem Unmut über Ihre Pläne Luft machen, ist es eben nicht die richtige Antwort, ihnen einen ungewollten Tarifvertrag aufzudrängen, damit sie den alten nicht mehr bestreiken können.

(Beifall PIRATEN)

Das ist unterste Schublade, das ist Manchester-Kapitalismus in Reinform.

(Heiterkeit Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ferdinand Lassalle und Friedrich Ebert würden sich im Grabe umdrehen.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wenn der Bund der Steuerzahler Ihnen genauso wie wir sagt, dass das Finanzierungsmodell des UKSH kritisch ist, dann hören Sie doch auch einmal darauf. Besonders die Finanzierung des UKSH wird

dem Land Schleswig-Holstein in den nächsten 30 Jahren wieder auf die Füße fallen.

(Beifall PIRATEN)

Sie hinterlassen den Eindruck, dass Ihnen das egal ist. Nach Ihnen die Sintflut - ist das der Satz, mit dem Sie in Wikipedia eingehen möchten? So der Wähler will, werden in 30 Jahren PIRATEN oder andere hier stehen und Ihnen nicht nur beim Thema UKSH sagen: Die PIRATEN haben Ihnen schon damals gesagt, dass es schiefgehen wird. Die PIRATEN wollen, dass auch zukünftig Menschen gern in Schleswig-Holstein leben, junge wie alte Menschen zusammen mit stärkeren und schwächeren. Wir PIRATEN wollen ein für alle Generationen gerechtes Land. Wir wollen das für die Zukunft, und wir wollen es auch jetzt. Daran schon jetzt zu denken und es umzusetzen, das wäre wirklich ein besserer Politikstil, das wäre bessere Politik.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung danken und für all die guten Dinge, die er dort genannt hat, die wir als rot-grün-blaue Koalition gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ich glaube, das kann sich sehen lassen. Ich gebe ehrlich zu: Auch ich bin - ähnlich wie meine Vorredner aus der Koalition - recht stolz darauf, was wir in zweieinhalb Jahren für dieses Land Schleswig-Holstein erreicht haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von Stolz rede, dann eben auch vor dem Hintergrund, dass der **SSW** tatsächlich in seiner schon etwas mehr als 60-jährigen Geschichte nun seit zweieinhalb Jahren zum ersten Mal in einer **Regierung** dabei ist und ich auch den Eindruck habe, dass das sehr gut, sehr ruhig und sehr entspannend läuft. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass es etwas Neues für uns ist, aber gleichzeitig auch etwas, bei dem wir das Gefühl haben, dass wir als SSW auch unsere Fingerabdrücke auf der Regierungsarbeit hinterlassen können. Ich glaube, wenn Sie nachher - am Ende meiner Rede - ein Resümee ziehen, werden Sie auch sehen, wo bei uns die Schwerpunkte lagen.

(Lars Harms)

Ich möchte aber noch eines vorausschicken, weil das für mich ganz wichtig ist: Wir haben seit zweieinhalb Jahren die Beteiligung einer Minderheitenpartei an einer Regierung. Das ist in manchen Ländern durchaus nicht ungewöhnlich, aber in vielen Ländern ist es das eben doch. Es ist insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland bisher ungewöhnlich gewesen, dass dies geschieht. Es ist auch ein europäisches Signal, dass das geht. Unser Ministerpräsident steht auch für dieses Signal. Er hat sich das bewusst ausgesucht, dass er sich das mit dem SSW angetan hat. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass das auch etwas ist, was wir als Beweis erbringen können, dass die Beteiligung einer Minderheitenpartei für die Mehrheit einen Gewinn bringt, dass das, was wir in die Regierungsarbeit einbringen - das will ich nicht überschätzen - eine andere Sichtweise ist, die eben nicht zum Schaden der Mehrheitsbevölkerung ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem fühlen wir uns verpflichtet. Ich finde, das ist auch ein wichtiges Signal in andere Länder, in denen es Konflikte gibt, dass es möglich ist, dass ein Minderheitenmodell irgendwann dazu führen kann, dass die **Minderheit** nicht nur für sich alleine steht und für sich selbst arbeitet, sondern dass sich diese bewusste Integration einer Minderheit auch sichtbar darin dokumentiert und manifestiert, dass sich die Minderheit sehr gern für die Mehrheitsbevölkerung einsetzt. Ich freue mich darüber, dass wir als SSW in einer rot-grün-blauen Koalition genau dies tun können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Halbzeitbilanz der rot-grün-blauen Koalition kann sich sehen lassen. Nun kann man natürlich sagen, dass man eine andere Einschätzung meinerseits auch nicht erwartet hätte. Allerdings sind wir auch durchaus selbstkritisch; Sie werden das an mancher Stelle meiner Ausführungen noch sehen. Um aber das, was wir getan haben, einschätzen zu können, muss man immer wieder die Ausgangssituation und das betrachten, was wir verändern wollten. Wir haben in zweieinhalb Jahren mehr erreicht, als wir selbst gedacht haben.

Wir wollten im Bildungsbereich zum Beispiel die Schulstrukturen ändern, ein modernes Schulgesetz schaffen, die Lehrerbildung entsprechend ausrichten und auch die Kinderbetreuung im Vorschulalter massiv unterstützen. Da kann man sagen: Klar, das haben wir auch alles gemacht. Aber das Wie ist ja

entscheidend. Es wurde zum Beispiel bei der Änderung des Schulgesetzes ein beispielloser Dialogprozess in Gang gesetzt, der so noch nie in diesem Land stattgefunden hat. Auch das ist ein Wert an sich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir unsere politischen Zielsetzungen, für die wir gewählt worden sind, umsetzen, kann niemanden überraschen. Dass wir dabei aber alle Verbände und Institutionen breit am Prozess beteiligen, um so zur besten Lösung zu kommen, war neu und ist neu. Wir haben gute Erfahrungen mit dem **Bildungsdialog** gemacht und zeigen so auch, dass wir es mit der Dialogbereitschaft ernst meinen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Betrachtet man das Ergebnis, dann kann es sich wahrlich sehen lassen. Wir haben eines der modernsten Schulgesetze in der Bundesrepublik und stärken unsere Schulformen - die Grundschulen, die Gemeinschaftsschulen, die Gymnasien und die Angebote, die die beruflichen Schulen machen. Endlich wird jetzt das, was wir im **Schulgesetz** festgeschrieben haben, auch im **Lehrerbildungsgesetz** zeitgleich mit berücksichtigt, sodass wir nicht mehr wie früher für Schulformen ausbilden, die es bei uns gar nicht mehr gibt. Wir nutzen die Chance für die Modernisierung unseres Bildungssystems. Genau das erwarten die Leute von uns, genau dafür sind wir gewählt worden.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir lassen 1.480 Lehrerstellen im System - im Vergleich zu Schwarz-Gelb -, obwohl die Schülerzahlen um 10 % sinken werden. Das ist ein riesiger Kraftakt, den wir in diesem Umfang vor zwei Jahren noch nicht für möglich gehalten haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir nutzen die Spielräume, die sich ergeben haben, und wir sind der festen Auffassung, dass wir diese Spielräume hier richtig nutzen. Darauf kommt es einzig und allein an. Genauso halten wir es für richtig, aufwachsend über 700 Schulassistentenstellen einzurichten. Diese Stellen werden dazu dienen, die Lehrer in ihrer Praxis zu unterstützen. Das ist ein moderner Ansatz, und auch das ist ein neuer Ansatz. Wir wollen auch hier neue Wege gehen und nehmen deshalb das entsprechende Geld in die Hand. Das mag manch einer als Geldausgeberei

(Lars Harms)

brandmarken, für uns ist das eine dringend notwendige Investition in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das allein wäre schon eine gewaltige Kraftanstrengung. Wir machen aber noch mehr. Neben mehr Lehrern und **Schulassistenten** heben wir die Kürzung der Differenzierungsstunden wieder auf, wir haben ein **Inklusionskonzept** erarbeitet, wir stocken den Vertretungsfonds auf, und wir fördern die Schulen in freier Trägerschaft wieder stärker, als das bisher geschehen ist. All das ist mit riesigen finanziellen Anstrengungen verbunden, aber noch einmal: Für uns sind dies Investitionen in die Zukunft.

Genau solche Investitionen werden von uns auch im Kindergartenbereich getätigt. Wir sind es, die sich mit den Kommunen auf eine Kindergartenförderung geeinigt haben, ohne die Gerichte anzurufen. Das hat dazu geführt, dass wir einerseits ein Konfliktthema der alten Regierung mit den Kommunen aufgelöst und andererseits dafür gesorgt haben, dass binnen kurzer Zeit der Betreuungsschlüssel in unserem Land auf über 30 % angestiegen ist. Damit ist unser Land mit seiner schwierigen finanziellen Situation in der Spitzengruppe der Bundesländer. Das zeigt, dass wir hier genau am richtigen Schwerpunkt arbeiten.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Arbeit geht weiter. Neben der Umsetzung aller Maßnahmen, die mit den neuen Gesetzen und Förderungen verbunden sind, dürfen wir nicht vergessen, dass alle daran partizipieren sollen. Das heißt, dass man sich Wünsche nach Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sehr genau und auch durchaus wohlwollend ansehen muss. Das heißt beispielsweise auch, dass wir noch mehr **Kinderbetreuung** in Kindergärten ermöglichen müssen. Wir haben zum Beispiel die Sozialstaffelregelung gestaltet verbessert, dass ALG-II-Bezieher nun nicht mehr zahlen müssen. Das Gleiche müssen wir aber auch für diejenigen erreichen, die sich aufgrund eines niedrigen Lohns trotzdem noch keinen Kindergartenplatz leisten können und die dann womöglich aus finanzieller Not auf das Betreuungsgeld gucken müssen. Hier liegt noch eine große gesellschaftliche Aufgabe vor uns, die wir als rot-grün-blaue Koalition Stück für Stück angehen werden. Dabei werden wir sicherlich auch die Qualität in den Kindergärten verbessern.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Nun wird natürlich ein eingefleischter Betonfetschist immer sagen, dass Förderungen für Bildung und Kinderbetreuung Dinge sind, die zwar schön sind, aber dann wird er doch wieder auf den Sanierungsstau bei Straßen und Liegenschaften hinweisen. Auch dabei sei ein Hinweis darauf erlaubt, dass der Sanierungsstau nicht erst in den letzten zweieinhalb Jahren vom Himmel gefallen ist. In den letzten Jahrzehnten hat man es versäumt, in die **Infrastruktur** zu investieren, und zwar deutschlandweit und nicht nur in unserem schönen Bundesland. Deshalb wird man hier auch keine schnellen Lösungen finden können. Trotzdem ist hier in den letzten Jahren schon einiges geschehen.

Sehen wir uns zum Beispiel die Straßen im Land an. In den Jahren 2007 bis 2011 hat das Land durchschnittlich 23,6 Millionen € jährlich für die Instandhaltung von Straßen ausgegeben. Dabei hat man jährlich höchst unterschiedliche Summen aufgewandt. In den Jahren 2012, 2013 und 2014, in denen wir an der Regierung waren, liegt der Durchschnittssatz bei 23,5 Millionen €, also ziemlich genau auf der gleichen Höhe. Zugegebenermaßen haben wir im letzten Jahr eine extrem niedrige Investitionssumme in diesem Bereich gehabt, aber wir schaffen jetzt wesentlich mehr Planungssicherheit, weil wir ja ein Sondervermögen Straßensanierung eingerichtet haben, das insgesamt 38,5 Millionen € enthält. Das ist sicher immer noch zu wenig, aber das ermöglicht uns, hier das Niveau der letzten zehn Jahre halten zu können. Auch das ist vor dem Hintergrund der schwierigen Situation schon ein Riesenerfolg.

Wenn es um Investitionen in die Straßeninfrastruktur geht, stehen wir mit Sicherheit nicht perfekt da, aber wir stehen auch nicht schlechter da als früher.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Hauptproblem ist eher, dass wir für neue Projekte oft nicht die Finanzmittel generieren können, die notwendig sind. Deshalb gilt es, jetzt die großen Projekte so rechtssicher durchzuplanen, dass wir endlich auch einmal mehr Gelder auf Bundesebene abrufen können als bisher üblich. Das ist die eigentliche Aufgabe, der wir uns aber auch stellen. Diese Versäumnisse, nicht vernünftig geplant zu haben und deswegen weniger Geld nach Schleswig-Holstein zu bekommen, müssen und werden ein Ende haben.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Obwohl es bei laufenden Ausgaben und Aufgaben schwierig ist, die Investitionsquote zu halten oder gar zu erhöhen, haben wir in den letzten beiden Jahren Maßnahmen getroffen, die genau das ermöglichen. Trotz des Widerstands von manch einem, haben wir in den sogenannten guten Jahren Gelder für **Sondervermögen** zurückgelegt, die wir jetzt für wichtige Investitionen nutzen können. Die Hochschulen bekamen ein Sondervermögen in Höhe von 77 Millionen € und die Zusage der Gegenfinanzierung des Hochschulpakts III. Wir haben ein Sondervermögen „PROFI“ eingerichtet, durch das Maßnahmen in Höhe von 35 Millionen € finanziert werden können. Es gibt jetzt ein Sondervermögen für die energetische Sanierung von Schulen und Kitas in Höhe von 11,5 Millionen €, und es gibt ein Breitband-Sondervermögen in Höhe von 14 Millionen €. Das gesamte Paket von Sondervermögen dieser rot-grün-blauen Koalition hat somit ein Volumen von 176 Millionen €. Das sind alles Investitionsmittel, die in die nachhaltige Gestaltung unseres Landes investiert werden. Da kann man dann genau den Unterschied zu vorher sehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - anhaltende Unruhe)

Wir arbeiten nachhaltig: In guten Jahren generieren wir Gelder und legen die an, damit wir in schlechteren Jahren in der Lage sind, Investitionen zu tätigen. Das unterscheidet uns von manch anderen.

Lassen Sie mich nun zur erfolgreichen **Wirtschaftspolitik** in unserem Land kommen. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Grundlage dafür, dass sich auch andere Lebensbereiche kontinuierlich weiterentwickeln können. Betrachtet man die nackten Zahlen und insbesondere die Arbeitslosenzahlen, die auch von Vorrednern schon zitiert wurden, kann man feststellen, dass die Wirtschaftspolitik erfolgreich war. Das war nicht immer so. In der Vergangenheit hat sich jede Delle in der Konjunktur massiv auf unser Land ausgewirkt. Das lag vor allem daran, dass das Land von einer Monostruktur geprägt war. Wir hatten Landwirtschaft, etwas Konsumgüterproduktion und eine wenig entwickelte maritime Wirtschaft. Erst die Entscheidung Anfang der 90er-Jahre, dieses Land endlich weiterentwickeln zu wollen, hat unser Land nachhaltig gestärkt. Meine Vorgänger beim SSW, aber sicherlich auch die bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben genau diesen Wandel hin zu anderen Energieformen, hin zur nachhaltigen Wirtschaft

entsprechend unterstützt. Das ist etwas, von dem wir heute profitieren.

Da sind die Förderung der Medizintechnik genauso zu nennen wie beispielsweise die Tourismuswirtschaft oder eben auch die erneuerbaren Energien, auf die ich eben schon einmal eingegangen bin. Wir wollen genau diesen Bereich auch weiter stärken. So wollen wir noch dieses Jahr die Zahl von 4 GW Windenergieanteil erreichen. Das würde bedeuten, dass wir im Onshore-Bereich wieder in die Spitzenklasse der **Windenergienutzung** aufsteigen, aus der wir unter Schwarz-Gelb abgestiegen sind. Als Grundlage hierfür haben wir die Landesplanung dergestalt angepasst, dass jetzt 1,7 % der Landesfläche zur Windenergienutzung frei sind. Darüber hinaus werden wir verstärkt den Offshore-Bereich angehen. Hier geht es nicht nur darum, Energie zu gewinnen, sondern auch darum, an der Logistik und Hafengewirtschaft in diesem Bereich zu partizipieren. Bei den erneuerbaren Energien sind wir wieder Spitze, und das ist gut für die gesamte Republik.

Ähnliches muss sich im **Tourismus** entwickeln. Dass die Bäderregelung so ist, wie sie ist, mag der eine bedauern, und der andere mag sich darüber freuen, wichtig war aber, dass es eine feste Lösung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und Kirchen gegeben hat. Das ist das Verdienst dieser Regierung, und das schafft Planungssicherheit für einen ganz wichtigen Wirtschaftszweig in unserem Land. Auch hier kann man wieder sehen, dass Dialogbereitschaft und das Suchen des Dialogs zu Lösungen führen kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren es auch, die schon zum Anfang der Regierungszeit die TASH mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet haben, die unbedingt nötig sind, um überhaupt am Markt existieren zu können. Sie erinnern sich vielleicht noch, dass sich unsere Vorgänger auf eine völlige Streichung der Förderung der TASH und damit des Tourismus geeinigt hatten. Aber diese dunklen Zeiten für den Tourismus sind zum Glück vorbei. Jetzt gilt es, die einheitliche Dachmarke des Landes mit Leben zu erfüllen. Dabei geht es nicht nur um einen Werbespruch, über den man streiten kann, wie man Lust und Laune hat, sondern vor allem um einen einheitlichen Auftritt über die Tourismusbetriebe und die Landesverwaltung hinaus. Das wird eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre sein. Ich glaube, da wird der Wirtschaftsminister sehr erfolgreich tätig sein.

(Lars Harms)

Bei allen wirtschaftspolitischen Initiativen darf es aber nicht so sein, dass diejenigen, die die eigentlichen Leistungserbringer sind, unter die Räder geraten. Deshalb war und ist es für uns wichtig, dass Betriebe, die ordnungsgemäß arbeiten, von uns vor unlauterer Konkurrenz geschützt werden. Deshalb war und ist es für uns wichtig, dass die Menschen, die arbeiten, einen fairen Lohn für ihre Arbeit bekommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem **Tariftreugesetz**, dem Mindestlohngesetz und der Einführung des Korruptionsregisters haben wir erstmalig die gesamte Palette von Schutzvorschriften geschaffen, die genau die Ziele, die ich gerade genannt habe, ermöglichen. Durch das Tariftreugesetz müssen sich Firmen, die sich auf öffentliche, steuerfinanzierte Aufträge bewerben, an die hier üblichen Löhne halten und auch soziale und ökologische Kriterien einhalten. Ich finde, das ist das Normalste von der Welt, das muss auch eingehalten werden.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch, dass die Menschen, die für uns im Rahmen einer Auftragsübernahme oder in landeseigenen Organisationen arbeiten, mindestens das Entgelt bekommen, das auch für Landesbedienstete gilt. Es soll sich nämlich nicht lohnen, Aufgaben auf dem Rücken der Beschäftigten auszulagern. Das ist in der Vergangenheit viel zu oft geschehen. Deshalb setzt das Mindestlohngesetz hier eine Grenze, und diese Grenze ist auch gut gesetzt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich ein Unternehmen dann doch nicht an die Spielregeln hält und damit alle Unternehmen überfordert, dann ist es auch nur recht und billig, dass dieses Unternehmen in einem Korruptionsregister gespeichert wird und dass es dann von der Auftragsvergabe ausgeschlossen werden kann. Das dient dem Schutz von ordentlichen Unternehmen, und das dient dem Schutz von Arbeitsplätzen in unserem Land. Auf diesen Schutz können sich Unternehmen und Arbeitnehmer bei der rot-grün-blauen Koalition verlassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich nun auf das Leib- und Magenthema des SSW eingehen, die **Minderheitenpolitik**. Wie auch bei anderen Themenfeldern haben wir

hier die Kürzungen der ehemaligen Regierung wieder zurückgenommen. Gerade die Minderheitenorganisationen, die sich aufgrund der Tatsache, dass sie vergleichsweise kleine Minderheiten vertreten, eben nicht ohne Schwierigkeiten refinanzieren können, sollten durch unsere Küstenkoalition gestärkt werden. Das haben wir auch getan.

Bei der Wiederherstellung des Status quo ist es aber nicht geblieben. Wir haben die Ungleichbehandlung von Schülerinnen und Schülern, die die dänischen Schulen besuchen, aufgehoben. Die **dänischen Schulen** sind die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit, und dieses Faktum haben wir nun auch im Text der neuen Landesverfassung berücksichtigt. Deshalb war es auch ein starkes Signal, dass hier die Gleichstellung der dänischen Schulen mit den öffentlichen Schulen verankert wurde. Dafür bin ich im Übrigen allen - zumindestens den meisten hier im Hohen Haus - dankbar.

(Beifall SSW)

Vergleichsmaßstab für den Umfang der Bezuschussung der dänischen Schulen ist nicht die Bezuschussung der anderen freien Schulen, die ein freiwilliges Angebot darstellen, sondern das der öffentlichen Schulen, die genauso wie die dänischen Schulen das zwingend notwendige Angebot bereitstellen. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied, und hierin liegt auch die Gleichbehandlung der dänischen Schulen begründet.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen sind aber auch die Grundlagen für die Berechnung der Zuschüsse, ebenso wie bei den freien Schulen, auf eine transparente und nachvollziehbare Grundlage gestellt worden. Neben den Personalkosten, die auf eine neue Art berechnet werden, haben wir auch eine Lösung für alle weiteren Finanzierungsprobleme gefunden. Im Gegensatz zu früher wird der Dänische Schulverein beim Landeszuschuss für Schülerbeförderungskosten gleichgestellt. Weiter erfolgt eine Gleichstellung bei den Investitionskosten und den Verwaltungskosten für die Schulen der dänischen Minderheit.

Meine Damen und Herren, damit - das kann ich auch aus eigener Anschauung sagen - werden Probleme gelöst, die seit Jahrzehnten bestanden haben. Damit werden auch Konflikte zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheit gelöst, die seit Jahrzehnten bestanden haben. Meine Damen und Herren, das Beste ist, diese Probleme hat man zusammen mit dem betroffenen Dänischen Schulverein

(Lars Harms)

gelöst. Das zeigt, Dialog ist für uns kein Fremdwort, sondern gelebte Politik.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass auch die kulturellen Zuschüsse für die **dänische Minderheit** in Teilen erhöht worden sind und auch das von der dänischen Minderheit mitgetragene Haus der Minderheiten in Flensburg aus Landesmitteln mit finanziert wurde, haben wir die drängendsten finanziellen Probleme der dänischen Minderheit gelöst. Natürlich ist da immer noch Luft nach oben, aber in den ersten zweieinhalb Jahren ist hier schon echt viel geschehen.

Das gilt auch und gerade für die friesische Minderheit. Neben den eben schon erwähnten zurückgenommenen Kürzungen der Vorgängerregierung haben wir zum ersten Mal eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit einer Minderheitenorganisation abgeschlossen, nämlich mit dem **Nordfriisk Institut**. Das Land hat die Notwendigkeit erkannt, die friesische Sprach- und Kulturarbeit noch intensiver zu fördern, und tut dies gerade auch durch die Förderung für das Nordfriisk Institut. Das Institut bekam bei unserer Regierungsübernahme 200.000 € jährlich und wird knapp 440.000 € im Jahr 2017 erhalten. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Nordfriisk Institut auch in den folgenden Jahren weiter ausbauen. Ob eine Ziel- und Leistungsvereinbarung auch ein Modell für andere Minderheitenorganisationen sein kann, wird die Zeit zeigen. Auf jeden Fall hat das Nordfriisk Institut zum ersten Mal in seiner Geschichte Planungssicherheit über mehrere Jahre erhalten und steigende Zuschüsse über einen mehrjährigen Zeitraum. Für die Friesen ist das wirklich ein Quantensprung, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier wollen wir weitermachen. Deshalb haben wir gerade in der letzten Woche beschlossen, das Kapital der Friesenstiftung um fast 300.000 € jährlich aufzustocken. Mit den Erträgen aus diesen Mitteln können die Friesen Projekte auch über längere Zeiträume fördern, und sie können auch die kleinen Dinge umsetzen, die bisher in kein Antragschema passten. Auch hier gehen wir unkonventionelle Wege, damit sich etwas für eine kleine Minderheit bewegt, die sich eben gerade nicht darauf verlassen kann, dass ihr ein Mutterstaat helfend zur Seite springen kann.

Das gilt im Übrigen auch für die **Minderheit der Sinti und Roma**, die aus den gleichen Lottoerträgen wie die Friesen jährlich rund 300.000 € bekommen sollen. Dieses Geld soll insbesondere für die Sozialberatung der Sinti und Roma fließen. Hier übernimmt der Landesverband der Sinti und Roma schon eine wichtige Aufgabe, die wir als Staat so gar nicht erfüllen können. Deshalb ist dieses Geld absolut gewinnbringend für uns und die Gesellschaft eingesetzt. Damit setzen wir auch bundesweit ein Zeichen, wie man die Minderheit der Sinti und Roma nachhaltig fördern kann.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen können Sie auch schon im Haushaltsentwurf lesen, dass die Sinti und Roma für ihre **Bildungsberater**, also diejenigen, die Kinder der Sinti und Roma im Schulunterricht begleiten, zusätzlich Geld erhalten sollen. Nachdem die Sinti und Roma also in die Landesverfassung aufgenommen wurden, also, wenn man so will, dieses Label endlich bekommen haben, sind das Jahr 2015 und die Folgejahre nun die Jahre, in denen es auch in der finanziellen Förderung der Sinti und Roma richtig bergauf geht. Das ist ein Verdienst dieser Küstenkoalition. Das ist typisch Rot-Grün-Blau.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns die neue Landesverfassung ansehen, dann hält diese nicht nur Formulierungen zu den dänischen Schulen oder zum Friesischunterricht, sondern auch das ausdrückliche **Bekanntnis**, die heimischen **Sprachen und Kulturen** im Land gemeinsam zu bewahren. Hier liegt eine Schlüsselaufgabe für die Minderheitenpolitik. Wenn Sie in den Thesaurus des Schreibprogramms Ihres Computers beispielsweise den Begriff „Friesischunterricht“ eingeben, wird er dieses Wort nicht kennen. Dieses Beispiel illustriert, wie ich finde, sehr gut die Aufgabe, die wir als Land haben. Wir müssen die Minderheiten in elementaren Dingen unterstützen, die es sonst gar nicht gäbe. Das ist ein **Haus der Minderheiten**, das Verständnis für Minderheiten schaffen sollen - gerade vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung eine sehr wichtige Aufgabe. Das ist auch die Sozialarbeit von Sinti und Roma für Sinti und Roma. Das ist auch die Notwendigkeit, den **Friesischunterricht** so zu fördern, dass er an den entsprechenden Schulen zur Normalität wird. Hier machen wir jetzt die ersten Schritte mit einem entsprechenden Konzept. Das kann aber auch nur der erste Schritt sein. Weitere Schritte in der Minderheitenpolitik müssen folgen.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für eine Sprachenpolitik für unser Land. Der Ministerpräsident hatte das heute Morgen schon angesprochen. Die Sprachen müssen sichtbar gemacht werden. Wir brauchen eine verstärkte **mehrsprachige Beschilderung** genauso wie Sprachkurse und Schulunterricht. Wir müssen versuchen, das, was wir schon haben, auszubauen und weiterzuentwickeln. Wir müssen ständig die gesetzlichen Bestimmungen hinterfragen und gegebenenfalls ändern.

In der dänischen Minderheit wird heftig diskutiert, warum es im 21. Jahrhundert immer noch nötig sein soll, dänischsprachige Schriftstücke für Verwaltungen im Landesteil Schleswig übersetzen zu müssen. Eigentlich müssten wir hier schon wesentlich weiter sein und über genügend dänischsprachiges Personal in Verwaltungen verfügen, sodass Übersetzungen nicht mehr nötig sind.

Ähnliches gilt für die friesische Minderheit in Bezug auf die Bestimmungen im Friesisch-Gesetz. Auch hier müssen wir überprüfen, ob wir in der Umsetzung der Bestimmungen etwas verbessern können. Auch unsere **Initiative für Mehrsprachigkeit** bei den einzurichtenden Lokalradios ist ein wichtiger Schritt für eine aktive Sprachenpolitik in unserem Land.

Diese kurzen Beispiele sollen illustrieren, dass Minderheitenpolitik nicht irgendwann einmal zu Ende, sondern ein ständiger Prozess ist. In diesen Prozess sind wir sehr gut eingestiegen. Nun gilt es, mit einer neuen Sprachenpolitik für dieses Land nachzulegen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine Halbzeitbilanz dieser Koalition wäre sicherlich ohne einen Hinweis auf die erfolgreiche Finanzpolitik nur unvollständig. Lassen Sie mich deshalb kurz noch einmal auf die Ausgangssituation in 2012 zurückgehen. Damals wurde behauptet, eine rot-grün-blaue Koalition würde die Schuldenbremse lösen, würde die Absprache mit dem Stabilitätsrat nicht einhalten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat das gesagt?)

und die Neuverschuldung würde unendlich steigen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]. Wer hat das gesagt?)

- Passiert, lieber Herr Kubicki, ist das Gegenteil. - Nicht Sie, aber insbesondere die Truppe neben Ihnen. - Die Schuldenbremse wurde und wird nicht gelöst. Wir halten sogar einen gehörigen Abstand zu der **Verschuldungsgrenze**, die rechtlich möglich gewesen wäre, ein. Wir halten natürlich auch unsere Absprachen mit dem Stabilitätsrat ein und halten, auch wenn es schwerfällt, an der **Haushaltskonsolidierung** und den Personalabbaupfad fest. Die Neuverschuldung ist kontinuierlich und über den planmäßigen Satz gesunken, den wir uns selbst gegeben haben. Wir haben in 2013 sogar erstmals seit 50 Jahren mit einem **Haushaltsüberschuss** abgeschlossen. Da kann man nun wirklich nicht von einer unseriösen Ausgabepolitik sprechen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei all den guten Haushaltszahlen haben wir aber auch nicht vergessen, wofür wir von den Menschen gewählt worden sind, nämlich dafür, etwas an ihrer konkreten Lebenssituation zu verbessern. Wir haben deshalb trotz der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung massiv in die Bildung, den Klimaschutz, die Energieeffizienz und die Wirtschaft investiert. Wir haben den Mut gehabt, auch die **Finanzierung der Leistungen der kommunalen Ebene** auf gerechtere Grundlagen zu stellen. Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs folgt nun den Aufgaben und wird seiner eigentlichen Funktion, dem finanziellen Ausgleich zwischen den Kommunen, wesentlich besser gerecht als bisher.

Trotz des Sparzwangs haben wir die **kulturelle Infrastruktur** weiter und intensiver gefördert. Wir haben die **Beziehung zu Dänemark** intensiviert, was gerade den SSW freut. Wir schaffen es, die vielen neuen Zuwanderer hier bei uns vernünftig aufzunehmen. Wir haben die Minderheitenpolitik wieder auf die politische Agenda gesetzt, was gerade in der europäischen Dimension wichtig ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte ganz deutlich sagen: Von unserer **zuwanderungsfreundlichen Politik** und unserer Politik gegenüber den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, werden wir nicht abrücken. Das ist ein Kernthema unserer Politik. Das ist auch eine Lehre aus der Geschichte dieses Landes. Darin sollten wir weiterhin einig sein und sämtlichen Bestrebungen derjenigen entgegenzutreten, die meinen, dass man mit Parolen arbeiten kann. Das ist nicht der richtige Weg.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen den Menschen helfen. Wir müssen die Menschen hier begrüßen. Wir müssen den Menschen Perspektiven schaffen, sei es hier, sei es wieder in ihrer Heimat. Das ist unsere Aufgabe. Dieser Aufgabe werden wir uns als rot-grün-blaue Koalition auf jeden Fall stellen.

Meine Damen und Herren, all das, was der Ministerpräsident genannt hat, all das, was in meinem Vortrag beziehungsweise in den Reden meiner Vordner der Koalition genannt wurde, haben wir getan. Dabei haben wir gleichzeitig den Haushalt des Landes in sicheres Fahrwasser gefahren. Das ist für uns der eigentliche Erfolg dieser rot-grün-blauen Koalition und somit zugleich Ansporn weiterzumachen. Die Menschen im Land können sich darauf verlassen, dass hier Finanzpolitik mit Augenmaß gemacht wird, dass wir dieses Land sehr vorsichtig steuern, dass wir kein Konto überziehen - wenn man das so platt ausdrücken will -, dass wir aber auch nicht vergessen, wofür wir hier gewählt worden sind: Das ist eine gute Bildungspolitik, das ist soziale Gerechtigkeit, das ist Wirtschaftsförderung, und das ist, freundlich gegenüber jedem Menschen zu sein, egal wo er herkommt. Das werden wir auch weitermachen. Darauf kann sich jeder in diesem Land verlassen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben weitere Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne. Es sind Gäste von Horizonte Ostholstein GmbH und der Brücke aus Rendsburg-Eckernförde. - Seien Sie uns herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Wir haben noch Restredezeiten, die ich Ihnen im Einzelnen vorlesen kann. Ich frage aber zunächst, wer davon überhaupt noch Gebrauch machen möchte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Möchten Sie davon Gebrauch machen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Nein, Sie nicht. Alle anderen auch nicht? - Gibt es noch Wortmeldungen aus dem Plenum? - Herr Dr. Stegner für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Anita Klahn [FDP]: Dann dauert es doch länger!)

Sie könnten 17 Minuten 30 Sekunden sprechen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Das ist eine Drohung. Das werde ich keinesfalls tun wollen. Ich finde aber, in einer Debatte über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Halbzeitbilanz ist es schon richtig, einmal kurz auf die beiden Oppositionsredner einzugehen, die sich hier im Wettbewerb befunden haben, wer der beste Oppositionsführer ist. Ich muss sagen - ich sage das ungern -, dass diesen Wettbewerb der Kollege Kubicki heute gewonnen hat, der immerhin seine Meinung dargelegt hat, auch wenn sie nicht unserer entspricht. Ich will auf ein paar wenige Punkte zu sprechen kommen. Ich will dennoch mit dem Kollegen Schmidt beginnen.

Lieber Herr Schmidt, ich frage mich, wie man ernsthaft auf die Idee kommen kann, zu behaupten, es gebe die **Verbraucherzentralen** in Schleswig-Holstein nur noch, weil Sie dafür gesorgt hätten. Herr Kollege Schmidt, da muss man schon eine Augenklappe tragen. Das ist ein anderes Piratenverständnis, wenn man auf so eine Idee kommt, die Sie hier ausgeführt haben.

(Beifall SPD)

Sie haben gesagt, wir seien als Tiger gestartet. Wenn ich darüber nachdenke, wo Sie gestartet sein könnten, dann fällt mir nur ein sehr kleines Haustier ein. Sie haben von der Bürgerbeauftragten gesprochen und über das Verfahren genölt, um am Ende festzustellen, dass wir eine großartige **Bürgerbeauftragte** haben. Darauf kommt es doch wohl an und nicht darauf, dass Sie - was das Verfahren angeht - nachkartern.

Es war mir gar nicht bewusst, dass die ehemalige Kieler Oberbürgermeisterin Ihnen jetzt bei Ihren Reden hilft. Sie werfen uns testosterongesteuerte Politik vor. Mit Blick auf die Regierungspolitik muss ich heute sagen: Das ist einigermaßen lustig. Eine Frechheit ist allerdings, was Sie zum Thema Personalpolitik gesagt haben.

Ihren Beitrag fand ich ausgesprochen enttäuschend. Inhaltlich lohnend war lediglich das, was Sie zum UKSH gesagt haben. Dazu möchte ich noch zwei Bemerkungen machen: Die Haltung, die Ihre Fraktion zum Thema **UKSH** eingenommen hat, ist verantwortungslos. Das will ich ganz deutlich sagen. Das UKSH muss modernisiert werden. Wir müssen investieren. Das ist unser größtes Unternehmen, da-

(Dr. Ralf Stegner)

mit muss endlich begonnen werden. Wir können damit nicht warten, bis Sie aus dem Landtag geflogen sind, das geht wirklich nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einem Sozialdemokraten müssen Sie nichts über Tarifverträge erzählen. Um die **Privatisierung** zu verhindern, die manche in diesem Haus wollten, haben wir damals mit den Beschäftigten einen **Modernisierungstarifvertrag** geschlossen. Die Beschäftigten haben sich gewaltig anstrengen müssen, um ihn zu erbringen. Wir haben immer gesagt: Hier wird nicht privatisiert. Das, was die Beschäftigten beigetragen haben, ist ausgeschöpft. Ich habe den Modernisierungstarifvertrag damals selbst unterschrieben. Wir haben gesagt: Wir wollen so schnell wie möglich zum Flächentarifvertrag zurückkehren. Dieser **Flächentarifvertrag** ist bundesweit von ver.di mit den Universitätskliniken ausgehandelt worden. Das Land hat eine Universitätsklinik, es gehört also zum Tarifvertrag der Länder. Was man daran ernsthaft zu kritisieren hat, möchte ich wirklich wissen. Das ist eine arbeitnehmerfreundliche Politik par excellence. Sie müssen uns keine Ratschläge dahin gehend geben, wie das geht. Informieren Sie sich einmal ein bisschen, dann würden Sie hier nicht so törichte Aussagen zum UKSH machen. Diese weise ich ausdrücklich zurück.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es ist gut, dass sich hier eine große Mehrheit anders entschieden hat.

Ich komme zum Kollegen Kubicki. Der Redebeitrag war eine Mischung aus dem, was man kennt. Herr Kollege Kubicki, Sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, wie die Wirtschaftsdaten sind. Das gefällt Ihnen nicht. Obwohl wir gute **Wachstumsdaten** haben, obwohl die Arbeitslosigkeit niedrig ist, obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hoch ist, sagen Sie: Der Abstand zur gesamten Bundesrepublik wird immer größer. Dies sagen Sie, um behaupten zu können, die Gesetze für gute Arbeit taugten nichts.

Ich will einem lebensälteren Kollegen keine Ratschläge geben. Wenn ich mir jedoch Ihre Umfragewerte ansehe, dann mögen diese ein bisschen damit zusammenhängen, dass Sie eben nicht dafür eintreten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an dem partizipieren dürfen, was sie in diesem Land erarbeiten. Immer noch gegen Mindestlöhne, gegen gute Arbeit, gegen Mitbestimmung

und gegen ein Korruptionsregister zu reden, ist - so glaube ich - von gestern, Herr Kollege Kubicki. Vielleicht sollten Sie dies überdenken.

Sie haben kritisiert und gefragt: Wo sind die **baureifen Anträge** aus Schleswig-Holstein? Ich frage mich: Welche baureifen Anträge haben Sie uns hinterlassen, als wir übernommen haben? Sie haben nicht einmal das Planfeststellungsverfahren zur A 20 richtig hingekriegt. Das mussten wir in Ordnung bringen. Der Kollege Meyer hat dies gemacht, kein anderer. Sie treten hier so großspurig auf; ein bisschen mehr Bescheidenheit!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Doll fand ich, was Sie zur Bildungspolitik gesagt haben. Sie sagten zur **Bildungspolitik**, die Politik von Ekkehard Klug sei vorbildlich gewesen. Ich sage Ihnen ehrlich, Sie haben einen Kahlschlag bei den **Lehrerstellen** veranstaltet. Sie haben die Union übrigens quasi dazu gezwungen, denn die Union hatte mit uns etwas anderes verabredet. Wir hatten gesagt: fifty-fifty. Dann trat die Union mit Ihnen in die Regierung ein, und Sie haben die Union gezwungen, bei den Lehrerstellen einen richtigen Kahlschlag zu machen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich erinnere daran: Während der Regierungszeit gab es einen Parteitag, auf dem die FDP auf Antrag von Ekkehard Klug beschlossen hat, sie wolle mehr Lehrerstellen schaffen, um hinterher festzustellen, dies sei leider gegen die Union nicht durchzusetzen. Sie halten uns dies in der Bildungspolitik vor. Ich muss ehrlich sagen, Ihr Beitrag ist eine ziemliche Satire. Sie hätten eher bei dem bleiben sollen, was Sie vorher hatten.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Ausgerechnet Sie werfen uns Geisterfahrt in der Bildungspolitik vor. Das sagt der Lotto-King Wolfgang von der Lotterienpolitik in Schleswig-Holstein. Ich muss sagen, Sie kennen sich mit Geisterfahrten in der großen Limousine mit Boris Becker zusammen mit Herrn Arp und Herrn Calmund aus. Da waren Sie Geisterfahrer. Wir haben das in Ordnung gebracht, weil dies beendet werden musste.

(Beifall SPD)

Ich rate Ihnen auch, ein wenig darüber nachzudenken, ob es wirklich sachgerecht ist, was Sie über den **G-8-Gipfel** gesagt haben. Wenn wir bei uns im Land einen G-8-Gipfel haben, dann löst dies einen exorbitanten **Sicherheitsaufwand** aus, das weiß je-

(Dr. Ralf Stegner)

der. Wir haben uns dies anderswo angesehen. Zu kritisieren, dass die Landesregierung dafür Vorsorge trägt, ist nicht besonders richtig.

Ich finde auch Ihre polemischen Bemerkungen zu den **Pensionskosten** schwierig. Die Menschen, die Pensionen erhalten, sind die Menschen, die jahrzehntelang hart für das Land Schleswig-Holstein gearbeitet haben. Das will ich hier ausdrücklich feststellen. Ich finde den Ausdruck Pensionslasten und die ironische Darstellung nicht in Ordnung.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sehr verehrter Kollege Kubicki, Sie haben über die Flüchtlingspolitik gesprochen und richtigerweise gesagt, dass wir in dieser Frage im Hause oft einen großen Konsens miteinander haben. Dieser gilt für die Frage, wie wir die humanitären Spielräume maximieren. Diesen Konsens haben wir auch. Nach der Vorstellung des Herrn Kollegen Günther hier im Hause, müssen Sie Ihre mahnenden Worte jedoch nicht an die SPD-Fraktion richten, sondern an Ihren Nachbarn zur Rechten, und das meine ich wörtlich. Ihr Nachbar zur Rechten hat diesen **Konsens in der Flüchtlingspolitik** mit dem, was die Union in dieser Frage sagt, infrage gestellt. Wir wollen das nicht, was die Union will. Wenn die Union sagt, das Wichtigste bei der Flüchtlingspolitik sei als Punkt eins auf ihrer Liste die konsequente Abschiebep Praxis, dann kann ich nur sagen: Das ist wirklich nicht unsere Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Kubicki, Sie sind lange genug hier. Sie wissen ganz genau: Selbst in Zeiten der Großen Koalition hier im Hause haben wir in Fragen der Flüchtlingspolitik in der Regel mit Ausnahme der Union die Zustimmung des ganzen Hauses gehabt. So ist das fast immer gewesen. Wir sagen: Menschen, die zu uns kommen, sind keine Bedrohung, vor der man warnen muss und vor der man Angst machen muss. Vielmehr sind Menschen, die zu uns kommen, eine Bereicherung. Wir reden über Vielfalt statt Einfalt. Ich würde also eher an die Union appellieren.

Frau Kollegin Damerow, wir haben uns in der Mittagspause so nett unterhalten. Sie wissen doch, dass es richtiger wäre, diesen Kurs, der Konsens im Hause ist, beizubehalten und nicht nur aus dem Grund, dass der Kollege Günther meint, er müsse als Oppositionsführer ein bisschen den wilden Mann spielen, dagegen zu sein.

Eine letzte Bemerkung möchte ich noch machen: Herr Kollege Kubicki, Sie haben mit Blick auf den Herrn Ministerpräsidenten, den Sie sehr hart angegangen sind, Worte wie Leistungsbereitschaft und Durchsetzungsvermögen gebraucht. Ich habe - was meine bundespolitischen Aufgaben angeht - gelegentlich Ihren milden Spott zu ertragen. Ich betrachte mir jedoch einmal Ihr Leistungsvermögen und Ihre Durchsetzungsfähigkeit. Bei der Bundestagswahl lag Ihr Ergebnis bei knapp unter 5 %. Seitdem Sie stellvertretender Bundesvorsitzender geworden sind, liegt dieses Ergebnis inzwischen zwischen 2 und 3 %. Doll scheint das also mit dem Durchsetzungsvermögen bei Ihnen nicht zu sein.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit Blick auf den Ministerpräsidenten haben Sie gesagt, dies sei alles eine Selbstüberschätzung. In dieser Disziplin kennen Sie sich großartig aus, das muss ich sagen. - Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin freudig erregt, weil Herr Dr. Stegner jetzt Benotungen für die Redebeiträge der Einzelnen vornimmt. Ich bin wirklich freudig erregt darüber.

(Zurufe SPD)

Das war ein Bericht, mit dem die Leute relativ wenig anfangen können. Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, weil ich so begeistert darüber bin, dass die Ergebnisse der SPD durch die Decke schießen, seitdem der Kollege Stegner sechster stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Ich glaube, in den Meinungsumfragen haben Sie gerade noch die 20-%-Hürde geschafft. Wenn dies so weitergeht, dann ist mir dies egal. Ich trete gern in den Wettstreit ein: Wir sollten uns fragen, wer von uns beiden der Beliebtere ist.

(Lachen CDU und FDP)

Ich würde mich dem Urteil der Menschen in Schleswig-Holstein beugen und Demut geloben, wenn die Leute zu der Erkenntnis kommen sollten, Sie seien erstens der Beliebtere und zweitens der Kompetentere von uns beiden. Wenn dies so wäre,

(Wolfgang Kubicki)

dann hätte Ihre eigene Partei Sie zum Ministerpräsidentenkandidaten gemacht und nicht Herrn Albig, aber lassen wird dies.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, bevor Sie weitersprechen - -

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nein, ich lasse momentan keine Zwischenfrage zu. - Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Sie schon wieder in einer vergleichsweise naiven demagogischen Art versuchen, etwas falsch darzustellen, was man so nicht darstellen kann. Ich habe von den **Pensionslasten** gesprochen, weil die Regierung von Pensionslasten spricht.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Finanzministerin erklärt dauernd: Wir haben in der Zukunft Pensionslasten, die uns auffressen. Das ist keine Erfindung von mir. Der Eindruck, den Sie erweckt haben, ist, dass Sie den Pensionären in Schleswig-Holstein das Geld nicht geben, sondern im Gegenteil: Die sollen doppelt so viel kriegen wie bisher. Ich brandmarken nur, dass Sie erklären, dass die Zahlungen an Pensionäre das Bildungssystem in Schleswig-Holstein weiterbringen. Das ist doch so irre wie nur irgendwas; das kann es doch nicht sein!

(Beifall FDP und CDU)

Das würde ja bedeuten: Wenn wir jetzt die Zahlungen an die Pensionäre aus dem Schulbereich verdoppeln würden, dann hätten wir die Bildungsausgaben in Schleswig-Holstein erhöht und damit mehr für die Kinder getan als jemals zuvor. Ich kann nicht verstehen, dass Sie das den Menschen in Schleswig-Holstein verkaufen wollen. Das können Sie doch nicht ernsthaft vortragen. Das war der einzige Grund.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe nichts gegen Polemik, aber ich habe etwas dagegen, dass Sie dauernd einen Popanz aufbauen, gegen den Sie anrennen, der aber mit der Wirklichkeit der Überlegungen der Fraktionen und Parteien und der Menschen des Landes nichts zu tun hat.

Noch einmal: Ich kann damit leben, wenn Sie hier erklären, meine Rede sei langweilig gewesen, weil alles bekannt sei, während Ihre Rede nicht langweilig gewesen sei, weil nichts davon bekannt gewesen sei. Gut, sie war dynamisch vorgetragen, wie immer. Aber sie hat mit der Wirklichkeit vergleichs-

weise wenig zu tun gehabt. Auch das wissen die Menschen im Lande.

(Beifall FDP und CDU)

Ich finde schon - Herr Dr. Stegner, das ist mir jetzt wirklich ernst -, dass wir in bestimmten Fragestellungen anders miteinander umgehen sollten als bisher.

Bei der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik können wir uns über das unterhalten, was die CDU formuliert hat.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, ich weiß, Sie sind die besseren Menschen. Das Problem ist nur dieses: Wenn Sie beginnen, in diesem Hause demokratische Organisationen zu denunzieren und das für Ihre Zwecke zu missbrauchen, dann zerstören Sie den Konsens einer gemeinsamen Haltung in diesem Land. Nur davor will ich warnen.

(Beifall FDP und CDU)

Wer jemanden einladen will, darf diesem nicht gleichzeitig aufs Maul hauen. Das passt nicht zusammen. Daran möchte ich nur erinnern. In dieser Frage jedenfalls - bei allen anderen Fragestellungen ist mir das egal - sollten wir den Konsens, den wir haben, nicht leichtfertig aufkündigen, Frau von Kalben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich doch gar nicht!)

- Sie sind doch gerade dabei, das zu tun, wenn Sie die CDU-Fraktion in diesem Hause so angreifen, wie Sie sie angegriffen haben.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Gut. Aber wenn Sie so weitermachen, dann - das garantiere ich Ihnen - leisten Sie den Rechten dieses Landes definitiv eher Vorschub, als uns dies lieb sein kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war eben durchaus einen Tick unterhaltsam, Herr Dr. Stegner, als Sie hier ans Rednerpult gegangen sind und sich angemäßt haben, sozusagen

(Daniel Günther)

eine Gesamtbewertung der vorhin geführten Debatte vorzunehmen. Ich kannte so etwas nicht. Ich war noch nicht in der Rolle zu wissen, dass es hier so üblich ist, dass Herr Dr. Stegner am Ende einer Debatte Benotungen der Oppositionspartei vornimmt und erläutert, wie sich deren Redner hier geschlagen haben.

(Zuruf)

Die Leistung des Kollegen Stegner möchte ich jetzt nicht bewerten. Ich will auch keine Einstufungen der Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen vornehmen und sagen, welche Rede die bessere war. Ich finde, das sollten wir ganz allgemein auch nicht tun, Herr Dr. Stegner.

Typisch aber ist wiederum dies: Wenn Sie sich mit unseren Argumenten auseinandersetzen, wenn Sie sich damit auseinandersetzen, welche konkreten Vorschläge wir zur Politik gemacht haben, welche Kritikpunkte wir festgemacht haben, um deutlich werden zu lassen, was die Landesregierung aus unserer Sicht falsch macht, wenn wir darüber reden, wie Sie die Straßen im Land vernachlässigen, wenn wir darüber reden, wie wenig Sie bei der Breitbandversorgung machen, wie schlecht Sie in der Bildungspolitik aufgestellt sind, wie wenig Geld Sie in Hochschulen investieren, dann gehen Sie hier ans Rednerpult und reden immer nur über die Vergangenheit.

(Beifall CDU - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit dem Blick auf die Vergangenheit versuchen Sie stets das zu kontern, was die anderen Sprecher der Opposition hier an Vorwürfen erheben. Das geschieht übrigens in Zeiten, in denen die Haushaltslage eine viel dramatischere als früher ist, weil Sie so schlecht vorgearbeitet haben, Herr Dr. Stegner, Sie persönlich!

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen verbitten wir uns solche Vergleiche und erwarten von Ihnen - Sie haben doch noch genügend Redezeit -, über unsere konkreten Vorwürfe zu sprechen. Sagen Sie uns doch einmal, warum Sie Ihre Regierungspolitik dennoch richtig finden. Damit sollten Sie sich beschäftigen und sich nicht in Vergangenheitsbewältigung erschöpfen.

Als CDU-Fraktion verbitten wir uns im Übrigen auch Ihre Bemerkungen zur **Flüchtlingspolitik**. Ich sage das an der Stelle auch noch einmal sehr deutlich, Frau von Kalben: Ihr grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Fangen Sie nicht damit an! Diese Rechnung verlieren Sie! - Zurufe CDU)

- Frau Kollegin Midyatli, ich werde Herrn Kretschmann auch gegen Ihre Kritik in Schutz nehmen.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß, Frau Kollegin von Kalben, dass Ihnen das sehr unangenehm ist. Ich kann Sie aber beruhigen, weil Sie in der Presseerklärung, die Sie selber geschrieben haben, nur einen Punkt herausgegriffen haben. Sie haben zu unserem Zehnpunkteprogramm nur gesagt, was denn falsch sei an dieser Flüchtlingsdebatte. Sie haben aber nicht ein einziges Argument vorgebracht, um deutlich werden zu lassen, was an unserer Flüchtlingspolitik falsch ist. Das Einzige, was Sie gemacht haben, Frau von Kalben, war, uns vorzuschlagen, dass es doch noch viel mehr Themen gebe, bei denen die Union noch viel schlechter sei als in der Flüchtlingspolitik, weshalb Sie darüber lieber mit uns reden wollten. Sie haben uns vorgeschlagen, wir sollten uns über Verkehrspolitik austauschen, über Wirtschaftspolitik. Die Regierung ist doch überall schlecht. Das machen wir auch.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Den Gefallen werden wir Ihnen tun, aber nur deshalb, weil Sie beim Thema Flüchtlingspolitik immer gleich mit dem Krakeelen anfangen, wenn wir mal in der Sache mit Ihnen diskutieren wollen. Davon lassen wir uns nicht abbringen.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Gestatten Sie mir noch zwei Sätze dazu. Wir halten uns an Gesetze. Kein einziger Vorschlag von uns würde eine Gesetzesänderung auf Bundesebene bedeuten, sondern wir sind dafür, dass die Gesetze des Bundes umgesetzt werden. Und dafür stellen Sie uns in die rechte Ecke? - Das ist doch lächerlich! Es ist doch lächerlich, was Sie an der Stelle machen!

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun gestatten Sie mir, an dem Punkt auch einmal, ein Stück emotional zu werden. Wenn man hier im Land und auch auf Bundesebene von Menschen spricht, die aus dem Irak oder aus Syrien hierher kommen, die Verwandte haben, deren Kopf abgeschnitten worden ist, dann ist das ja wohl etwas anderes, ob man aus diesen Ländern kommt oder aus dem Land eines EU-Beitrittskandidaten. Insoweit

(Daniel Günther)

darf man doch wohl nochmal einen Unterschied machen, ohne gleich von Ihnen angegriffen zu werden. Warum haben wir denn in unseren Vorschriften von **sicheren Herkunftsstaaten** gesprochen? Darüber ist doch verhandelt worden. Frau von Kalben, Ihnen ist nur peinlich, dass Ihr grüner Ministerpräsident dabei mitgemacht hat. Nur deswegen teilen Sie so aus. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

(Serpil Midyatli [SPD]: So viel zum Thema Polemik!)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Stegner, es ist sehr nett, dass Sie uns zum **Thema UKSH** und unsere Politik dazu verantwortungslos nennen. Ich meine jedoch, Sie können uns bestenfalls pessimistisch nennen, weil wir nicht daran glauben, dass die **Effizienzrendite** als solche so erwirtschaftet werden wird. Wir glauben eben nicht an die zukünftigen Wachstumspotenziale, und wir glauben auch nicht daran, dass es so eintreten wird wie von Ihnen prognostiziert.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

In der Tat sind wir insoweit pessimistisch. Wir wollen uns auch nicht auf 30 Jahre festlegen. Sie im Gegenzug sind insoweit gnadenlos Optimist und sagen: Alles wird schön, das UKSH wird in Zukunft sehr viel mehr Patienten bekommen, die Effizienzrendite wird so erwirtschaftet werden, das Management des UKSH wird alles, was an Vorschlägen vorgelegt worden ist, so umsetzen können, und de facto wird auch an Personal gespart werden. Dass wir als Oppositionsfraktion sagen, dass wir das nicht gut finden und hier nicht mitgehen wollen, kann doch nicht Anlass dafür sein, uns als verantwortungslos zu bezeichnen. Ich jedenfalls bin nicht der Meinung, dass dies der Fall ist.

(Beifall PIRATEN)

Nun zum Thema Tarifbeschäftigung und **Tarifverträge beim UKSH**. Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Leute, die hier vor dem Landtag demonstriert haben, wirklich glücklich über Ihre diesbezügliche Politik waren und diese Politik als Wohltat

Ihrereits verstanden haben. Ich glaube, die Bilder haben von etwas ganz anderem gesprochen.

Dann möchte ich noch das Thema **Flüchtlingspolitik** ansprechen, das gerade auch schon hochgekommen ist. Ich halte es für falsch, aufzusagen, welche Länder die besseren und sicheren Flüchtlingsländer sind und ob es sich dabei um „vernünftige“ Herkunftsländer handelt. Die Regelung von den **sicheren Herkunftsstaaten**, die im Bund beschlossen worden ist, finde ich schrecklich. Die Leute dort haben doch auch Probleme. Dort gibt es Minen vor Ort. Vor Monaten haben wir zu diesem Thema hier im Landtag noch von einem Moratorium gesprochen. Wenn ein Mensch seine Heimat verliert, wenn er all das zurücklässt, mit dem er verwurzelt ist, dann sollten wir uns doch nicht hier hinstellen und sagen, diese Menschen kämen aus einem sicheren Herkunftsland. Das ist für mich ziemlich zynisch. Wenn Leute aus ihrem Heimatland fliehen, dann haben sie auch einen wichtigen Grund dazu. Deshalb glaube ich nicht, dass es so etwas wie sichere Herkunftsländer gibt.

(Beifall PIRATEN)

Das gilt gerade dann, wenn die Gründe für die Flucht politisch motiviert sind. Es handelt sich schließlich um ein Menschenrecht, das nicht mit dem Hinweis auf sichere Herkunftsländer ausgehöhlt werden sollte.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Da sind wir also definitiv anderer Meinung.

Herr Stegner, noch ein kleiner Tipp. Ich habe nicht Frau Gaschke zitiert, sondern es war der Ministerpräsident Torsten Albig, der damals Oberbürgermeister der Stadt Kiel war. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Herr Günther, liebe CDU-Fraktion, ja, ich bin beim Thema Flüchtlinge emotional. Ich habe damit auch überhaupt kein Problem, weil es mich wirklich sehr ärgert, wie wir gerade bei diesem Thema, bei dem wir lange Zeit versucht haben, über die Parteien hinweg einen Konsens zu finden, vorgehen. Sie haben mir hier vorgeworfen, wie Herr Kretschmann im Bundesrat abgestimmt hat - übrigens nach sehr langer und gründlicher Abwä-

(Eka von Kalben)

gung. Ich sage Ihnen, das hat mit der Politik in diesem Haus erst einmal nichts zu tun. Sie werden mir bestätigen, dass ich Sie in Diskussionen, die wir gemeinsam hatten, niemals mit der Bundes-CDU oder gar mit Ihrer lieben Schwesterpartei in Bayern über einen Kamm geschoren habe; vielmehr habe ich sogar immer ausdrücklich gesagt, dass sich die CDU in Schleswig-Holstein sehr wohl von der Bundeslinie unterscheide. Ich habe das immer positiv hervorgehoben.

Genau deshalb reagiere ich so emotional; denn es enttäuscht mich extrem, dass Sie sich ein Feld aussuchen, das gefährlich ist. Herr Kubicki, diese Ansicht teile ich. Deswegen ist es vielleicht auch gut, dass es anlässlich der Regierungserklärung ausgetragen wird. Vielleicht kann man dann irgendwann wieder zu anderen gemeinsamen Punkten zurückkehren. Aber ich finde es gerade gefährlich, was Sie machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich?)

- Nein, ich schiele nicht, sondern ich gucke wieder Herrn Günther an. - Sie haben recht, dass es gefährlich ist. Aber ich glaube nicht, dass es gefährlich ist, darauf zu reagieren, wenn die CDU sich hier rückwärts gewandt in eine extremere Richtung bewegt. Darauf muss man reagieren. Das kann man nicht einfach stehen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Günther, Sie haben gesagt, ich hätte in meiner Presseerklärung nur auf einen Punkt - oder auf zweieinhalb Punkte, würde ich einmal sagen - von zehn Punkten reagiert. Das ist richtig. Das waren nämlich genau die Punkte, in denen Sie durch die Blume darauf hingewiesen haben, dass wir nicht genügend abschieben, dass wir die rechtlichen Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Das ist a) meiner Meinung nach falsch; b) wäre es schön, wenn wir das könnten, und c) zielt das genau auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die hier Zuflucht sucht, ab. Bisher war es nur eine Unterstellung von mir, dass Sie die eine Personengruppe damit meinen. In Ihrer Rede eben haben Sie aber ganz ausdrücklich davon gesprochen, dass Sie die **Flüchtlinge vom Balkan** meinen. Das ist das, was meiner Ansicht nach daran wirklich nicht akzeptabel ist.

Wenn wir anfangen, in gute und schlechte Flüchtlinge, in würdige und nicht würdige - wie früher beim Armenrecht - zu unterscheiden, dann bekommen wir ein Problem bei der **gesellschaftlichen Akzeptanz**. Dann bekommen wir ein Problem bei der gesellschaftlichen Akzeptanz derer, die unab-

hängig von den Syrern und Irakern hier Zuflucht suchen. Es war bisher in diesem Haus Konsens, dass wir allen Menschen, die hier als Flüchtlinge herkommen, erst einmal die Gelegenheit geben, ihr Anliegen vorzutragen. Wir sind gemeinsam auf den Balkan gefahren. Sie waren mit dabei. Sie wissen, wie uns dort ganz offen mitgeteilt wurde, dass den Menschen dort die Pässe weggenommen und diese dann zerrissen werden, damit sie nicht ausreisen können. Wir können doch nicht sagen, dass es keine Diskriminierung von Roma und Sinti auf dem Balkan gibt, und zwar unabhängig davon, ob es sich um EU-Beitrittsländer handelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin - -

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, Entschuldigung, lieber Ralf, ich möchte den Satz zu Ende sagen dürfen. - Ich möchte einfach, dass wir in diesem Haus nicht anfangen, Bevölkerungsgruppen, die hier Schutz suchen, gegeneinander auszuspielen. Wenn wir uns in diesem Punkt einig sind, dann können wir auch wieder zu einer vernünftigen Auseinandersetzung zurückkehren und versuchen, zu Gemeinsamkeiten in einem so wichtigen Feld zu kommen. Dass wir den Kommunen beiseite stehen, ja. Sieben von den zehn Punkten sind gut; wir können sie teilweise unterstützen. Aber musen Sie bitte nicht diese „Brandpunkte“ in Ihren Anträgen unter die anderen, sondern lassen Sie uns das trennen. Lassen Sie uns das nicht vermengen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach Artikel 16 Grundgesetz genießen politisch Verfolgte Asyl. Es gibt 50 verschiedene Aufenthaltstitel, Kollege Daniel Günther. Dies bedarf einer Prüfung. Es ist nicht damit getan, dass Sie sich hier hinstellen und entscheiden, wer bleiben darf und wer gehen muss. Bei allen, die hier sind

(Serpil Midyatli)

und einen Antrag stellen, muss das geprüft werden, und das braucht seine Zeit.

(Daniel Günther [CDU]: Sehr richtig! Dann sind wir uns ja einig!)

Genau diese Unterschiede machen Sie nicht. Wissen Sie was? Sie sagen, wir sollten keine Ängste schüren. Es gebe Menschen, die wirklich verfolgt würden, und andere, die nicht verfolgt würden. Wenn Sie diese Thesen aufstellen: Glauben Sie, dass die Faschisten vor der Tür zwischen einem Balkanflüchtling oder einem Syrer unterscheiden? Die können sie doch noch nicht einmal unterscheiden, wenn sie beide voreinander stehen.

Sie schüren hier Ängste, nicht wir, Herr Kollege Kubicki. Auch in der Opposition waren wir die Fraktion, die Ihre Arbeit konstruktiv begleitet hat. Ich möchte mit aller Schärfe zurückweisen, dass wir diejenigen sind, die hier Schärfe in die Debatte bringen - weder ich noch meine Fraktion. Das weise ich auf das Schärfste zurück.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Serpil Midyatli [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Stegner!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Midyatli, es ist ja nicht nur so, dass die Union diesen Punkt - das ist bemerkenswert - als ersten Punkt aufführt. Es hat ja auch eine Wertigkeit, dass Sie damit beginnen.

Aber ich will noch auf etwas anderes hinweisen, wenn Sie mir die Gelegenheit dazu geben. Herr Günther hat hier ausgeführt, man halte sich ja nur an Recht und Gesetz. Alles andere wäre auch noch schöner, Herr Kollege Günther. Aber darum geht es gar nicht. Das Land Schleswig-Holstein - jedenfalls unter sozialdemokratischen Innenministern - hat die humanitären Spielräume auch bei der Interpretation dieses Rechtes immer weiter ausgedehnt als die meisten anderen Bundesländer. Wir waren immer Vorposten, was die **humanitären Spielräume** angeht. Das wollen Sie einengen, indem Sie uns vorwerfen,

wir würden nicht genug abschieben. Das weisen wir zurück, das findet nicht den Konsens in diesem Haus. Früher war übrigens die FDP auch der Auffassung, dass wir das nicht tun sollten. Wir haben hier deswegen eine humanitäre Kommission, eine Härtefallkommission, eingerichtet, die den Namen auch wirklich verdient. Ich habe mir manchen Rüffel - wie manche meiner Kollegen auch - von Herrn Schily - und wie die Innenminister alle hießen - eingehandelt, weil wir gelegentlich das Recht - das sage ich ausdrücklich - zugunsten der Menschen so weit gedehnt haben, wie es nur irgend geht. Ich bin stolz darauf, dass wir Sozialdemokraten das so gemacht haben. Und das soll in diesem Land so bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Daniel Günther [CDU]: Da bin ich aber auf die Antwort gespannt!)

- Dem kann ich nur ausdrücklich zustimmen. Übrigens ist das nicht nur ein Punkt in Ihrem Zehn-Punkte-Plan, sondern auch der zweite, dritte und vierte Punkt beschäftigen sich nur mit Abschiebungen.

Auf Ihre anderen Forderungen, die Sie aufgestellt haben, haben wir mit unserer Nachschiebeliste schon reagiert. Mir fehlen bis heute noch Haushaltsanträge von Ihnen, mit denen Sie uns sagen, in welchen Bereichen Sie die humanitäre Flüchtlingspolitik insbesondere für die Iraker und die Syrer verstärken wollen. Ich erlebe nicht, dass wir da von Ihnen irgendwelche Vorschläge bekommen haben. Die Nachhilfe von Ihnen brauchen wir nicht.

Lieber Kollege Daniel Günther, überlassen Sie die Flüchtlingspolitik Ihrer Kollegin Astrid Damerow. Sie hat wenigstens Ahnung davon.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre damit den Tagesordnungspunkt „Regierungserklärung“ für beendet.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 15 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Flüchtlings- und Asylpolitik den aktuellen Bedürfnissen anpassen**

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2382

Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2449

Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2457

b) Syrische Kriegsoffer schützen - Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen!

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2089

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2141 - selbstständig -

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/2401

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zunächst der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Kollegin Barbara Ostmeier, das Wort - die ich leider jetzt aber gar nicht sehe.

(Zuruf: Die telefoniert!)

- Ist es möglich, dass sie hereingerufen wird?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich möchte auf die Vorlage verweisen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Dann kommen wir zur Aussprache. Ich erteile der Kollegin Astrid Damerow von der CDU-Fraktion das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Zeit werde ich meine vorbereitete Rede stark abkürzen, damit ich genügend Zeit habe, um noch näher auf das Thema eingehen

zu können, das wir heute Morgen in unterschiedlicher Art und Weise schon diskutiert haben.

Lassen Sie mich noch ganz kurz zum Thema **Schleuserkriminalität** sagen, dass dies ein zunehmend größeres Problem ist. Ich denke, das ist uns allen bewusst. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen. Schleusungen sind nicht zu akzeptieren. Sie sind kriminell, und sie sind im Übrigen menschenverachtend.

(Beifall CDU)

Gestern Abend haben wir einen **Änderungsantrag** der **Piratenfraktion** zu diesem Thema bekommen, dessen Inhalt wir nicht teilen. Wir sind aber der Ansicht, dass es wichtig ist, dass wir uns intensiv mit der europäischen Flüchtlingspolitik auseinandersetzen. Deshalb schlagen wir vor, diesen Antrag federführend im Europaausschuss und mitberatend im Innen- und Rechtsausschuss zu beraten. Ich denke, die Beratung dieses Themas braucht mehr Zeit.

Hinsichtlich des **Schulunterrichts** für die zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die zu uns kommen, konstatieren wir, dass über die Nachschiebeliste durch die Landesregierung circa 8 Millionen € bereitgestellt werden. Wir registrieren, dass der Druck der Opposition offensichtlich etwas bewirkt hat.

(Zurufe SPD)

Das freut uns im Sinne der Flüchtlinge. Allerdings wird Geld allein nicht reichen. Wir erwarten ein **Konzept**; denn es sind einige Dinge zu beachten. Das ist im Übrigen auch den Koalitionsfraktionen klar geworden; denn heute Mittag ist uns ein Antrag vorgelegt worden, mit dem genau dieses Konzept eingefordert wird. Wir sind also sehr gespannt, was uns die Landesregierung zur Januar-Tagung vorlegen wird.

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas einschieben. Beim SPD-Antrag hat uns gefreut, dass dieser die Landesregierung für ihre Initiative zur Änderung des **Bleiberechts** lobt. Sie haben aber offensichtlich vergessen, darauf hinzuweisen, welche Landesregierung Sie meinen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass dies eine Initiative der schwarz-gelben Regierungskoalition war, die von Herrn Minister Schmalfuß angestoßen wurde. Nichtsdestotrotz bedanken wir uns an dieser Stelle für den Dank.

(Astrid Damerow)

Nun lassen Sie mich zu unserer **Pressemitteilung** und der doch sehr selektiven Wahrnehmung kommen, die wir feststellen müssen. Zuerst - ich glaube, da besteht keine Uneinigkeit - steht in diesem Papier - das Sie offensichtlich leider nicht gelesen haben -, dass wir erwarten, dass die Landesregierung unseren einstimmig gefassten Beschluss vom September vergangenen Jahres endlich umsetzt. Ich finde, das muss oberste Priorität haben.

Eines ist uns doch völlig klar: Hätte diese Landesregierung damals gearbeitet, als wir das gefordert haben, würden wir heute in den **Kommunen** und in der Öffentlichkeit nicht die Diskussion führen, die wir teilweise führen. Ich empfehle Ihnen die Lektüre des letzten Mitteilungsheftes des Landkreistages Schleswig-Holstein. Darin steht einiges dazu. Ferner empfehle ich Ihnen die Äußerungen des Kölner Oberbürgermeisters zu diesem Thema, der nicht gerade im Verdacht steht, CDU-nah zu sein.

Die Kommunen stehen vor großen Problemen. Sie schaffen es nicht mehr, die große Anzahl der Flüchtlinge zu bewältigen - auf einer Art und Weise, wie wir es erwarten, die bei uns Standard sein sollte. Dadurch, dass Sie Realitäten ausblenden, wird es nicht besser. So unpopulär es auch ist - das ist für Sie ein bisschen schwierig, weil Sie immer einen ganz anderen Duktus vor sich hertragen -, müssen wir konstatieren, dass wir im Moment ein Problem hinsichtlich der **Aufnahmekapazität** für Flüchtlinge haben.

Außerdem haben wir geschrieben:

„Die Aufnahme von Flüchtlingen beispielsweise aus Syrien oder dem Irak ist angesichts der dortigen Zustände eine humanitäre Verpflichtung.“

- Ich denke, dabei sind wir uns einig. Weiter heißt es:

„Oberste Priorität müssen deshalb die Flüchtlinge und Asylbewerber haben, die aus Angst vor Verfolgung ... bei uns Schutz suchen.“

- Weil es so viele sind, sagen wir auch, dass diejenigen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, auch ausreisen müssen. Ich kann überhaupt nicht erkennen, was daran so skandalös ist. Das ist die geltende Rechtslage.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Dafür beschimpfen Sie uns auf eine wirklich schwierige Art und Weise. Der Ministerpräsident hat heute Morgen versucht, uns zu unterstellen, wir würden syrische und irakische Flüchtlinge abschie-

ben wollen. Diesen Eindruck versucht er permanent zu erwecken. Das ist sachlich aber falsch. Das ist im Übrigen nicht der erste Punkt unseres Antrags.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Astrid Damerow [CDU]:

Alles andere sind Vorschläge, die wir schon lange unterbreitet haben, übrigens gemeinsam mit Ihnen. Hören Sie also bitte damit auf, so einen Popanz aufzubauen. Nehmen Sie die Realität zur Kenntnis; denn das ist die Verantwortung von Politik. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich erneut Frau Abgeordneter Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Papier gelesen. Punkt eins war der gemeinsame Antrag, den wir hier beschlossen haben. Bei den Punkten zwei, drei und vier geht es nur um **Abschiebung**.

Ich möchte Sie bitten, mir einen Fall zu zeigen, bei dem rechtlich alle Rahmenbedingungen vorliegen, aber trotzdem die betreffende Person nicht ausgewiesen wird, weil der Innenminister sagt: Du kannst noch eine Woche oder zwei oder drei Wochen länger hier bleiben. - Zeigen Sie mir bitte einen solchen Fall in diesem Land, und dann können wir weiter über dieses Thema reden.

Ich möchte zunächst auf die **Überschrift** Ihres **Antrags** eingehen. Ich finde, die Überschrift passt absolut nicht zu dem Inhalt des Antrags. Im Grunde genommen müsste die Überschrift lauten: Flüchtlings- und Asylpolitik den CDU-Bedürfnissen anpassen.

Aus den 110 Seiten der Antwort auf die Große Anfrage, die Sie zum Thema der Flüchtlings- und Asylpolitik gestellt haben, nehmen Sie sich einen einzigen Punkt heraus, und das ist der Bereich der Abschiebung. Das kritisieren wir. Ich bin der Auffassung, dass es kein tolles Rezept ist, einfach die alten Flüchtlinge rauszuwerfen, damit wir Platz für neue Flüchtlinge haben.

(Serpil Midyatli)

(Zuruf CDU: Wo steht denn das?)

So kommt das für uns rüber. Wenn Sie außerdem in Ihrem Antrag mehr Geld für Frontex und bessere **Grenzsicherungen** fordern, damit das Problem möglichst vor der Tür bleibt, wie soll ich das denn sonst anders definieren können?

Gut. Das ist Ihre Haltung. So kennen wir die CDU nun einmal. Was ist aber Ihr Vorschlag? Wie sollen die Menschen denn dann nach Deutschland kommen, die auf der Flucht sind?

Mit Ihrem Antrag haben Sie Ihr Herz für **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** gefunden. Deshalb möchte ich gern von Ihnen wissen, wie denn ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling die legale Einreise nach Deutschland schaffen soll. Das würde ich gern wissen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dazu gibt es von Ihnen keinen Vorschlag. Hierfür müssen wir Möglichkeiten finden. Das Problem muss leider auf europäischer Ebene gelöst werden. Das ist aber eine Forderung, die es schon sehr lange gibt.

Ich möchte Ihnen sagen, wie viel eine Schleusung nach Europa ungefähr kostet. Pro Flüchtling beziehungsweise pro Einreisenden müssen 9.000 € bis 14.000 € aufgebracht werden, um nach Europa einreisen zu können.

Ich bin der Meinung, dass es für Menschen legale Möglichkeiten geben muss, wenn sie Schutz suchen, wenn sie fliehen, um ihr Leben zu retten. Hierfür müssen wir gemeinsame Antworten finden, damit diese Menschen nicht von **Schleuserbanden** ausgenutzt werden und teilweise auf der Flucht auch brutal behandelt werden.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Gern sind wir bereit, darüber mit Ihnen in Diskussionen einzutreten. Denn ich finde, dass die Flüchtlinge dieses Geld viel besser einsetzen können, wenn sie erst einmal bei uns angekommen sind, um sich hier in ihrer neuen Heimat ein neues Leben aufzubauen.

Aber wie gesagt: Die Vorschläge von Ihnen sind leider rückwärtsgewandt. Sie kommen aus der Law-and-Order-Ecke, aus der Sie, liebe CDU, schon sehr lange heraus waren. Nicht wir, die regierungstragenden Fraktionen, kündigen irgendeinen Konsens auf, sondern - das mussten wir leider durch Ihre Pressemitteilung und durch Ihren Plan sehen - Sie selbst legen Ihre Prioritäten bei der Nummerierung der Nachschiebeliste vor.

Sorry, liebe Kollegin Damerow, aber der Kollege Habersaat und ich haben schon vor etwa zwei Monaten eine Pressemitteilung dazu gemacht, wie wir uns die Aufstockung der **DaZ-Mittel** vorstellen. Genauso verläuft die Diskussion auch um die **Sprachkurse** für die Flüchtlinge, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben. Ich habe Ihnen in diesem Parlament bereits angekündigt, dass wir die **Betreuungspauschale** anheben werden. Das haben wir getan. Die Kommunen werden zusätzlich 1 Million € bekommen, damit sie die Betreuung und die Begleitung der Flüchtlinge vor Ort organisieren können.

Wir haben auch in anderen Bereichen etwas getan. Wir werden im Dezember noch ausreichend Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Ich erwarte von Ihnen gar keine eigenen Anträge, ich bin nur gespannt auf Ihr Abstimmungsverhalten dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nicht alles wiederholen, was wir eben in der Debatte zur Regierungserklärung schon gehört haben. Ich möchte nur auf drei Punkte eingehen.

Erstens möchte ich zum Thema „**Abschottung** beziehungsweise **Abschiebung** ausweiten“ sprechen. Das sind eigentlich zwei Themen. Ich glaube, dass wir uns bei dem, was Sie im ersten Punkt Ihres Antrags heraufbeschwören beziehungsweise darstellen, nämlich dass wir Schleuserbanden bekämpfen müssen, einig sind. Aber wir sind uns nicht darin einig, dass wir die Grenzen in Europa stärker abschotten müssen. Wir haben dazu die entgegengesetzte Auffassung. Insofern weisen wir diesen Punkt entschieden zurück.

Wir sind der Meinung: Man muss Fluchtwege ermöglichen und den Menschen die Möglichkeit geben, sicher und unabhängig von Schleuserbanden nach Europa zu kommen. Das erreicht man nicht damit, indem man die Grenzen noch besser abschottet, wie es uns auch auf dem Balkan wunderbar dargestellt wurde. Da wurde gesagt, man könne das wie die Griechen machen: Wenn man Schnellboote aus Deutschland hätte, könnte man die

(Eka von Kalben)

Schlauchboote abschießen. Diese Politik findet diese Koalition nicht richtig; wir lehnen sie ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das habe ich so nicht gesagt! Erzählen Sie doch nicht, dass ich das gesagt habe!)

Wir sind zweitens nicht der Meinung, dass die **Möglichkeiten zur Abschiebung** nicht ausreichend genutzt werden. Es gibt Menschen, die hier geduldet werden und die zum Teil aus humanitären Gründen - -

(Zurufe CDU)

- Ausreisepflichtige werden leider zum Teil abgeschoben. Wir haben teilweise auch schon über Einzelfälle gesprochen, die dann zum Teil vor der Härtefallkommission gelandet sind. Dazu haben auch Sie gesagt: Wenn diese Menschen seit 20 Jahren hier sind und vielleicht bei der Einreise falsche Angaben gemacht haben und deshalb abschiebepflichtig werden, sei das inhuman und nicht akzeptabel.

Mir geht es einfach darum: Wenn Sie in diesen zehn Punkten einen Punkt auflisten, der sowieso Gesetz ist, muss der Eindruck entstehen, als gäbe es massenhaft Menschen, die ausreisepflichtig seien und die sich hier in Deutschland befänden, obwohl sie es nicht verdient hätten. Das schürt Ängste. Deshalb ist diese Vermischung nicht banal, und daher ist diese Vermischung falsch.

Letzter Punkt: Wir haben eine Gemeinsamkeit, denn wir sind auch der Meinung, dass es richtig ist - wir hatten ein Konzept -, dass wir einen **aktualisierten Bericht** bekommen. Wir sind auch der Meinung, dass man die **Kommunen** noch viel mehr bei der Aufnahme der Flüchtlinge unterstützen muss. Dafür - das hat Serpil Midyatli schon gut ausgeführt - haben wir in der Nachschiebeliste sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Das war Ihnen beim Schreiben des Antrags nicht bekannt. Insofern ist das kein Vorwurf.

Aber wir sind voll Ihrer Meinung, dass das a) nicht nur mit Geld geht, b) wir ein Konzept brauchen und wir c) die Kommunen unterstützen müssen. Ich bin jedoch dagegen, Ängste zu schüren. Ich beobachte die Stimmung im Land ganz anders. Wenn ich in den Kommunen oder in den Kreisen unterwegs bin, bemerke ich eine große Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Deshalb müssen wir keine Sorgen haben und befürchten, dass das die falschen Flüchtlinge seien. Wir brauchen das überhaupt nicht. Wir können das einfach positiv zur Kenntnis nehmen, dass es Menschen gibt, die unser Land bereichern werden, und dass wir glücklich sein können, dass so viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner das positiv begleiten - aus allen Parteien. Lassen Sie uns daran bitte nichts durch irgendwelche Scheindebatten verschlechtern. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ende September 2013 hat der Landtag die Landesregierung auf Basis eines **Antrags aller Fraktionen** aufgefördert - ich zitiere -, „die Kommunen bei der Unterbringung ... von Flüchtlingen aktiv zu unterstützen“ und gemeinsam mit den Kommunen ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen zu entwickeln. Mindestens ein Dreivierteljahr lang hat die Landesregierung dieses Thema schlicht verschlafen. Das angeforderte gemeinsame Konzept ist bis heute nicht vorgelegt worden. Diese Kritik muss man einfach anführen.

Es bleibt noch viel zu tun, auch wenn - das will ich auf der anderen Seite für meine Fraktion feststellen - auf der anderen Seite anzuerkennen ist, dass jetzt endlich konkrete Verbesserungen eintreten, wie das gestern von der Bildungsministerin vorgelegte **Maßnahmenpaket** zur **Sprachförderung** von Flüchtlingskindern. Vielleicht erinnern Sie sich, dass wir in der Septemberdebatte auch hierüber diskutiert haben und dass ich mit Blick auf die deutlich gestiegenen Zahlen der hier aufgenommenen Flüchtlinge von der Notwendigkeit gesprochen habe, im schulischen Bereich deutlich nachzulegen. Das passiert, und das erkennen wir als Liberale auch nachdrücklich an.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wäre schön, wenn sich auch andere Ressorts in ähnlich erkennbarer Weise engagieren könnten, etwa um in einer Gemeinde wie **Boostedt**, die vor besonderen Herausforderungen steht, die Akzeptanz für die geplante neue Erstaufnahmeeinrichtung zu

(Dr. Ekkehard Klug)

sichern. Dafür gäbe es eine ganze Reihe von Ansatzpunkten. Ich will an dieser Stelle nur zwei Ansatzpunkte nennen, etwa eine über das Jahresende 2014 hinaus fortgesetzte Landesförderung für den dort tätigen **Konversionsmanager**. Sie wissen alle: Boostedt ist von dem Abzug der Bundeswehr in besonderer Weise betroffen. Ebenso wichtig wäre meines Erachtens auch, ein klares Signal des Landes an die Gemeinde Boostedt zu senden, dass das Land bei Firmenansiedlungen auf den dafür nutzbaren Teilen des Kasernengeländes eventuell auftauchende Hürden wegräumen wird - Stichwort: **Landesentwicklungsplan**.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen. Das **Asylrecht** für politisch Verfolgte ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratiekultur. Hilfsbereitschaft gegenüber Bürgerkriegsflüchtlingen ist in gleicher Weise auch aus humanitären Gründen geboten.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich halte es keinesfalls für verwerflich - jetzt werden Sie auf der anderen Seite dieses Hauses nicht so begeistert sein, wenn ich Ihnen das sage - diesen beiden Gruppen einen Vorrang gegenüber jenen einzuräumen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen einwandern wollen - ganz gleich, woher sie kommen. Man muss schon feststellen, dass das Asylrecht eigentlich nur für diejenigen eingeführt wurde, die tatsächlich **politisch verfolgt** sind. Man muss zumindest um Klarheit zu schaffen sagen, dass das nicht das Instrument für alle ist, die gern in Deutschland einwandern wollen.

Wir haben schon zu einem früheren Zeitpunkt einen Vorschlag für die unterbreitet, die als **Armutszuwanderer** kommen wollen. Für diese sollten wir eine besondere Aufnahmeregelung entwickeln, die sich am deutschen Fachkräftebedarf orientiert.

Das hat auch der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vorgeschlagen. Das ist eine gute Idee, die wir nach wie vor für richtig halten.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Vonseiten der Koalition wird in diesem Zusammenhang immer wieder davor gewarnt, Flüchtlinge in gute oder schlechte Flüchtlinge aufzuteilen. In diesem Sinne hat sich auch Ministerpräsident Albig in seiner Bundesratsrede vom 19. September 2014 geäußert. So etwas klingt auf den ersten Blick sehr schön und vordergründig auch nachvollziehbar.

Tatsächlich ist es aber so, dass wir die Bereitschaft der Menschen in unserem Land, Flüchtlingen und Asylsuchenden zu helfen und sie bei uns aufzunehmen, nur dann erhalten können und nur dann erhalten werden, wenn man gleichzeitig deutlich macht, dass **politische und religiöse Extremisten** hier in Deutschland eben nicht willkommen sind.

(Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU] und Volker Dornquast [CDU])

Anders gesagt: Wer entweder deutscher Staatsbürger werden will oder ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten möchte, von dem erwarten wir, dass er sich zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennt und sich nicht am Aufbau einer Parallelgesellschaft beteiligt.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Die Aufnahme einer steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden bürdet insbesondere den **Städten und Gemeinden** vor Ort eine große Verantwortung und erhebliche Lasten auf.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Sie haben daher einen Anspruch auf Unterstützung, und zwar vonseiten des Landes und des Bundes. Was das Land angeht, so habe ich dazu eingangs bereits einiges gesagt.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Vielleicht beruhigen Sie sich wieder ein bisschen, Frau Midyatli.

(Serpil Midyatli [SPD]: Nee, tue ich nicht! Mir reicht das!)

Offen bleibt aber bisher die Forderung, dass sich auch der Bund an Hilfen für Länder und Kommunen stärker beteiligen soll.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie müssen bitte zum Ende Ihrer Rede kommen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Gott sei Dank!)

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Gern. - Hier hat es bislang eine große Zurückhaltung vonseiten des Bundes gegeben, und auch die CDU war leider nicht bereit, diesen Punkt aufzunehmen. Ich meine, dass wir den Bund weiter fordern müssen,

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die Länder und Kommunen bei der notwendigen Integrationsarbeit zu unterstützen. Ich erwarte, dass dies auch von der Landesregierung eingefordert wird.

(Beifall FDP, Daniel Günther [CDU] und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mehrere Anträge zu beraten und unterschiedlich zu behandeln. Ich rede zu dem Antrag meiner Fraktion, dem Änderungsantrag zum CDU-Antrag. Wir sagen: Wir müssen die Flüchtlings- und Asylpolitik den aktuellen Bedürfnissen anpassen. Und ich rede zu unserem Antrag „Syrische Kriegsopfer schützen - Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen“.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung.

(Unruhe)

- Frau Midyatli möchte vielleicht auch zuhören.

(Volker Dornquast [CDU]: Nee, die ärgert sich lieber!)

- Möchte sie nicht zuhören?

(Serpil Midyatli [SPD]: Das entscheide immer noch ich selbst!)

- Gut, dann wende ich mich direkt an den Innenminister. Die Vorbemerkung richtet sich auch eher an die Regierung. Der **Antrag „Syrische Flüchtlinge konsequent aufnehmen“** stammt aus einer Zeit, in der wir noch mit Ihrem Vorgänger, Herrn Breitner, zu tun hatten. Ich denke, dass eine Sachdebatte vor allen Dingen auch in den Ausschüssen dazu führen kann, dass wir einander näher kommen. Mein bisheriger Eindruck von dem praktischen Handeln, seitdem Sie im Amt sind - das bezieht sich insbesondere auf die riesigen Herausforderungen, die Sie versuchen, mit Frau Söller-Winkler und selbst in Boostedt, in Neumünster, aber auch in allen anderen Bereichen, die damit zusammenhängen, jetzt versuchen anzugehen -, ist, dass das gute Ansätze sind. Solange wir da d'accord

sind, werden wir Sie auch aus voller Kraft unterstützen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dass unsere Ziele weitergehend sind, ist bekannt, aber das mag dann auch die politische Debatte weiter nach vorn bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal grundsätzlich: Wer über das Meer flieht, wechselt den Ort und hat die Angst immer im Gepäck. Da ist es doch beschämend, dass **Flüchtlinge** kaum noch die Möglichkeit haben, **Europa** auf sicherem Weg zu erreichen. Flüchtlinge gehen stattdessen lebensgefährliche Risiken ein, um vor Krieg und Verfolgung zu fliehen und Schutz in Europa zu finden. Mehr als 3.000 Flüchtlinge sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration bei dem Versuch, in diesem Jahr das Mittelmeer zu überqueren, ertrunken. Bundesinnenminister de Maizière fordert mehr **Aufnahmebereitschaft** anderer EU-Mitglieder, richtig. Zitat:

„Fünf Länder nehmen rund 70 % der Flüchtlinge und Asylbewerber auf, darunter Deutschland, Deutschland mit Abstand am meisten.“

Er ignoriert, dass Deutschland - in Relation zur Bevölkerung gesetzt - nur im Durchschnitt liegt. Belgien und Österreich beispielsweise nehmen prozentual weit mehr Flüchtlinge auf.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Schleswig-Holstein liegt nach dem Königsteiner Schlüssel mit 3,4 % der aufzunehmenden Flüchtlinge zum Beispiel auf Platz 9 von 16. Ich denke, da ist noch jede Menge Luft nach oben.

Bundesweit werden für dieses Jahr - wir kennen die Zahlen - rund 200.000 neue Asylbewerber erwartet. Auf dem Höhepunkt im Jahr 1992, den Balkan-Krisen und -Kriegen, waren es 450.000. Also ist meine Behauptung: Wir haben heute viel bessere Voraussetzungen, wenn wir es gemeinsam machen, diese 200.000 Menschen menschenwürdig unterzubringen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Liebe Freundinnen und Freunde, zum **CDU-Antrag**: Es hat schon einen Beigeschmack, wenn so etwas im Vorfeld eines Landesparteitages kommt und sich nach zweieinhalb Jahren die politischen Parteien im Vorwahlkampf neu aufstellen. Ich muss auch sagen: Ich habe große Sorge und bedauere das zutiefst, dass die CDU aktiv einen Schritt zurückgegangen ist. Das kündigt einen Konsens in diesem Haus auf. Ich hoffe, dass wir im Rahmen der sachli-

(Angelika Beer)

chen Beratung in den Ausschüssen wieder zusammenkommen.

Das ist der Grund, warum ich beantrage, dass unser Antrag zum Änderungsantrag der CDU in fast allen Punkten, die die CDU auch beantragt hat, in den Europaausschuss federführend und in den Innen- und Rechtsausschuss mitberatend überwiesen wird.

Es gibt aber auch einen Punkt, liebe Kollegin Eka von Kalben, den wir hier direkt herauslösen und abstimmen möchten, gerade nach Ihren Einlassungen - sie ist jetzt nicht da - zur Situation der Sinti und Roma. Ich erinnere auch an die Delegation im Jahr 2013. Wir erwarten - wie jetzt auch aktuell von Mecklenburg-Vorpommern, einer konservativen Landesregierung, vorgenommen - die Prüfung, ob wir hier in Schleswig-Holstein ein **Wintermoratorium für die Roma** aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern beschließen und ihnen so beim Überleben helfen.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **syrische Flüchtlinge** aufnehmen - das ist der Widerspruch für uns auch zur Regierungserklärung von Herrn Albig von heute Morgen: Wir können mehr machen. Resettlement? - Ja, gern. Aber in Ihrem Antrag steht noch nicht einmal, wo. Ist es Schleswig-Holstein, ist es Deutschland, sind es andere Länder? - Das ist vollkommen unzureichend. Sie werden immer unkonkreter in den Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen.

Deswegen sage ich eben auch zu heute Morgen: Anspruch und Wirklichkeit der Regierungserklärung und reelle Hilfe klaffen weit auseinander. Niedersachsen hat Anlauf genommen, den Paragraphen 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes zu ändern, um syrischen Flüchtlingen großzügig eine sofortige Ankunft, Arbeit, Verpflegung und die Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen zu ermöglichen. Das ist humanitäre Flüchtlingspolitik.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin!

Angelika Beer [PIRATEN]:

Die Spielräume wollen wir hier ausnutzen. Deswegen stellen wir diesen Antrag heute zur Abstimmung und bitten Sie, der Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses nicht zuzustimmen, sondern unserem Antrag. Dann haben wir wieder eine hu-

manitäre Flüchtlingspolitik, die vielleicht auch gemeinsam getragen werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tagtäglich werden wir mit den Bildern aus den Krisen- und Kriegsgebieten aus allen Teilen der Welt konfrontiert. Kriegsszenen, flüchtende Menschen und leerstehende, zerstörte Häuser bestimmen diese Bilder. Auch vor unserer eigenen Haustür können wir Auswirkungen dieser Entwicklung jetzt erkennen. Eine Tatsache, die sich nicht retuschieren lässt, ist die der fortbestehenden **Unterbringungsknappheit** für Flüchtlinge und Asylbewerber. In Schleswig-Holstein müssen wir an dieser Stelle nicht von einer Not sprechen, jedoch verfügt das Land auch nicht über Kapazitäten im Überfluss. Insofern muss präzise vorgegangen werden, um die zur Verfügung stehenden Mittel am effektivsten einzusetzen und letztendlich auch eine Entlastung herbeiführen zu können.

Land und Kommunen arbeiten hier Hand in Hand. Mehr noch: Land und Kommunen haben enorme Leistungen erbracht. Hier wird oft mehr getan als grundsätzlich vorgeschrieben ist. Deshalb möchte ich auch einmal den Kommunen meinen ausdrücklichen Dank aussprechen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem wurde vom Innenminister angekündigt, die Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen im neuen Haushaltsjahr zu erörtern. Die entsprechenden Vorschläge sind jetzt auch öffentlich gemacht worden. Jedoch zeigen sich in dieser angespannten Kriegs- und Krisensituation, die sich über immer mehr Regionen erstreckt, früher oder später auch Grenzen. Das merken wir natürlich auch bei uns im Land.

Die **Aufnahmezentrale in Neumünster** hat zum jetzigen Zeitpunkt ihre Grenze erreicht - wobei man auch sagen muss, dass der Bund in dieser Hinsicht bisher lediglich einen kleinen Finger zur Hilfe gereicht hat. Man müsste einmal sämtliche leer stehenden **Liegenschaften des Bundes** auf Eignung zur Unterbringung prüfen. Hierbei handelt es sich nicht nur um Kasernen - die hat man immer zuerst

(Lars Harms)

im Kopf -, sondern durchaus auch um Wohnungen, um Einzelligenschaften, die zur Verfügung stehen und auf kommunaler Ebene für Entlastung sorgen könnten. Es reicht nicht, jedes Jahr wieder und wieder Notlösungen aus dem Hut zu zaubern, so toll es ist, dass wir das immer wieder hinbekommen haben. Es muss vielmehr um **Beständigkeit** gehen, wir brauchen hier eine andere Herangehensweise.

Bund, Länder und Kommunen sollten sich von Kurzsichtigkeit und dem Denken in kurzen Fristen lösen, sofern sie dies noch nicht getan haben. Selbst eine zusätzliche einmalige Finanzspritze aus Berlin würde in diesem Fall nichts anderes sein als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen vom Bund auch in diesem Bereich dauerhafte Unterstützung.

Aus Sicht des SSW wäre ein **nationaler Flüchtlingsgipfel** keineswegs eine unnütze Idee, sondern eine dringende Notwendigkeit, um eine gemeinsame Flüchtlingspolitik über alle Landesgrenzen hinweg auf die Beine zu stellen. Immer diese Notlösungen, immer diese Einzelentscheidungen in den einzelnen Bundesländern bringen uns langfristig nicht weiter, so gut jede einzelne Maßnahme ist, die wir hier ins Werk setzen. Wir brauchen bundesweite Regelungen, um hier zu einer vernünftigen Lösung für die Flüchtlinge zu kommen und den Menschen, die zu uns kommen, so gut wie möglich helfen zu können.

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass auch die **Europäische Union** hier eine Verantwortung zu tragen hat. Die europäische Flüchtlingspolitik ist, wenn man ehrlich ist, unterentwickelt, wenn man ganz ehrlich ist, sogar rückständig. Man könnte fast das Gefühl bekommen, dass Brüssel versucht, diese Thematik, soweit es geht, auszuklamern, sich nicht zu äußern und hier nicht koordinierend tätig zu werden. Die Kontrolleure von Frontex einfach an die Außengrenzen zu schicken, um eine Einreise zu verhindern, halten wir als SSW für den falschen Weg.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Im 25. Jahr nach der innerdeutschen Grenzöffnung sollte die Ablehnung solcher Maßnahmen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Was damals innerdeutsch falsch war, ist auch europäisch falsch.

(Beifall SSW und PIRATEN)

An dieser Stelle sollte auch noch einmal betont werden, dass laut der letzten **NDR-Umfrage** zu sämtlichen politischen Themen im Land der über-

wiegende Teil der Befragten mit der aktuellen Flüchtlingspolitik zufrieden ist. Um die 65 %, 70 % sagten: Was jetzt getan wird, ist gut; am liebsten würde man gern sogar noch mehr tun und noch mehr Menschen bei uns im Land unterbringen. Wir haben bei uns im Land also eine durchaus positive Situation. Wir können etwas für die Menschen tun, und wir können sie unterstützen, auch weil unsere Bevölkerung dahintersteht. Das ist etwas, was man immer wieder sagen muss.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass die Leute das kritisch sehen, im Gegenteil, der überwiegende Teil der Bevölkerung sagt: Ja, wir wollen die Menschen hier bei uns haben, wir wollen ihnen helfen, und wir wollen auch, dass dafür finanzielle Mittel aufgewendet werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Lars Harms [SSW]:

Was ist also die Schlussfolgerung, Frau Präsidentin? Wir brauchen nicht Abschottung, sondern Offenheit und eine gemeinsame europäische humane Flüchtlingspolitik, die sich an unseren Standards in der Bundesrepublik orientiert. Hierfür müssen wir gemeinsam arbeiten, auf europäischer Ebene, auf Bundesebene und natürlich auch hier im Land. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der Debatte heute Morgen und gerade eben häufig die Wörter „**Armutsflüchtlinge**“ oder gar „**Wirtschaftsflüchtlinge**“ gehört. Dabei fällt mir immer ein Satz des berühmten Milieumalers Heinrich Zille ein. Der hat in Bezug auf das Berliner Proletarietend in den Gründerjahren des 19. Jahrhunderts insbesondere auf dem Wohnungssektor gesagt:

„Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt.“

(Burkhard Peters)

Das bezieht sich darauf, dass es Formen sozialer Verelendung gibt, die asylerblich sein können und asylerblich sind. Ich behaupte, dass genau dies in Bezug auf die Roma und Sinti in vielen Regionen des Balkans der Fall ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Sie leben dort buchstäblich auf Müllhalden. Die Kindersterblichkeit ist enorm, die Lebenserwartung ist gering. Die Wasserversorgung, grundlegende Bedürfnisse sind nicht gewährleistet. Diese Verhältnisse sind, wenn sie von staatlicher Seite gezielt gegen eine ethnische Minderheit benutzt werden, ausgrenzende Verfolgung.

Ich bitte darum, dass wir das Gerede von „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „Armutflüchtlingen“ bezogen auf diese Gruppe von Menschen sehr schnell unterlassen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat nun Herr Innenminister Stefan Studt das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einigen Sachinformationen beginnen. Bereits in der Juli-Debatte wurde deutlich, dass Schleswig-Holstein sowohl auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene seiner humanitären Verantwortung gegenüber den **Flüchtlingen aus Syrien** gerecht wird. Dazu zählt die Beteiligung an den zwischen Bund und Ländern abgestimmten Aufnahmeaktionen für insgesamt 20.000 syrische Bürgerschaftsflüchtlinge. 672 Personen bietet Schleswig-Holstein ganz konkret Schutz und Zuflucht.

Für Flüchtlinge, die eine Aufnahme durch ihre in Schleswig-Holstein lebenden Verwandten beantragen, haben wir zudem eine Anordnung zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen getroffen. Eine Grundvoraussetzung zur Aufnahme nach der **Familienregelung** ist die Abgabe einer sogenannten Verpflichtungserklärung durch die hier lebenden Verwandten. Bei der notwendigen Bonitätsprüfung haben wir unsere Behörden gebeten, den Ermessensspielraum großzügig zu nutzen. Bis Ende September 2014 konnten nach dieser Regelung 265 Personen einreisen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Von 9.000!)

Weiterhin haben wir den Ausländerbehörden ermöglicht, Familiennachzüge zu erleichtern. Nach unserer Beobachtung wird davon rege Gebrauch gemacht. Schleswig-Holstein beteiligt sich also schon sehr aktiv an der Aufnahme syrischer Staatsangehöriger, und wir werden das auch weiter tun.

Schließlich begleiten wir - mit der Forderung des Landtags nach einer unbefristeten Verlängerung des Resettlement-Programms im Rücken - die Diskussionen um ein festes **nationales Resettlement-Programm**.

Auch die in den weiteren Anträgen aufgegriffenen Themen stehen bei der Landesregierung schon längst auf der Agenda. Die **Schleuserkriminalität** zu bekämpfen, ist bereits auf der Tagesordnung aller politischen Ebenen angelangt. So hat sich Deutschland gerade im Oktober mit starken Einsatzkräften der Bundespolizei an der gemeinsamen europäischen Polizeioperation „Mos Maiorum“ beteiligt. Ziel war es, Erkenntnisse zur unerlaubten Migration zu gewinnen, daraus ein europaweites Lagebild zu entwickeln, Schleusungsrouten innerhalb und außerhalb der EU aufzuklären sowie Schleusungshintergründe und -netzwerke zu erkennen und zu bekämpfen. Wir setzen uns intensiv für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität ein.

Zur Forderung nach einem Konzept für die **Integration minderjähriger Flüchtlinge** in den Schulalltag weise ich darauf hin, dass wir schon seit Jahren die Kinder in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster schulvorbereitend fördern. Wir unterstützen ihren Start in die Schule oder ihr Lernen in einem Zentrum für Deutsch als Zweitsprache.

Gestern hat die Landesregierung weitere konkrete Schritte zur Verbesserung der **Sprachförderung** von Flüchtlingskindern beschlossen. Wir haben dazu schon etwas im Einzelnen gehört. Unter anderem erhöhen wir die Zahl der Lehrkräfte in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster, damit Kinder und Jugendliche dort eine noch bessere und intensivere Sprachförderung erhalten.

Darüber hinaus werden wir noch in diesem Jahr 30 zusätzliche Vollzeitstellen für die **DaZ-Zentren** bereitstellen, um Schülern mit sehr geringen Sprachkenntnissen zu helfen. Insgesamt stärken wir die DaZ-Zentren an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mit 7,7 Millionen €. Damit werden ab dem kommenden Jahr einerseits weitere 125 neue Lehrkräfte an den DaZ-Zentren eingesetzt, andererseits bauen wir mit 2 Millionen € die

(Minister Stefan Studt)

Betreuungs- und Bildungsangebote mit dem Schwerpunkt Sprachförderung am Nachmittag aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, dass wir uns schon lange und intensiv in Berlin dafür einsetzen, dass das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** seine Personalstärke erhöht, ist auch in diesem Haus gut bekannt. Für das Jahr 2014 sind 300 zusätzliche Stellen angekündigt. Auf die Besetzung der Stellen warten wir noch, allerdings ist vom Bund zugesagt, das noch in diesem Jahr zu realisieren. Das Ziel ist, dann 30.000 bis 40.000 Anträge zusätzlich bearbeiten zu können. Für das Jahr 2015 sind weitere 300 bis 350 Stellen in Aussicht gestellt worden, sodass ich davon ausgehe, dass auch das realisiert wird und wir in eine schnellere Bearbeitung hineinkommen.

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zur Frage der **Abschiebung** ausführen. Ich möchte deutlich sagen: Die Qualität der Zuwanderungsverwaltung bemisst sich wahrlich nicht an der Zahl von Abschiebungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die Landesregierung achtet darauf, dass unvermeidbare Abschiebungen im Hinblick auf die persönliche, insbesondere familiäre Situation Betroffener angemessen, aber konsequent und zu jedem Zeitpunkt mit Respekt vor den Menschen durchgeführt werden. Unser Ziel bleibt eine Rückkehr in Sicherheit und Würde.

Wir haben heute viel gehört, sowohl zur Regierungserklärung wie auch eben zu den einzelnen Aspekten und Vorstellungen. Es gibt offenbar Unterschiede in den Bewertungen und Handlungserfordernissen. Aber gerade weil es um Menschen in existenzieller Not, aber auch - und das möchte ich ganz deutlich sagen - um viele engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Land geht, sollten wir alles tun, um kluge Lösungen zu finden. Dabei nutzt es nichts, wiederholt Unerreichbares zu fordern. Wie wir uns diesem Thema zuwenden, sagt auch sehr viel über uns selber in Politik, Parlament und Regierung aus. Unser Verhalten sollte in dieser schwierigen Situation den Menschen und weniger der Profilierung dienen. Von daher lohnt es sich, ganz intensiv und ganz besonders konstruktiv mit Ihnen gemeinsam an Verbesserungen zu arbeiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Das Beschwören alter Ängste vor Kontrollverlust, Überforderung oder Übervorteilung

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hat niemand gesagt! Wer hat das hier gesagt?)

spaltet politisch und gesellschaftlich. Hüten wir uns davor. **Konstruktives Handeln** auf allen Ebenen, von Brüssel über Berlin und Kiel bis auf die Kreis-ebene und Gemeindeebene, das ist die Herausforderung, der wir uns heute stellen. Wir brauchen daneben ein **überspannendes Netzwerk**, das das Miteinander und Füreinander in dieser schwierigen Lage trägt und organisiert. Wir werden uns auf MPK- und IMK-Ebene Anfang Dezember mit diesen Themen beschäftigen.

Mein ganz ausdrücklicher Dank - und da möchte ich mich dem anschließen, was wir in Richtung der Kommunen schon gehört haben - gilt an dieser Stelle aber den Einwohnerinnen und Einwohnern in unserem Land, die sich ganz außerordentlich für die Aufnahme von Flüchtlingen engagieren, die ganz außerordentlich viel leisten, um das, was wir als Willkommenskultur bezeichnen, auch erfahrbar zu machen. Ich heiße auch all die ausdrücklich willkommen, die sich heute und künftig diesem anschließen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Ich glaube, wenn wir das im Blick behalten, wenn wir das Gemeinsame an dieser schwierigen Herausforderung im Blick behalten, gewinnen alle betroffenen Menschen und auch die politische Kultur hier im Land. Ich sehe den weiteren Beratungen in den Ausschüssen und auch hier im Landtag mit großem Interesse entgegen. Lassen Sie uns gemeinsam für die Sache arbeiten. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. - Herr Dr. Garg, bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin, ich beantrage im Namen der FDP-Fraktion die abschnittsweise Abstimmung des Antrags der Fraktion der CDU.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Arp, es gibt sehr verschiedene Anträge, abschnittsweise, nicht abschnittsweise abstimmen oder auch im Hinblick auf Überweisungen, sodass wir alle miteinander sehr konzentriert durch diese einzelnen Anträge gehen und diese abstimmen sollten. Ich suche gerade den CDU-Antrag, mit dem wir dann beginnen.

Ich habe zunächst vernommen, das war der Antrag der Kollegin Damerow, dass sie den Änderungsantrag der Piratenfraktion in der Drucksache 18/2449 in den Ausschuss überweisen möchte. Das habe ich am Anfang Ihrer Rede so verstanden, Frau Damerow. Können Sie mir bitte ein Zeichen geben, ob dieser Überweisungsantrag weiterhin besteht?

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin, das war unser ursprünglicher Vorschlag, aber wir können jetzt ebenso auch dem Vorschlag der antragstellenden Fraktion folgen, hier einen Absatz separat abzustimmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay, alles klar. - Dann habe ich keine weiteren Anträge auf Ausschussüberweisung vorliegen. - Aha, da kommt jetzt die Kollegin Herdejürgen. Bitte.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Wir beantragen, den kompletten Antrag zu überweisen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Den kompletten Antrag der Fraktion der PIRATEN?

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Ja. Wir können selbstverständlich abschnittsweise abstimmen, aber wir beantragen, den kompletten Antrag zu überweisen, ebenso wie unseren Antrag.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gut, das ist dann sozusagen der weitergehende Antrag.

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, wer seine Zustimmung erteilen möchte, dass der Antrag in der Drucksache 18/2449, das ist der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, und der Ände-

rungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2457, federführend in den Europaausschuss und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden sollen. - Okay. Wenn ich das richtig gesehen habe, ist das einstimmig. Da stimmen Sie mir zu.

Jetzt hatte der Kollege Garg darum gebeten, den Antrag der Fraktion der CDU in der Sache abzustimmen, und zwar abschnittsweise. Dann machen wir das jetzt. Das ist der Antrag in der Drucksache 18/2382. Wer dem ersten Abschnitt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Präsidentin, ich glaube, wir können nicht nur Änderungsanträge in den Ausschuss überweisen und den Ursprungsantrag in der Sache abstimmen! Ich glaube, das geht nicht!)

- Wenn ich das richtig in der Vorlage gesehen habe, dann war der Antrag der Fraktion der PIRATEN als selbstständiger Antrag eingereicht. Möglicherweise habe ich das nicht erwähnt, dann trage ich das noch nach. Dann geht das.

Jetzt kommen wir tatsächlich zur Abstimmung über die Drucksache 18/2382, das ist der Antrag der CDU. Da bitte ich noch einmal um die Meldung, wer dem ersten Absatz dieses Antrags seine Zustimmung erteilen möchte. - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU. Wer lehnt diesen Absatz ab? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion, vom SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Enthaltungen sehe ich keine. - Damit ist dieser Punkt mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem zweiten Absatz seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion und der CDU-Fraktion. - Wer diesen Abschnitt ablehnt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP.

Nun kommen wir zum dritten Abschnitt des CDU-Antrags. Wer diesem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN. Wer lehnt diesen Absatz ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Und schließlich kommen wir zum letzten Abschnitt. Wer diesem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Nein! - Heiterkeit)

Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion, wenn ich das richtig gesehen habe, nämlich der CDU. Wer lehnt diesen letzten Abschnitt ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es gibt noch weitere Anträge. Deshalb bitte ich Sie sitzenzubleiben.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/2382, über den wir eben abschnittsweise abgestimmt haben. Wer diesem Antrag insgesamt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer lehnt ihn ab? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion.

Ich werde gerade darauf hingewiesen und deshalb sage ich es noch einmal deutlich: Die beiden Anträge, über die wir vorhin befunden haben, die wir federführend in den Europaausschuss und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen haben, der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2449, sowie der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Druck-

sache 18/2457, haben wir als selbstständige Anträge überwiesen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Teil b), Syrische Kriegsopfer schützen - Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen! Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2089, abstimmen. Wer diesem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Mitglieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.

Wir kommen zum Änderungsantrag, der ebenfalls für selbstständig erklärt worden ist, der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2141. Wer diesem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die konzentrierte Abstimmung, beende die Sitzung für heute, wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und freue mich, Sie morgen früh um 10 Uhr hier wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:03 Uhr